Schule ohne Rassismus
Schule mit Courage

THEMENHEFT

Rechtspopulismus

Rechtspopulismus

THEMENHEFT

Konzept Eberhard Seidel

Autorinnen & Autoren
Daniel Bax
Pascal Beucker
Astrid Geisler
Jeannette Goddar
Rico Grimm
Thorsten Hindrichs
Sanem Kleff
Eberhard Seidel
Jugendliche aus der
Q-rage-Redaktion

Impressum

Herausgeberin
Bundeskoordination
Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage

© 2016 Aktion Courage e. V.

Redaktion
Jeannette Goddar, Eberhard Seidel

Bildredaktion
Canset Içpınar, Yunus Kleff

Layout und Titel
Yunus Kleff, Alasdair MacKenzie

Bildbearbeitung und Korrektur
Claudia Benders, Martin Schneider

V. i. S. d. P.
Eberhard Seidel

Genderneutral – ja oder nein?
Wir haben es den Schreibenden überlassen, ob sie in ihren Artikeln von Schüler_innen, Schüler*innen, SchülerInnen oder von Schülerinnen und Schülern oder auch nur von Schülern schreiben.
Soviel Freiheit und Vielfalt muss sein.

Jede Verwertung ohne Zustimmung von Aktion Courage e. V. ist unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Mikroverfilmungen, Übersetzungen und die Einspeicherung in elektronische Systeme.

ISBN 978-3-9333247-63-6

Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

rechtspopulistische Parteien mischen die politische Landschaft in Europa auf. Sie agitieren gegen Sinti und Roma, Muslime und Juden und fordern ein weißes, heterosexuelles Europa. Ungeachtet nationaler Unterschiede betrachten sie sich als strategische Partner im Kampf gegen die multikulturelle Überfremdung, gegen Globalisierung, gegen Amerikanisierung der Kultur und die Bedrohung der regionalen und nationalen Identitäten. Sie versprechen ein Zurück in Zeiten vermeintlicher Übersichtlichkeit sowie der nationalen und sozialen Sicherheit.

Anders als in den Nachbarländern konnten rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien in Deutschland nach 1949 keine dauerhaften parlamentarischen Erfolge erzielen. Das scheint sich zu ändern. Die Alternative für Deutschland (AfD), im Jahr 2013 als europakritische Partei gegründet, wird nur drei Jahre später mit großem Zuspruch in Landesparlamente gewählt. AfD, Pegida und die Neue Rechte haben das Potenzial, unsere Gesellschaft auf immer zu verändern. Deshalb ist es wichtig zu wissen, wer diese Menschen sind, was sie vorhaben und welche Gesellschaft sie anstreben. Was macht die Attraktivität von politischen Strömungen aus, die davon ausgehen, dass manche Menschen aufgrund von Eigenschaften wie ihrer Herkunft, Religion oder Hautfarbe mehr wert seien als andere? Die die Gesellschaft in ein Ihr und Wir teilen und wichtige Errungenschaften der Emanzipation und der sexuellen Selbstbestimmung in Frage stellen?

Rechtspopulisten wollen ein anderes Europa – und ein anderes Deutschland – als es dem Courage-Netzwerk vorschwebt. Darüber müssen wir reden; auch mit den neuen Rechten. Aber: Nicht bedingungs- und voraussetzungslos. So ist es sicherlich richtig, dass man Ängste sowie die Verunsicherung von Menschen ernst nehmen sollte. Das bedeutet aber nicht, dass man Rechtspopulisten auch Recht geben muss, wenn sie sich etwa Etabliertenvorrechte auf Kosten der Minderheiten sichern wollen. Die Bundeskoordination *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage* plädiert für eine sachliche, aber auch entschiedene Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus. Das vorliegende Themenheft möchte die Courage-Schulen dabei unterstützen. Es möchte aber auch deutlich machen, wofür das Courage-Netzwerk steht: für das Engagement gegen jede Form der Diskriminierung und alle Ideologien, welche die Ungleichwertigkeit von Menschen propagieren.

Sanem Kleff, Leiterin

Eberhard Seidel, Geschäftsführer

Grußwort

Haltung zeigen!

Die Alternative für Deutschland (AfD) hat bei den jüngsten Landtagswahlen viele neue Wählerinnen und Wähler gewonnen und ihre bislang besten Wahlergebnisse erzielt. Wir müssen die Partei also ernst nehmen, ihren Positionen aber gleichzeitig mit Haltung entgegentreten! Warum haben vor allem Arbeiter und Arbeitslose die AfD gewählt? Laut Wahlanalysen erleben sie die Flüchtlingspolitik als mangelhaft, ebenso die Politik gegen den Einfluss des Islam und sie haben den Eindruck, für Flüchtlinge werde „mehr getan als für die Einheimischen".

Viele hoffen nun, die AfD würde sich schnell entzaubern, wenn sie erst einmal in den Parlamenten sitzt. Diese Hoffnung kann sich als trügerisch erweisen und ich befürchte, dass sich die AfD länger halten wird, weil sie vielfach gut ausgebildetes Führungspersonal hat und mit dem Thema Flüchtlingspolitik an Ängsten größerer Teile der Bevölkerung ansetzt. Und dieses Thema wird uns angesichts der Spaltung der Weltbevölkerung in sehr viele Arme und wenige Reiche, angesichts der Kriege, Arbeitslosigkeit und des Klimawandels noch länger erhalten bleiben.

Der Herausforderung mit Haltung zu begegnen, heißt für mich auch, den Dialog mit denen aufzunehmen, die Ängste haben, unsicher sind und enttäuscht von Parteien und Politik. In der Bildungspolitik spricht die AfD von der „nach unten nivellierenden Einheitsschule, die einen Qualitätsverlust in Kauf nimmt". Sie kämpft gegen Krippen, Ganztagsschulen, Jugendämter, weil diese zu sehr in das Erziehungsrecht eingriffen. Positionen, die bis weit in die Mitte der Gesellschaft anschlussfähig sind. Hier heißt es, Haltung zu bewahren, unsere Positionen verständlich zu erläutern.

In vielen Politikfeldern fühlen sich AfD-Wähler von den Parteien nicht mehr vertreten. Deshalb müssen wir den regierenden Parteien beispielsweise noch deutlicher machen, dass gute Bildung gute Rahmenbedingungen und gute Ausbildung braucht. Kolleginnen und Kollegen dürfen mit den gesellschaftlichen Herausforderungen, sei es der Umgang mit den Geflüchteten, sei es Inklusion, nicht allein gelassen werden.

Haltung zeigen heißt gleichermaßen, eine rote Linie gegen Rassismus, Menschenverachtung und Gewalt zu ziehen. Für diese Anliegen bietet das vorliegende Themenheft ein hervorragendes Materialangebot. Ich wünsche ihm einen hohen Verbreitungsgrad. Mögen die Texte Grundlage für viele spannende, aufklärerische Diskussionen zum Thema Rechtspopulismus und AfD in den Schulen sein.

Marlis Tepe, Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)

Inhalt

Die neuen Rechten, verständlich erklärt 9

AfD: Gegen ein aufgeklärtes Deutschland 27

Die Internationale der Muslimfeinde 35

Ist Rechtspopulismus Pop? 45

Den Rechtspopulisten widersprechen 57

Die neuen Rechten, verständlich erklärt

Bin ich ein Nazi, wenn ich gegen mehr Einwanderung bin? Was ist eigentlich „rechts“? Was ist „links“? Woher haben Pegida und AfD ihre Ideen? Was ist der Unterschied zwischen der Neuen und den neuen Rechten? Gibt es unterschiedliche Kulturen? Führen die Flüchtlinge zu einem Rechtsruck in Deutschland? Was lesen die Rechten? Wir geben Antworten, die jeder versteht.

Was ist links? Was ist rechts? 11
Die Neuen Rechten 12
Richtungsstreit 15
Ethnopluralismus … 17
Die Konservative Revolution 19
Diskursstrategien 20
Das Gerede vom Bürgerkrieg 23
Die Querfront 24

Mit Fackeln durch Eisenach: Rund 250 Burschenschafter versammeln sich 2014 zum Verbandstreffen der Deutschen Burschenschaft

Die neuen Rechten, verständlich erklärt

Dieser Satz beendet jede Debatte: „Du bist ein Nazi." Deswegen müssen wir mit dieser Frage beginnen:

Wer oder was ist ein Nazi?

Ein Nazi ist ein Nationalsozialist. Der Nationalsozialismus (NS), angeführt von Adolf Hitler, hörte mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs offiziell auf zu existieren. Wer auch nach dem Krieg nationalsozialistischen Ideen treu blieb, war ein Altnazi. Immer weniger Menschen haben heute die NS-Zeit noch selbst erlebt, deswegen gibt es auch immer weniger (Alt-)Nazis. Wenn Sie heute also jemanden hören, der einen anderen als „Nazi" beschimpft, ist die Wahrscheinlichkeit sehr, sehr hoch, dass er Unsinn redet. Wenn Sie diese Bezeichnung auf Facebook lesen, beträgt die Unsinns-Wahrscheinlichkeit fast 100 Prozent, denn wie viele 80- bis 90-Jährige kennen Sie, die die Plattform nutzen – und dort auch kommentieren?

Wie soll ich sonst Menschen nennen, die auf Ausländer und die Demokratie schimpfen und immer noch von „Rassen" reden?

Tatsächlich hat das Wort „Nazi" einen festen Platz in der Umgangssprache der Deutschen. Das Wort hilft

aber nicht weiter, denn es verschleiert mehr als dass es erklärt, weil es alles, was rechts von der CSU ist, in einen Topf wirft. Dieser Text will erklären, dass es da Unterschiede gibt – und herausstellen, warum es wichtig ist, diese Unterschiede zu erkennen. Er will zeigen, dass die Ideen von Pegida, dem völkischen Flügel der Alternative für Deutschland (AfD) und der Neuen Rechten ihren Ursprung in der Weimarer Republik vor bald 100 Jahren haben und er will zeigen, was diese Ideen bedeuten.

Es wird in diesem Text um Reflexe, Ressentiments und Rassismen gehen; einige Leser*innen werden sich deswegen über diesen Text ärgern. Vielleicht werden genau Sie sich ärgern. Deswegen will ich Ihnen ein Versprechen abnötigen: Lassen Sie Ihrem Ärger freien Lauf, aber hören Sie nicht auf zu lesen. Niemand hat die Position eines anderen richtig verstanden, wenn er sie nicht selbst vertreten könnte. Oder anders formuliert: Sie müssen sich selbst widersprechen können, und das geht nur, wenn Sie wissen, wie Pegida, AfD und Neue Rechte argumentieren.

Das weiß ich schon und ich finde zum Beispiel die AfD gar nicht so schlecht.

Das ist Ihr gutes Recht. Ich möchte Ihnen nicht vorschreiben, was Sie zu denken haben.

Was ist links, was ist rechts?

Okay, los geht's: Warum reden wir eigentlich immer noch von „rechts" und „links"? Haben diese Begriffe nicht ihre Bedeutung verloren?

Wenn ich Sie jetzt auffordern würde, zehn Wörter aufzuschreiben, die Sie mit dem Begriff „rechts" verbinden, und zehn Wörter, die Sie mit „links" verbinden, wären diese Wörter bei jedem von uns ein bisschen unterschiedlich. Was diese Wörter allerdings auch wären: Auf beiden Seiten voneinander verschieden. Unter „rechts" würden sich andere Dinge finden lassen als unter „links". Es gibt etwas, das jeder Mensch als „rechts" und „links" ansieht; deswegen haben diese Begriffe nicht ihre Bedeutung und ihren Wert verloren. Das Problem ist eher, dass die Menschen heute nicht mehr an die gleichen Sachen denken, wenn sie diese Begriffe hören. Was „rechts" ist und was „links" ist, ist heute auf den ersten Blick nicht mehr so klar wie etwa in Zeiten der Weimarer Republik, als sich Kommunisten und Nationalsozialisten blutige Saalschlachten lieferten.

Kann man es denn wenigstens umreißen? Welche möglichen Definitionen gibt es?

Diejenige des Münchner Soziologen Armin Nassehi ist mir besonders in Erinnerung geblieben. In seinem Buch „Die letzte Stunde der Wahrheit" schreibt er: „Wenn man das Rechte auf einen Begriff bringen will, dann ist es eine merkwürdige Konstellation von Gleichheit und Ungleichheit, nämlich Gleichheit nach innen und Ungleichheit nach außen." Das klingt sehr abstrakt, er meint damit aber eigentlich etwas sehr einfaches: dass wir Menschen uns mit anderen Menschen zusammentun, die uns ähneln und die wir deswegen als ebenbürtig oder eben als uns gleich empfinden. Menschen, die uns nicht ähneln, können nicht Mitglied dieser Gruppe werden.

Moment mal! Borussia-Dortmund-Fans, Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr und des Lesezirkels, die ähneln sich ja auch – sind die etwa alle rechts?

Natürlich nicht. Der Bezug ist entscheidend. Fan von einem bestimmten Fußballverein zu sein, wirkt sich nicht darauf aus, wie ich die Welt politisch sehe. Aber wenn ich mich stark mit meinem Deutsch-Sein identifiziere schon. Kultur und Ethnie, kurzum die Herkunft, sind Dinge, die das Denken von Rechten sehr stark beeinflussen.

Und Linke?

Ich will nicht so stark ins Detail bei den Linken gehen, es ist ein anderes Thema. Aber ein Element ist wichtig: Nassehi beschreibt es als das „Projekthafte". Linke haben oft eine sehr umfassende Idee davon, wie die Gesellschaft aussehen sollte und wollen sie entsprechend umbauen. Karl Marx, der Theoretiker des Kommunismus, schrieb: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert; es kommt aber darauf an, sie zu verändern." Oder denken Sie an die Liberalen des frühen 19. Jahrhunderts. Das waren zumeist junge Menschen, die davon träumten, einen deutschen Nationalstaat aufzubauen. Das ist wirklich kurios: Die Idee der Nation war einmal etwas Liberales. Heute ist diese Idee rechts angesiedelt.

Aber Hand aufs Herz: Wenn ich jemandem sage, dass er rechts ist, dann wird er nicht verstehen, dass er „Anhänger der Idee einer kulturellen oder ethnischen Gleichheit nach innen und einer Ungleichheit nach außen" ist. Er wird das als Beleidigung auffassen.

Vielleicht, vielleicht aber auch nicht. „Ich bin ein Rechter“, ist eine Aussage, die durch die deutsche Geschichte und die darauffolgende Aufarbeitung scheinbar unmöglich gemacht wurde. Jemanden als „rechts“ zu bezeichnen, kommt wohl einer ehrabschneidenden Aussage gleich. Aber es gibt Menschen, für die ist diese Aussage keine Beleidigung, sondern eine einfache Beschreibung. Sie finden es nicht anstößig, rechts zu sein.

Aber es *ist* anstößig, herrje!

Das ist Ihre Meinung. Es ist aber auch nur eine Meinung. Es gibt Menschen, die sich als Rechte sehen. Es gibt Menschen, die sich als Linke sehen.

Mich stört, dass ich nichts Kritisches über die Flüchtlingskrise sagen kann, ohne als „rechts“ bezeichnet zu werden.

Es gilt auch andersherum. Wenn Sie etwas sagen, wovon andere denken, dass es „rechts“ ist, dann müssen Sie das erst einmal so hinnehmen. Was sollten Sie auch tun? Darauf bestehen, dass Sie nicht „rechts“ sind? Das ist bei Menschen, die Sie gut kennen, unnötig und bei Menschen, die Sie nicht kennen, zwecklos. Schließlich können diese Menschen nicht wissen, wie Sie sich zu anderen Themen positionieren. Es ist sehr gut möglich, in einigen Bereichen eher links zu sein und in einigen eher rechts. Deswegen ist auch nicht zwangsläufig jeder ein Rechter, der die Flüchtlingskrise mit Sorgen betrachtet – wenn er oder sie aber aus den Entwicklungen den Schluss zieht, das Asylrecht zu verschärfen, dann ist das zumindest eine rechte Position. Wer diese vertritt, sollte ehrlich genug sein und sich eingestehen, dass es eine rechte Position ist. Das ist aber auch nicht per se verwerflich. Denn es gibt einen Unterschied zu Neonazis oder jenen, die sich etwa als Neue Rechte bezeichnen: Diese Menschen haben ein so genanntes geschlossenes Weltbild, das heißt, dass sie sich bei allen möglichen Fragen rechts positionieren. Ab wie vielen rechten Positionen jemand ein solches Weltbild hat und ein Rechter ist, lässt sich nicht sicher sagen. Sicher ist aber: Es muss mehr als eine Position sein, sonst würde die Unterscheidung keinen Sinn machen.

Sie haben „Nazi“ gesagt!

Ich habe Neo-Nazi gesagt. Und von denen gibt es heute einige Tausend in Deutschland. Es sind Menschen, die den Idealen und Ideen des Nationalsozialismus anhängen, obwohl sie ihn nicht selbst erlebt haben. Neonazis sind zum Beispiel in der NPD vertreten. Auch die Mitglieder des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU), die zehn Menschen in Deutschland hingerichtet haben sollen, sind welche. Und wenn sie jemandem in den sozialen Medien begegnen, der den Nationalsozialismus preist, sollten sie ihn auch einen Neonazi nennen.

Manchmal denke ich mir, dass man überhaupt nichts über Rechte sagen muss, so allgemein. Man sollte ihnen keine Plattform geben – so wie Sie übrigens hier.

Schließen Sie die Augen und halten Sie sich die Ohren zu. Ist die Welt noch da? Das passiert auch mit Rechten, wenn man sie ignoriert. Sie verschwinden nicht, und im Moment suchen viele verunsicherte Menschen nach Lösungen – da werden sie sich auch bei den Rechten umschauen. Man muss sich also mit den Ideen und politischen Vorstellungen der Rechten beschäftigen.

Die Neuen Rechten

Von wem reden Sie eigentlich die ganze Zeit: AfD, Pegida?

Über beide Phänomene werden wir reden. Ich möchte aber noch einen Schritt zurückgehen, raus aus den Schlagzeilen von Dresden, in das Örtchen Schnellroda in Sachsen-Anhalt. Dort gibt es ein Haus, das dessen Besitzer systematisch zum Zentrum einer Bewegung der Neuen Rechten aufbauen will. Zu ihm werden wir später noch kommen. Die Neuen Rechten verstehen sich anders als die „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida) als intellektuell beschlagene Elite. Sie wollen die gesellschaftlichen Debatten weniger durch lautstarke Demonstrationen beeinflussen als durch stetiges, unauffälliges Einmischen mit Hilfe kleiner Blogs und Magazine.

Häh? In der Überschrift hast du neue Rechte klein geschrieben. Warum jetzt groß?

Manche benutzen es als Sammelbezeichnung für jede Strömung, die in den letzten Jahrzehnten rechts von der CSU aufgetaucht, aber nicht zwangsläufig rechtsextrem ist. Andere wiederum, vor allem Wissenschaftler, benutzen es als Eigenbegriff, der nur für diese Theoretiker verwendet werden sollte.

So sieht es aus, wenn Ellen Kositza und Götz Kubitschek zu Abend essen – und der FAZ-Fotograf Bilder machen darf

Wo kamen die Neuen Rechten her?

Die Neuen Rechten sind viel älter als Pegida. Der Franzose Alain de Benoist ist Vordenker der Bewegung, und als ihn das Magazin Der Spiegel 1979 fragte, worin die alten und die neuen Rechten übereinstimmen, antwortete er: „In der Ansicht, mit der sich alle Rechtsstehenden von allen Linken unterscheiden: in der ausdrücklichen Anerkennung der Ungleichheit und Unterschiedlichkeit der Menschen."

Alle Menschen sind doch auch ungleich und unterschiedlich, oder nicht?

Sind sie das? Vielleicht. Das ist ein anderes Thema. Aber das Wort „ausdrücklich" ist entscheidend. Eine Gesellschaftsordnung, deren Fundament gezielt auf der Ungleichheit und Unterschiedlichkeit der Menschen aufbaut, wird eine radikal andere Welt hervorbringen als eine Gesellschaftsordnung, die wie die unsere ausdrücklich auf der Gleichheit der Menschen beruht. In jedem Fall ähnelt Benoists Definition von „rechts" sehr stark der Definition von Nassehi, das ist bemerkenswert, sind die zwei doch völlig unterschiedliche Denker.

Wer zählt in Deutschland zu den Neuen Rechten?

Namen, die immer wieder fallen, sind Götz Kubitschek, seine Frau Ellen Kositza, Dieter Stein, Karlheinz Weissmann und Björn Höcke. Es gibt noch mehr, aber diese Personen sind die wichtigsten, um die Entwicklung der Neuen Rechten nachzuvollziehen. Sie haben unterschiedliche Posten inne, kennen sich aber alle mitunter schon Jahrzehnte. Sie haben zum Teil direkte Verbindungen zu Pegida und der AfD.

Unter diesem Logo fordern Kubitschek und andere auf der Plattform „Ein Prozent" die konsequente Abschottung sowie den Schutz des „deutschen Volks- und Privateigentums". Ihr Ziel: Ein Prozent der WählerInnen zu erreichen

Götz Kubitschek ist 45 Jahre alt, war mal Mitglied der Deutschen Gildenschaft (merken Sie sich den Namen!), einer Studentenbewegung mit „nationaler Überzeugung", war mal Redakteur bei der Wochenzeitung Junge Freiheit (und diesen Namen!), gründete den Verlag Edition Antaios (nicht so wichtig), heiratete die Publizistin Ellen Kositza und betreibt heute mit ihr das Haus, das ich bereits weiter oben erwähnt habe. Kubitschek hat auf Pegida-Kundgebungen in Dresden

und Legida-Kundgebungen in Leipzig gesprochen. Er gilt als Duzfreund von Björn Höcke.

Zusammen mit anderen neurechten Aktivisten wie dem Publizisten Jürgen Elsässer, dem Verfassungsrechtler Karl Albrecht Schachtschneider und dem der „Identitären Bewegung" nahestehenden Philip Stein hat er die Plattform „Ein Prozent" gegründet. Dort fordern sie die „Grenzsicherung gegen illegale Einreise", die „konsequente Abschiebung aller bisher illegal Eingereisten" und den „Schutz des deutschen Volks- und Privateigentums". Die „Ein Prozent" sind eine Anspielung auf ihr Ziel: 800.000 Menschen, also ein Prozent der Deutschen, wollen sie mobilisieren. Kubitschek macht sich mit dem Namen aber auch die Sympathie zunutze, die die Occupy-Bewegung vor Jahren sammelte, als sie gegen die immer stärker werdende Ungleichheit zu Felde zog. Die Ein-Prozent-Aktivisten wollen Menschen erreichen, indem sie genauso kreativ und clever die moderne Mediengesellschaft ausspielen, wie es auch linke Gruppen tun: mit Aktionen. Da verteilen sie etwa Pfefferspray an junge Frauen in Darmstadt, Halle und Köln. Oder sie verbinden Statuen von Personen mit nationaler Bedeutung die Augen und hängen ihnen Schilder um, auf denen steht: „Blind in den Untergang".

Mit dem missverständlichen Untertitel „Wochenzeitung für Debatte" geriert sich die Junge Freiheit als diskutierfreudiges Medium. In Wahrheit versammelt sich hier die gesamte rechte Vordenkerszene zum Angriff auf Pluralismus und Vielfalt

Kubitscheks Ehefrau Ellen Kositza begann 1992 für die Junge Freiheit zu schreiben, vor allem über Familien- und Bildungspolitik. Heute allerdings arbeitet sie nicht mehr für die Junge Freiheit, genauso wenig wie ihr Ehemann. Die Gründe sind bemerkenswert – ich werde noch darauf zu sprechen kommen.

Moment! Zweimal ist jetzt bereits der Name Junge Freiheit gefallen. Was ist das für eine Zeitung?

Es ist unmöglich, ein Medium in wenigen Worten zu beschreiben. Um die Zeitung gut kennenzulernen, müssten Sie sie schon lesen, was übrigens immer mehr Menschen machen. Gegen den Trend konnte die Zeitung seit 2008 mehr als 50 Prozent Auflage zulegen und verkauft 2016 rund 30.000 Exemplare.

Die Junge Freiheit wurde 1986 als Schülerzeitung in Freiburg gegründet und entwickelte sich in den folgenden Jahren zur wichtigsten Stimme des stark konservativen, nationalen Milieus. Als Vision beschreibt sie die „Regeneration deutscher Identität"; die Redaktion wolle „konsequent Widerstand gegen alten und neuen Totalitarismus leisten", zeige sich dem Fortschrittsglauben reserviert gegenüber und widersetze sich der „Gleichheitsutopie". Viele verschiedene Sozialwissenschaftler haben dem Blatt beschieden, dass es als Scharnier zwischen rechtsextremen und konservativen Diskursen wirke und eine Plattform für neurechte Gedanken sei.

Die Zeitung wird von Dieter Stein geführt. Raten Sie mal, wo er Mitglied war, als er Politik- und Geschichtswissenschaften in Freiburg studierte?

Bei den Deutschen Gildenschaften!

Ja. Schon davor trat er den Republikanern bei, einer rechtspopulistischen Partei, die in den 1980er-Jahren einige kleinere Wahlerfolge erzielte, sich aber nicht dauerhaft etablieren konnte. Nach einem kurzen Intermezzo bei einer anderen rechten Splitterpartei, trat er wieder den Republikanern bei, verließ sie aber endgültig 1990. Seitdem er die Junge Freiheit gegründet hat, wirkt er auch als ihr Chefredakteur. Aber seit 2015 gilt Dieter Stein für manche in der Szene als Abtrünniger – obwohl er immer noch die Junge Freiheit leitet, genauer gesagt gilt er für Kubitschek und Kositza als Abtrünniger.

Einer der profiliertesten Autoren der Jungen Freiheit ist Karlheinz Weißmann. Er ist promovierter Historiker und Gymnasiallehrer und war auch Mitglied der Deutschen Gildenschaft. Er gilt als deutscher Vordenker der Neuen Rechten, weil er zahllose Bücher zu deren Ideengeschichte geschrieben hat und 2000 mit dem Institut für Staatspolitik einen neurechten Thinktank gründete, der mit seiner Zeitschrift Sezession, mit Seminaren und Tagungen politischen Nachwuchs heranziehen will. Weißmann stand dem Thinktank lange Jahre vor, legte aber sein Amt 2014 nieder.

Warum ist Weissmann denn zurückgetreten?

Sehr wahrscheinlich, weil er sich mit Götz Kubitschek, dem Co-Chef des Instituts, nicht einig war, wie sie mit der AfD umgehen sollten.

Warum gilt Dieter Stein manchen als Abtrünniger?

Weil auch er andere Ansichten über die AfD hatte.

Richtungsstreit

Oha. Die neuen Rechten sind also auch keine einheitliche Truppe.

Ja, und das sollten Sie sich merken. Wo Menschen sind, gibt es Konflikte. Das ist eine seichte Erkenntnis, die aber in der alltäglichen Betrachtung oft links liegen gelassen wird und links liegen gelassen *werden muss*. Nicht jeder journalistische Artikel kann die Länge dieses Beitrags erreichen (Sie haben übrigens schon ein Drittel geschafft!).

Aber was war das jetzt mit der AfD?

Profunde Kenner der Szene werden mir an dieser Stelle eine gnadenlose Vereinfachung vorwerfen, aber im Grunde handelt es sich um einen klassischen Richtungsstreit, den alle „neuen" politischen Bewegungen ausfechten müssen. Bei diesen Streits geht es immer um die Frage, wie weit sich die Bewegung von ihren Idealen entfernen darf, um sich als politisch wahrnehmbare und vor allem von der breiten Gesellschaft potenziell wählbare Kraft zu etablieren. Bei den Grünen kämpften die Fundamentalisten gegen die Realisten („Fundis" und „Realos"), bei der Piratenpartei diejenigen, die zu jeder politischen Frage einen Standpunkt formulieren wollten, und diejenigen, die sich auf wenige Kernthemen konzentrieren wollten („Vollis" gegen „Fundis").

Unter den neuen Rechten gab es, holzschnittartig aufgeteilt, auch zwei Lager: Einige wie Dieter Stein und Karlheinz Weissmann begrüßten die AfD als eine Möglichkeit, die bürgerliche Mitte, die bisher fest in der Hand der Unionsparteien, also von CDU und CSU, war, zu erobern. Dafür sollte sie sich klar und eindeutig von Neonazis distanzieren. Die anderen um Götz Kubitschek und Ellen Kositza lehnten diesen Weg ab. Sie hatten sich schon in der Vergangenheit immer wieder zugänglich gezeigt für offen faschistische Ideen und Methodiken. So bedachte etwa Kositza einen Aufmarsch der neofaschistischen italienischen Bewegung Casa Pound mit vielen, großen, pathetischen Jubelworten in einem Blogeintrag der Sezession.

Gab es diesen Streit nicht auch in der AfD selbst? Da war doch was mit Frauke Petry und Bernd Lucke.

Ja, da war was – und im Grunde war es ein ähnlicher Streit, wenn auch mit anderen Vorzeichen, da etwa Hans-Olaf Henkel, ehemaliger Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI) oder Bernd Lucke, die beide Vorstand in der AfD waren, keine ausdrücklich neurechte Vorgeschichte haben. Sie waren nicht Mitglied in der Deutschen Gildenschaft oder schrieben für die Jungen Freiheit oder so. Ihr Hauptinteresse galt zu Beginn der EU-Mitgliedschaft Deutschlands und dem Euro. Beides sehen sie, wie viele andere AfD-Mitglieder, vor allem aus ökonomischen und rechtsstaatlichen Gründen kritisch.

Der Thüringer AfD-Vorsitzende Björn Höcke

Ich kann nicht mehr folgen.

Tut mir leid! Also noch mal etwas langsamer und ausführlicher: Henkel, Lucke & Co. sind EU- und Euro-Skeptiker, weil sie glauben, dass die derzeitige Gestalt Europas Deutschlands Wirtschaft schadet und zudem nicht rechtmäßig ist. Sie glauben, dass es Paragrafen in den EU-Verträgen und im deutschen Grundgesetz gibt, die zurzeit nicht eingehalten werden. Es gab aber immer auch einen anderen Flügel in der AfD, der am Anfang eher im Hintergrund blieb und ungefähr 2014 mit Macht auf die nationale Medienbühne drängte. Damals zeichneten sich durch die Ukraine-Krise erste Unterschiede zwischen dem pro-westlichen Lucke und eher russland-freundlichen Parteimitgliedern ab, die dann Ende des Jahres zu unüberbrückbaren Gegensätzen wurden, als Pegida zum

Der Vorwurf der „Lügenpresse“ gehört zu den beliebtesten rechtspopulistischen Denkfiguren, hier bei einer AfD-Demo in Erfurt, 2015

ersten Mal demonstrieren ging. Lucke und Henkel hielten Abstand zu der Bewegung, ihre Parteikollegen Alexander Gauland und Frauke Petry bekundeten Pegida öffentlich ihren Beifall. Der NRW-Landesvorsitzende Marcus Pretzell bezeichnete die AfD als „Pegida-Partei“.

Zum offenen Bruch kommt es im März 2015. Der Fraktionsvorsitzende der AfD in Thüringen, Björn Höcke, und der Landessprecher der AfD in Sachsen-Anhalt, André Poggenburg, veröffentlichen die so genannte Erfurter Resolution, in der die beiden es verurteilen, dass sich die AfD-Spitze von Pegida & Co distanziert hat und die klarmachen soll, wie sich die Partei versteht: „als Bewegung unseres Volkes gegen die Gesellschaftsexperimente der zurückliegenden Jahrzehnte (Gender Mainstreaming, Multikulturalismus, Erziehungsbeliebigkeit usw.)“ und „als Widerstandsbewegung gegen die weitere Aushöhlung der Souveränität und der Identität Deutschlands“. Höcke und Poggenburg werden damit zu den Gründungsvätern des völkischen-nationalistischen Flügels der AfD.

Nach dieser Resolution verliert Lucke eine Kampfabstimmung, Frauke Petry wird die neue Vorsitzende der AfD und Björn Höcke nach außen hin einflussreichster Kopf der Partei, nicht zuletzt durch seinen Auftritt in der Talkshow von Günther Jauch. Erinnern Sie sich an diesen Auftritt im Oktober 2015?

Ja, das war doch dieser Auftritt, in der Höcke die falsch herum aufgehängte Deutschlandfahne mitbrachte.

Und können Sie sich daran erinnern, dass Höcke kürzlich gegen jede wissenschaftliche Vernunft in einer Rede behauptete, dass Menschen in Afrika „andere Reproduktionsstrategien“ haben sollen als Europäer?

Wie könnte ich diese Rede vergessen!

Diese Rede hielt er am Institut für Staatspolitik im sachsen-anhaltinischen Schnellroda, bei einer Tagung im Haus von Götz Kubitschek, dem Verleger, den ich weiter oben schon erwähnt habe.

Wenn Höcke so etwas sagt, steht er dann eigentlich zu 100 Prozent dahinter?

Welchen Unterschied würde es machen, wenn er das nicht tun würde? Er sagt es, um eine bestimmte Botschaft zu vermitteln. Ob die authentisch ist oder nicht, ist erst einmal zweitrangig. Schließlich definiert ihn als Politiker vor allem, was er öffentlich sagt. Der Politiker Höcke hat es gesagt, also müssen wir es ernst nehmen. Es passt auch im weiteren Sinne zu den Ideen, die kursieren.

Ethnopluralismus, Anti-Liberalismus, Anti-Parlamentarismus

Welche denn?

Es gibt drei Ideen, die immer wieder mit unterschiedlicher Intensität in den Schriften der völkischen Denker und bei den Demonstrationen der AfD in Erfurt, bei Pegida, Legida & Co. auftauchen: Ethnopluralismus, Anti-Liberalismus, Anti-Parlamentarismus.

Der Begriff des Ethnopluralismus hat für die neuen Rechten den Vorteil, unbelastet zu sein, er klingt harmlos, fast positiv. Denn politischer Pluralismus ist eine Errungenschaft der Demokratie, er bezeichnet das friedliche Nebeneinander völlig unterschiedlicher politischer Meinungen. Hier aber bezieht sich das Nebeneinander auf die Ethnie eines Menschen beziehungsweise auf seine Kultur oder Herkunft. Ethnopluralisten behaupten, dass jeder Mensch eine bestimmte, feste kulturelle und ethnische Identität habe. Wenn Menschen mit verschiedenen Identitäten aufeinandertreffen, komme es unweigerlich zu Konflikten, vielleicht sogar zu Bürgerkriegen. Deswegen sei es besser, die verschiedenen „Kulturen" zu trennen. Entscheidend für dieses Konzept ist die Annahme, dass die kulturelle und ethnische Identität eines Menschen unveränderbar sei. Der Ethnopluralismus sagt, zu Ende gedacht, dass es erfolgreiche Integration niemals geben kann. Kritiker bezeichnen dieses Konzept als „Rassismus ohne Rasse": Wo der Rassismus die Biologie anführte, um das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft unmöglich zu machen, führe der Ethnopluralismus die Kultur ins Feld. Der Ethnopluralismus klingt zum Beispiel im Ziel von Höckes Erfurter Resolution wider, die Aushöhlung der „deutschen Identität" zu beenden.

Aber es gibt immer wieder Ereignisse, die zeigen, dass es verschiedene Kulturen gibt. Das kann, ganz harmlos, von verschiedenen Feiertagen bis hin zu den Kölner Silvesterübergriffen reichen.

Köln! Gut, dass Sie das an dieser Stelle erwähnen. Für Ethnopluralisten waren die Ereignisse dort ein gefundenes Fressen. Dabei unterlagen sie nur einem so genannten Confirmation Bias: Sie sahen ihre eigenen Vorurteile bestätigt.

Wie kann es ein Vorurteil sein, wenn es tatsächlich passiert ist?

Weil das Verhältnis nicht stimmt. In Köln sollen es 183 Täter gewesen sein, insgesamt leben in Deutschland aber Millionen Männer, deren Wurzeln in einem mehrheitlich muslimischen Land liegen. Zudem können sich Einstellungen verändern. Die Neue Zürcher Zeitung schreibt: „Der Kriminologe Christian Pfeiffer hat seit 1998 türkischstämmige Jugendliche befragt, ob ein Mann seine Frau schlagen dürfe, wenn sie ihn betrüge. Stimmten dieser Aussage zunächst 41 Prozent uneingeschränkt zu, so hat sich dieser Anteil bis heute auf elf Prozent reduziert." Ethnopluralisten behaupten, dass so etwas nicht möglich sei.

Ansätze des Ethnopluralismus gehen fast 100 Jahre zurück, auf einen Staatstheoretiker, der in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Deutschland sehr einflussreich war. Sein Name ist Carl Schmitt. Schmitt wurde 1888 in Nordrhein-Westfalen geboren und ist ein Paradox der politischen Theorie. Denn einerseits loben ihn manche als „Klassiker", andere große Denker bedienen sich freimütig im Baukasten seiner Arbeiten. Gleichzeitig galt Schmitt aber auch als „Kronjurist des Dritten Reichs", als einer, der den Aufstieg der Nationalsozialisten aus politischen Gründen zunächst ablehnte, dann aber voll auf die Linie der Diktatur schwenkte. Das Bindeglied im Denken Schmitts war aber vor, während, sowie nach Hitler sein Anti-Liberalismus und sein Anti-Parlamentarismus.

Anti-Liberalismus? Ich kenne nur Neo-Liberalismus.

Ganz grundsätzlich: Es gibt zwei Strömungen im Liberalismus. Die eine schaut auf die Freiheit des Marktes, die andere auf die Freiheit des einzelnen Menschen. Gegen beides wenden sich die neuen Rechten, wichtiger für ihr Denken ist aber der Widerstand gegen die Idee von der Freiheit des einzelnen Menschen. Es ist wichtig, genau zu sein, sie sind nicht gegen die Freiheit per se. Im Gegenteil spielt bei ihnen „die Freiheit" auch eine große Rolle. Sie sind gegen die Idee des Individualismus: dass jeder Mensch auf die Welt kommt und bestimmte Pflichten, aber eben auch Freiheiten hat.

Wie kann jemand dagegen sein? Das ist doch selbstverständlich.

Denker, die diese Strömung des Liberalismus kritisieren, behaupten gern, dass die individuellen Freiheiten das Zusammenleben der Menschen stören würden, weil diese erstens gegen die Natur seien und vermeintlich feste und unerlässliche Gruppenstrukturen

Die Flaggen der Pegida-Demonstranten machen deutlich: Wer in Dresden montags auf die Straße geht, steht Rechtsextremen nicht fern

aufbrechen und zweitens zu einer Wertelosigkeit und einem kulturellen Verfall beitragen würden. Auch dieses Motiv findet sich in der Erfurter Resolution von Björn Höcke, wenn er die „Gesellschaftsexperimente" und die „Erziehungsbeliebigkeit" beklagt. Und wenn einer wie Thilo Sarrazin behauptet, dass Deutschland sich „abschaffe", dann klingt darin die Angst vor dem Untergang und Verfall mit, genauso wie in diesen Zeilen eines Ahnen der Neuen Rechten, Arthur Moeller van den Bruck: „Liberalismus hat Kulturen untergraben. Er hat Religionen vernichtet. Er hat Vaterländer zerstört. Er war die Selbstauflösung der Menschheit."

Wenn man diese antiliberalen Ideen mit dem Kerngedanken des Ethnopluralismus zusammenbringt, ergibt sich ein vollständigeres Weltbild. Der Anti-Liberalismus bedingt die Idee der feststehenden Identität der verschiedenen Völker sogar ein Stück weit.

Warum, wird zum Beispiel in dem Hollywood-Streifen Lincoln deutlich. Vielleicht haben Sie diesen Film gesehen. Darin erklärt Abraham Lincoln, also jener US-Präsident, der im 19. Jahrhundert in den USA die Versklavung von Schwarzen abschaffte, die Idee der Gleichheit der Menschen. Lincoln spricht davon, dass die Menschen vor Gott gleich seien und deswegen auch einander gleich seien. Ersetzen Sie „Gott" durch „Verfassung" und Sie haben eine der zentralen, politischen Ideen der Bundesrepublik Deutschland verstanden. Denn wenn die Menschen einander gleich sind, kann kein Mensch eine Herrschaft über den anderen mit der Natur oder ähnlichen Sachen begründen. Konsequent zu Ende gedacht, mündet diese Idee in den ersten Artikel des Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar."

Lincoln sagt in dem Film weiter: Wir beginnen mit Gleichheit. Das ist der Ursprung, oder? Das Gleichgewicht, die Fairness. Das ist Gerechtigkeit. Dagegen wenden sich die neuen Rechten, wenn sie behaupten, dass Menschen aus verschiedenen Kulturen sehr unterschiedlich sind.

Aber ein Mensch, der zum Beispiel in Uganda geboren wird und lebt, kann doch nicht die gleichen Rechte und Pflichten wie ein Mensch haben, der in Deutschland geboren wird und lebt!

Laut Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen von 1948 stehen jedem Menschen gleiche Rechte zu, „ohne irgendeinen Unterschied, etwa nach Rasse (sic! Die Redaktion), Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Überzeugung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand." Trotz dieser Erklärung ist das eine interessante Frage, über deren Antwort

sich viele kluge Köpfe uneinig sind. Wichtig für uns ist: Die neuen Rechten streiten ab, dass der Mensch aus Uganda die gleichen Rechten und Pflichten wie der Mensch aus Deutschland haben kann, sobald er Deutschland betritt. Erfolgreiche Integration, Wechsel der Staatsbürgerschaft ist in ihrem Weltbild nicht vorgesehen. Deswegen lehnen sie Einwanderung ab.

Der Anti-Parlamentarismus schließlich bildet die letzte Zutat, die wir brauchen, um das Denken der neuen Rechten zu verstehen. Er bildet auch den Schlüssel für manche der bizarreren, sprachlichen Bilder, die in letzter Zeit immer wieder auftauchten: „Merkel-Diktatur", verbunden mit dem Wunsch nach einer „echten Demokratie" sowie die Warnung vor dem „Bürgerkrieg".

Den Anti-Parlamentarismus hat Carl Schmitt wohl in seiner reinsten Form vertreten. Er ist einfach zu erklären: Er lehnt die Vertretung der Bevölkerung durch gewählte Repräsentanten ab, weil diese unfähig seien, den „Willen des Volkes" zu kanalisieren. Carl Schmitt verglich Faschismus und Liberalismus: „Dass der Faschismus auf Wahlen verzichtet (…), ist nicht etwa undemokratisch, sondern antiliberal und entspringt der richtigen Erkenntnis, dass die heutigen Methoden geheimer Einzelwahl alles Staatliche und Politische durch eine völlige Privatisierung gefährden, das Volk als Einheit ganz aus der Öffentlichkeit verdrängen (der Souverän verschwindet in der Wahlzelle) und die staatliche Willensbildung zu einer Summierung geheimer und privater Einzelwillen, das heißt in Wahrheit unkontrollierbarer Massenwünsche und -ressentiments herabwürdigen."

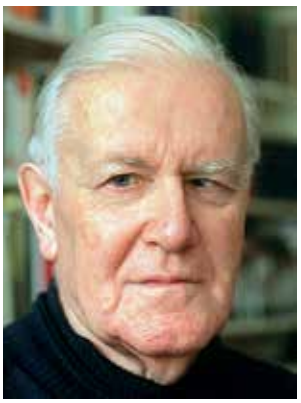
Für Schmitt bilden Demokratie und Diktatur keinen Gegensatz: „Es kann eine Demokratie geben ohne das, was man modernen Parlamentarismus nennt, und einen Parlamentarismus ohne Demokratie; und Diktatur ist ebenso wenig der entscheidende Gegensatz zur Demokratie wie Demokratie zur Diktatur," heißt es bei ihm. Und autoritäre Herrscher von links wie rechts greifen diesen Gedankengang auf, wenn sie behaupten, dass sie den Willen des Volkes verkörpern würden.

Naja, das sind aber immer nur Lippenbekenntnisse, ganz offensichtlich.

Das sagen Sie. Aber manche Menschen glauben das wirklich, auch heute noch. Unterschätzen Sie das nicht. Etwas übersehen sie dabei aber bei ihren Verteufelungen der parlamentarischen Demokratie – und es ist in meinen Augen entlarvend.

Was denn?

Dadurch, dass sie so viel Mühe darauf verwenden zu behaupten, dass eine Demokratie auch ohne Wahlen und Parlamente existieren kann, beweisen sie doch letztlich das Gegenteil. Denn, wenn es selbstverständlich wäre, müssten sie es nicht erst wortreich darlegen. Es ist ein bisschen wie ein Kind, das immer wieder beteuert, dass es nicht vom Kuchenteig genascht hat – und sich dadurch verrät.



Armin Mohler, Vordenker der Konservativen Revolution und Autor des gleichnamigen Buchs. Mit 19 Jahren war Mohler nach eigener Darstellung antimilitaristisch eingestellt. Mit 20 Jahren wollte sich der Schweizer in Deutschland der Waffen-SS anschließen

Okay. Ethnopluralismus, Anti-Parlamentarismus und Anti-Liberalismus. Alles ziemlich klare Konzepte. Vertreten alle bei Pegida, AfD und den Neuen Rechten diese?

Nein. Definitiv nicht. Wir müssen genau hinschauen. Die Zerwürfnisse in der AfD, bei Pegida und auch bei den elitären Denkern der Neuen Rechten zeigen, dass es unterschiedliche Strömungen gibt – die aber zum Teil mit den gleichen Denkfiguren arbeiten.

Denkfiguren?

Bestimmte Argumente finden sich in verschiedener Ausprägung immer wieder bei allen Akteuren. Entschuldigen Sie bitte diesen allzu abstrakten Satz, aber konkreter kann ich nicht werden, ohne am Ende falsch zu liegen – und ohne schließlich einem Mythos aufzusitzen, den einer der wichtigsten historischen Denker der Neuen Rechten in die Welt gesetzt hat: dass es eine einheitliche Rechte gebe, dass es eben keine Unterschiede gebe.

Die Konservative Revolution

Armin Mohler heißt dieser Denker und er hat 1950 ein Buch veröffentlicht, das er lapidar „Konservative Revolution" nannte und das zu einem Standardwerk in der Szene wurde. Der oben bereits erwähnte Karlheinz Weissmann hat das Buch überarbeitet und eine neue Auflage herausgebracht. Mit seinem Buch verfolgte Mohler einen klaren Zweck: Er will zeigen, dass es eine Tradition des konservativen Denkens gibt, das vom Nationalsozialismus unberührt geblieben

ist, mehr noch, dass sogar einige von ihnen verfolgt wurde. Den Begriff der Konservativen Revolution bezeichnen Historiker wie Volker Weiß von der Universität Hamburg jedoch als „Schutzkonstruktion". Sie haben zwei entscheidende Argumente: Erstens werfe Mohler wahllos Geopolitiker, humanistische Katholiken, Gegner und Parteigänger Hitlers in einen Topf und stelle sie als eine einheitliche Bewegung dar, obwohl das ganz augenscheinlich nicht möglich sein kann. Zweitens haben die ganzen verschiedenen Menschen kein einheitliches Verhältnis zum Nationalsozialismus. Manche emigrierten, manche wurden tatsächlich verfolgt und manche versuchten sich gemein zu machen mit dem System wie etwa Carl Schmitt oder Mohler selbst, der als Schweizer versuchte, der Waffen-SS, einer militärischen Elitetruppe im Dritten Reich, beizutreten.

Wen zählt Mohler zur Konservativen Revolution?

Dutzende! Ein paar Namen sind aber wichtiger als andere: Etwa Edgar Julius Jung, ein rechter Katholik, der in der Demokratie die „Herrschaft der Minderwertigen" sah und das Kommando bei der Ermordung eines politischen Gegners führte. Oder Arthur Moeller van den Bruck, der 1923 das Buch ‚Das Dritte Reich' veröffentlichte, ein völkisches Werk, das einen deutschen Staat skizzierte, in dem eine kleine Elite ohne Parteien und ohne Ausländer und Juden regieren sollte. Darin wandte er sich auch gegen die USA und ihren Liberalismus und warb für eine Ausrichtung gen Osten, gen Sowjetunion. Goebbels und Hitler umwarben van den Bruck, er solle der Partei beitreten. Aber der lehnte ab: „(Hitler) verstand nicht, seinen Nationalsozialismus geistig zu unterbauen." Wenige Jahre nachdem er das sagte, starb van den Bruck. Die Machtergreifung Hitlers erlebte er nicht mehr.

Dieser van den Bruck verdeutlich sehr gut, warum die „Konservative Revolution" für die neuen Rechten so wichtig ist. Sie ist wie ein Denkmal, das nie gebaut wurde, aber in ihren Köpfen einen festen Platz hat. Sie ist eine Konstruktion, die ihnen ermöglicht, zu denken wie sie denken, ohne sich deswegen mit dem Nationalsozialismus in eine Linie stellen zu müssen.

Dabei gibt es eine starke Gemeinsamkeit zwischen Hitler und van den Bruck, Jung oder einem gewissen Oswald Spengler, der mit seinem Buch „Untergang des Abendlandes" eine Parole prägte, die bei den Pegida-Demonstrationen in Dresden widerhallt. Die Denker der Konservativen Revolution und die Nationalsozialisten schauten mit Bewunderung nach Italien. Dort hatte Benito Mussolini bereits 1925 damit begonnen, eine faschistische Diktatur aufzubauen.

Lässt sich beweisen, dass die neuen Rechten von heute auf diese Denker von damals zurückgriffen?

Ja, zum Beispiel kamen sie am 7. Mai 2011 am Grab von Oswald Spengler zusammen, um dessen 75. Todestag zu begehen. 2011 war eine Ausgabe der Sezession – der Zeitschrift des Instituts für Staatspolitik – der Konservativen Revolution gewidmet. Die „Bibliothek des Konservatismus", die explizit mit ihrer Sammlung zur Konservativen Revolution wirbt, wird von einer Stiftung getragen, der Dieter Stein vorsteht. Und einschlägige Facebook-Seiten teilen Sprüche von van den Bruck, in denen er den Liberalismus geißelt und zum Beispiel über Afrika sagte: „Das Tier im Menschen kriecht heran. Afrika dunkelt in Europa herauf. Wir haben die Wächter zu sein an der Schwelle der Werte."

Aber, wenn ich mir die Like-Zahlen dieser Facebook-Posts anschaue… besonders viele sind das nicht.

Aber schauen Sie sich das Afrika-Zitat nochmal an. In welchem Kontext müssen wir das verstehen, wenn es Mitte September 2015 gepostet wurde, zwei Wochen nachdem Bundeskanzlerin Angela Merkel meinte: „Wir schaffen das"?

Flüchtlinge!

Das muss man annehmen – und dieses Zitat von diesem Mann zu dieser Zeit ist symptomatisch für das Vorgehen der Neuen Rechten. Sie versuchen Ängste, Sorgen, aber auch Ressentiments der bürgerlichen Schichten zu nutzen, um ihre Ideologie zu verbreiten und diese Menschen für ihre Politik zu gewinnen. Vor allem vermeintliche „Tabu-Themen" spielen bei dieser Strategie eine sehr große Rolle. Schließlich können sich Neurechte, AfD, Pegida & Co bei diesen Themen als Verfechter der Wahrheit inszenieren und so Sympathiepunkte bei Menschen einsammeln, die mit plumpen Sprüchen nicht zu bekommen wären.

Diskursstrategien

Das ist auch so etwas, das ich nicht verstehe. Wie können so viele immer behaupten, dass sie gewisse Dinge in Deutschland nicht sagen dürfen und dann sagen sie es tausendfach, ohne Probleme, sogar in großen reichweitenstarken Medien und Bestsellern?

Ich kann mir erklären, wie Menschen auf den Gedanken kommen, dass sie in Deutschland nichts mehr sagen dürften. Durch die sozialen Medien kann jeder Meinung von potenziell Hunderten halbbekannten, wildfremden, verhassten, längst vergessenen Menschen widersprochen werden. Die Summe des Widerspruchs kann einem vorkommen wie ein Maulkorb, dafür muss man aber auch besonders uneinsichtig sein. Dazu kommt, dass auch die traditionellen Medien nicht völlig wertfrei berichten, wie auch? Eine Tageszeitung taz ist anders als eine Frankfurter Allgemeine Zeitung. Aber Widerspruch und die grundsätzliche Existenz anderer Meinungen haben doch nichts mit Tabus zu tun, oder? Das ist ein logischer Sprung, der nicht schlüssig ist. Schließlich kann Widerspruch nur dort erfolgen, wo überhaupt eine Meinung vorgetragen werden konnte. Diesen logischen Sprung machen aber viele und deswegen ist die vermeintliche Dominanz der „politischen Korrektheit" ein Grund für die Attraktivität der neuen Rechten.

Es gibt aber noch eine zweite Komponente: Die Rede von den Tabus und den Sprechverboten erhöht die Position des Sprechers. Um diesen Zusammenhang zu verstehen, müssen wir uns kurz in jemanden hineinversetzen, der so ein vermeintliches Tabu bricht: Er glaubt, eine Grenze zu überschreiten und damit der Allgemeinheit zu dienen – die genauso denkt wie er, sich aber nicht traut, es auszusprechen. Er kann von sich das Bild eines Menschen zeichnen, der weise genug ist, die Wahrheit zu erkennen, sich aber auch als ein Mensch der Tat geben, der mutig genug ist, Verletzungen zu riskieren, um diese Wahrheit auszusprechen. Er ist zunächst Held – und wird in dem Moment, in dem ihm widersprochen wird, zum Opfer. Denn die Gegner sind gigantisch, der Kampf deswegen unfair. Hier David, der einsame Facebook-Kommentator, dort Goliath, die Mainstream-Medien.

Diese Opferposition ist essenziell für die neuen Rechten. Ohne sie hätten sie zwar ein Programm, aber kein Ziel. Denn ihre Ideen speisen sich aus der Vergangenheit, sind oft deckungsgleich mit dem, was konservative Theoretiker vor 100 Jahren schrieben. Darauf aber lässt sich keine politische Bewegung gründen – welcher Mensch von heute will für die Ideale von 1920 streiten? Was aber, wenn sie diesem Menschen glaubhaft machen können oder er selbst erfährt, dass das ihm Eigene in Gefahr sei, möge es sein „Deutsch-Sein" sein, seine Heimat, seine Landsleute, seine Religion, seine Kultur oder auch seine Wahrheit? Was, wenn diese Grundfeste erschüttert werden oder sie das Letzte sind, was einem bleibt?

„Aktion Abendspaziergang": Düsseldorfer Ableger von Pegida

Dann beginnt der Kampf zu ihrer Verteidigung. Die Gegner müssen besiegt werden. Dann plötzlich haben die Neuen Rechten ein Projekt – genauso wie es die Linken immer hatten und mit ihren Revolutionen durchsetzen wollten.

Dieser elegante, sehr klare Gedankengang stammt wiederum von Armin Nassehi und er erklärt die Opferstilisierung wie kein zweiter. Sie hat neben dem offensichtlichen Effekt der Mobilisierung auch noch einen zweiten: Sie schafft Sympathie. Wer würde nicht die Schwachen verteidigen gegen die Starken?

Jeder will das. Wenn es einen universalen Wert gibt, dann diesen – jedenfalls bei anständigen Menschen.

Dabei ist Camouflage Teil der Taktik. 1973 erschien in einer argentinischen Zeitschrift, die der ehemalige Adjutant des Reichspropagandaministers Joseph Goebbels herausgab, diese in ihrer Klarheit völlig unzweideutige Überlegung: „Wir müssen unsere Aussagen so gestalten, dass sie nicht mehr ins Klischee des ‚Ewig-Gestrigen' passen. Eine Werbeagentur muss sich auch nach dem Geschmack des Publikums richten und nicht nach dem eigenen. Und wenn Kariert Mode ist, dann darf man kein Produkt mit Pünktchen anpreisen. Der Sinn unserer Aussagen muss freilich der gleiche bleiben. Hier sind Zugeständnisse an die Mode

Unter dem Motto „Dresden wehrt sich“ bedroht die NPD im Herbst 2015 unverhohlen die Bewohner einer Flüchtlingsunterkunft

zwecklos. In der Fremdarbeiter-Frage etwa erntet man mit der Argumentation, ‚Die sollen doch heimgehen‘ nur verständnisloses Grinsen. Aber welcher Linke würde nicht zustimmen, wenn man fordert: ‚Dem Großkapital muss verboten werden, nur um des Profits willen ganze Völkerscharen in Europa zu verschieben. Der Mensch soll nicht zur Arbeit, sondern die Arbeit zum Menschen gebracht werden.‘ Der Sinn bleibt der gleiche: Fremdarbeiter raus! Die Reaktion der Zuhörer aber wird grundverschieden sein.“

Die planen das also bewusst?

Ja. Vielleicht nicht immer im großen Maßstab und bis ins kleinste Detail. Aber sie benutzen bestimmte Methoden, um Aufmerksamkeit zu erzeugen, so in die Nachrichten zu kommen und fast im Vorbeigehen ihre Themen zu platzieren. Veröffentlichte E-Mails der AfD-Bundessprecherin Frauke Petry zeigen, dass die Partei nach solchen Mustern verfährt. Sie provoziert mit kernigen Aussagen, die sie später wieder relativiert.

Mit solchen Taktiken wollen Neue Rechte den „vorpolitischen Raum“ erobern, jenen Raum, in dem es nicht um die ganz konkrete Gestaltung unseres Gemeinwesens geht, die jeder Bürger sofort spüren würde, sondern um vermeintlich harmlosere Themen wie „Kultur“. Sie wollen das Feld bereiten - für eine reiche Ernte in der Zukunft. Sie nennen das „Metapolitik“, und diese Taktik haben sie sich übrigens von einem berühmten italienischen Marxisten abgeschaut.

Faschismus, Marxismus, Hauptsache Italien! scheint für sie zu gelten. Aber so lange sie nur reden…

Natürlich, so lange sie nur reden, ist es ungefährlich. Aber diese Reden sind die Vorstufe der Politik. Armin Nassehi hat in einem Briefwechsel mit Götz Kubitschek die entscheidende Frage so formuliert: „Ich frage mich, was denn die politischen Konsequenzen Ihrer Denkungsart wären. Wie viel Pluralität ist dann denkbar? Mit welchen Mitteln ließe sich so etwas wie eine stärkere Homogenität des kulturellen Zuschnitts einer Gesellschaft erreichen? Wie verträgt sich das mit der liberalen Idee der unhintergehbaren Wertigkeit der einzelnen Person?“

Nassehi war zu höflich, es auszubuchstabieren, deswegen tue ich es: Wer die „deutsche Identität“ schützen will und die politische Macht bekommt, dies auch zu tun, wird zunächst einmal definieren, wer Deutscher ist und wer nicht. Er wird sortieren.

Das macht die Bundesrepublik doch auch. Im Grundgesetz steht: „Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.“

Ja. Deutscher ist, wer Staatsbürger Deutschlands ist. Deswegen würden Menschen, die in diesen Traditionslinien denken, zunächst verhindern wollen, dass Menschen mit Migrationshintergrund Deutsche werden. Aber was machen sie dann mit Hassan, der in Meppen geboren ist, oder mit Gina aus Stuttgart, wenn beide bereits den deutschen Pass haben? Der Logik der neuen Rechten nach dürften diese Menschen nicht die gleichen Rechte und Pflichten haben wie Menschen mit „deutscher Identität". Wenn sie aber nicht die gleichen Rechte und Pflichten haben wie andere Bürger auch, werden sie zu Bürgern zweiter Klasse. Sie werden ganz offiziell, von Staats wegen, diskriminiert werden. Ist ein Staat, der manche seiner Bürger per Gesetz diskriminiert, ein gerechter Staat? Ist das ein guter Staat?

Aber das will doch niemand in Deutschland. Nur die paar Verrückten vom rechten Rand denken und argumentieren so.

Es stimmt: Nur die ganz Radikalen denken diese Dinge zu Ende und legen sich entsprechend ihr Weltbild zurecht. Aber die Ressentiments, an die sie anknüpfen, die gibt es in Deutschland. Die Leipziger Forscher Oliver Decker, Johannes Kiess und Elmar Brähler untersuchen seit 2002 in der sogenannten Mitte-Studie alle zwei Jahre, wie stark antisemitische, ausländerfeindliche und ähnliche Denkfiguren in Deutschland verbreitet sind. Das sind die Ergebnisse: Es gibt eine bestimmte Gruppe von Menschen in Deutschland, die anfällig ist für antisemitische und ausländerfeindliche Botschaften. Sie stellt aber nicht die Mehrheit und sie ist weit davon entfernt, über den völkischen Flügel der AfD oder eine andere politische Bewegung die Macht zu übernehmen – trotz der ganzen Diskussionen im Zuge der sogenannten Flüchtlingskrise. Und die neurechten Denker wissen das auch. Mehr zu den Ergebnissen der Mitte-Studie finden Sie übrigens auf Seite 39.

Das Gerede vom Bürgerkrieg

Da können wir den Text jetzt hier beenden. Ist ja auch schon lang genug.

Entschuldigen Sie bitte, dass ich Sie so lange aufhalte. Eine Sache ist wirklich noch wichtig: das Gerede vom „Bürgerkrieg", der Deutschland durch Flüchtlinge oder wahlweise radikale Islamisten drohe. Darüber müssen wir sprechen. Denn diese Diskussionen werden mit vollem Ernst geführt, nicht nur am rechten Rand.

Eine miese Unterstellung!

Nein. Einer der berühmtesten Sätze Carl Schmitts lautet: „Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet." Den Ausnahmezustand kann ein Staat nur in Notsituationen verhängen, zum Beispiel bei offenen gewalttätigen Auseinandersetzungen auf seinem Territorium, bei einem Bürgerkrieg. Wer ihn beschwört, schafft die Grundlage für einen direkten, tiefgreifenden Zugriff des Staates. Oder wie Nassehi schreibt: „Schmitts Sentenz, souverän sei, wer über den Ausnahmezustand verfüge, macht aus der Gesellschaft eine politische Gesellschaft, die sich dann aus einem Guss steuern ließe."

Okay. Mal blöd gefragt: Wie soll denn ein „Bürgerkrieg" zwischen Migranten und Deutschen stattfinden, wenn die Migranten gar keine „Bürger" sind.

Ja, das ist eine gute Frage, vielleicht etwas haarspalterisch. Sie zielt aber in die richtige Richtung: Wer sollte denn diesen Bürgerkrieg mit den Migranten führen?

Sicher ist, dass an ihm die extremen und radikalen Kräfte der Rechten beteiligt wären, also auch Neonazis. Die Geschichte hat gezeigt, dass Vordenker nur selten zur Waffe griffen – auch wenn sie mit der Gewalt flirten. So schreiben etwa die neurechten Autoren eines Buches mit dem Titel Junges Europa: „Die Ausweglosigkeit der Situation in Deutschland und Europa führt kritische Geister unweigerlich zu schweren persönlichen Gewissensentscheidungen: Bleibt nur noch der Weg in die Illegalität, weil der eigene Staat und die EU sich selbst nicht mehr an Recht und Gesetz halten?" Dieser Gedanke findet ein Echo in dem zehntausendfach in den sozialen Medien geteilten Spruch „Wenn Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht."

Die neurechte Politik bräuchte den Ausnahmezustand, um zu wirken. Ihre Vordenker sehnen diesen geradezu herbei. Götz Kubitschek selbst bringt es im Briefwechsel mit Armin Nassehi auf den Punkt: „Und ich bin mir – das wird Sie nicht verwundern – sicher, dass in Zeiten der Not und des Mangels, der Bedrohung und der Verteidigung des Eigenen recht schnell entlang ethnischer, kultureller, auch staatsbürgerlicher Linien klar wird, wer Wir und wer Nicht-Wir sei." So elegant formuliert die AfD allerdings nicht.

Die stellvertretende Bundessprecherin der AfD erklärt: „Die Kanzlerin stürzt unser Land derart ins

Dieses Bild veröffentlichte die AfD auf Facebook. In dem begleitenden Text unterstellte sie dem Staat, „auf dem linken Auge blind" zu sein. Sie kehrt damit einen alten Vorwurf der Linken um, der vor allem in der Bundesrepublik der 1960er- und 1970er-Jahre durchaus berechtigt war: Damals arbeiteten noch viele ehemalige Nationalsozialisten in der Justiz und den Sicherheitsbehörden. Sie waren auf dem rechten Auge häufig blind

Chaos, dass nicht nur die Bürger anfangen sich zu bewaffnen, sondern dass die Polizei öffentlich – im wahrsten Sinne – ‚Schützenhilfe' leistet. Die bald Ex-Kanzlerin Merkel ruiniert unser Land, wie es seit 1945 keiner mehr getan hat. Der Platz in unseren Geschichtsbüchern ist ihr sicher. Und ich nehme Wetten an: Wenn sie bald zurücktritt, wird sie das Land verlassen. Aus Sicherheitsgründen."

Gewalt, Unruhe, Kampf, Chaos, Krieg. Das nützt ihnen, deswegen beschwören sie es.

Wie läuft es denn eigentlich im Moment für die AfD?

Nach den Erfolgen bei den Landtagswahlen des Jahres 2016 in Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz sitzt die AfD in acht Landesparlamenten. Der AfD geht es im Sommer 2016 blendend. Und vieles deutet darauf hin, dass sie 2017 auch in den Bundestag einziehen könnte.

Aber ist das nicht nur der Flüchtlingskrise geschuldet? Inzwischen kommen ja nicht mehr so viele Menschen nach Deutschland.

Die sogenannte Flüchtlingskrise hatte der AfD enorm geholfen. Das stimmt. Als das Thema immer weniger prominent wurde, musste sich die Partei etwas einfallen lassen, um die Menschen weiterhin für sich einzunehmen. Sie propagierte, ganz offen, einen Anti-Islam-Kurs. Sie erklärte, dass diese komplette Religion mit dem Grundgesetz nicht vereinbar sei und spielt so mit den Ängsten von Menschen, die es vielleicht nicht besser wissen, weil sie keine muslimischen Freunde haben oder es glauben, weil sie es glauben wollen. Die AfD gab sich außerdem auf einem chaotischen Parteitag zum ersten Mal ein so genanntes Grundsatzprogramm.

Was steht da drin?

Da wir in Kapitel II noch auf das Wahlprogramm eingehen werden und in Kapitel III auf das Thema Muslimfeindlichkeit, möchte ich hier nur drei Punkte herausgreifen:

- Deutschland solle den Euro-Raum verlassen
- Die Familie sei die „Keimzelle der Gesellschaft"
- Der Klimawandel sei Propaganda

Oha! Hat die AfD auf dem Parteitag auch etwas zu Pegida gesagt?

Nein, nicht direkt. Aber beide Gruppen nähern sich immer deutlicher an. Die Neurechten sind das Scharnier dafür. So hatte etwa Björn Höcke bei seinen Demonstrationen in Erfurt einen Pegida-Mann sprechen lassen. Andersherum trat in Dresden ein prominentes sächsisches AfD-Mitglied auf. Beide Male protestierte AfD-Bundessprecherin Frauke Petry heftig. Es schade der Partei, schrieb sie.

Wie läuft es für Pegida in Dresden?

Die Demonstrierenden-Zahlen stagnieren auf mittelhohem Niveau zwischen 3.500 und 5.500 Teilnehmern. Weit entfernt von den 25.000, die sie noch 2015 einmal auf die Straße gebracht haben.

Wo kam Pegida her?

Von Facebook. Wortwörtlich. Es startete als Facebook-Gruppe und endete als Demonstration auf der Straße. Auch auf Pegida werden wir im Folgenden noch genauer eingehen.

Warum unternimmt der Staat eigentlich nichts gegen Pegida & Co.?

Warum sollte er? Wenn Pegida & Co. sich an die Gesetze halten, gibt es keinen Grund. Dort, wo etwa die Straftat der Volksverhetzung im Raum stand, haben die Staatsanwaltschaften auch ermittelt.

Die Querfront

Aber es gab doch noch andere Demonstrationen. Ich erinnere mich an irgendwelche Mahnwachen.

Ja! Sie fanden 2014 und Anfang 2015 im ganzen Land statt. Der Sänger Xavier Naidoo war auch bei einer dabei. Die Mahnwachen starteten, als sich die Ukraine-Krise im Frühjahr 2014 zuspitzte. Sie sind für uns interessant, weil sie eine auf den ersten Blick linke Agenda mit durchaus rechten Parolen verbanden.

Linke Rechte?! Rechte Kommunisten?

Als 250 Geflüchtete 2015 das sächsische Heidenau erreichen, stellt sich ihnen und der Polizei ein rechter Mob entgegen

Wir betreten nun den Bereich der so genannten Querfront. So werden Netzwerke und Bündnisse bezeichnet, die sowohl Elemente von rechts wie links beinhalten. Von rechts kann zum Beispiel die Betonung des Nationalen kommen, von links die Betonung des Sozialen. Es gibt noch weitere Themen, bei denen Linke und Rechte den Schulterschluss üben können. Etwa beim Kampf gegen die Globalisierung, die Unternehmen nur Profit zuschiebe (was Linke sagen würden) auf Kosten des deutschen Arbeiters (was Rechte sagen würden). Oder bei der Mitgliedschaft im Verteidigungsbündnis Nato. Manche Linke sagen, dass dies ein Instrument der USA sei, um die Welt zu beherrschen. Rechte kritisieren sie, weil sie die Souveränität Deutschlands einschränke.

Aber auf den Mahnwachen waren keine Nazis. Sie haben am Anfang selbst geschrieben, dass es die nicht mehr gibt.

Das stimmt. Ich wollte auch nicht andeuten, dass auf den Mahnwachen Nazis sind. Allerdings waren etwa in Berlin auch bekannte Neonazis bei den Mahnwachen dabei. Es wäre falsch, alle Mahnwachen über einen Kamm zu scheren, aber unter den Tisch fallen lassen kann ich die Information auch nicht. Das gehört zu einer seriösen Berichterstattung.

Wer nahm denn an den Mahnwachen vor allem teil?

Mitglieder der Partei Die Linke, der Piratenpartei und generell viele friedensbewegte Menschen.

Für Frieden zu sein, kann nicht schlecht sein!

Das stimmt. Auf den Mahnwachen wünschten sich viele Teilnehmer tatsächlich nur Frieden und wehrten sich gegen jegliche Vereinnahmung. Andere wiederum nutzten die Rednerbühnen, um ihre Sicht auf die Welt darzulegen. Sie sagten dabei manchmal Dinge, die Beobachter als judenfeindlich und nahe an Verschwörungstheorien einordnen würden. Der Star dieser Mahnwachen war Ken Jebsen, ein Publizist, der behauptet, dass die Terroranschläge vom 11. Sep-

tember 2001 von der US-Regierung inszeniert worden seien, sich zweideutig über Juden äußert und nicht viel von der Demokratie hält: „Mein Vorbild ist die Natur. Im Wald gibt es keinen Krieg. Und die Zugvögel, die schaffen es jedes Jahr nach Afrika. Wenn die das demokratisch organisieren würden, kämen sie nur bis Sylt. Nein, die kommen bestens ohne Demokratie zurecht."

Jürgen Elsässer war einmal ein linker Publizist und Autor. Bis zu Beginn des Jahrtausends arbeitete er für die Junge Welt. Heute ist er Chefredakteur der Zeitschrift „Compact" mit Sitz in Leipzig, die sich selbst als „Magazin für Souveränität" bezeichnet. Das Organ der Querfront-Bewegung verbreitet bundesweit monatlich geschätzt 43.000 Exemplare

Jebsen legt großen Wert darauf, nicht mit Rechten in einen Topf geworfen zu werden. Er schrieb lange für das Magazin von Jürgen Elsässer, einem ehemaligen Linken, der heute bei Pegida und Legida spricht – weswegen sich Jebsen auch von ihm distanzierte. Das Magazin heißt Compact. Schauen Sie einmal auf die Titelgeschichten und Spezialhefte dieses Magazins. Da Zeitschriften immer jene Themen auf die Titelseite heben, von denen sie sich mehr Verkäufe versprechen, sind diese ein gutes Zeichen für die angestrebte Leserschaft.

Und liest das jemand?

Ja. Genauso wie die Junge Freiheit verzeichnet auch dieses Magazin eine steigende Auflage, inzwischen werden von jeder Ausgabe mehr als 40.000 Exemplare verkauft – was daran liegt, dass ein gekaperter Anonymous-Account mit 1,8 Millionen Fans auf Facebook unablässig Werbung für das Heft macht. Die meisten dieser Fans dürften in dem Glauben sein, die Anonymous-Gruppe „geliked" zu haben, die etwa dem Islamischen Staat den Krieg erklärt hat, Occupy unterstützt oder versucht, die Machenschaften von der Scientology-Sekte zu entlarven. Inzwischen hat Facebook diesen Account aber geschlossen, der Kopf dahinter ist „untergetaucht".

Wieso geht man zu Pegida, wählt AfD und liest Compact und behauptet dann, man wäre nicht rechts?

Weil sich die Menschen dafür schämen. Compact verschickt das Heft in einem neutralen Umschlag an seine Abonnenten. Aber auch weil viele Menschen wirklich nur ihren Sorgen und Ängsten Luft machen wollen. Eine Angst auszusprechen, ist nicht rechts. Selbst dann nicht, wenn es Angst vor dem „Fremden" ist. Viele Menschen fürchten sich schließlich vor dem Unbekannten. Rechts ist es erst dann, wenn aus dieser Angst bestimmte politische Schlüsse gezogen werden.

Aber das tun sie ja!

Ich weiß nicht. Manche ja, manche nein. Wenn ich mir die ungekürzten Interviews mit Pegida-Demonstranten anschaue, kommt es mir so vor, als ob sich manche Menschen gar nicht überlegen, was das eigentlich politisch bedeuten würde. Manche sind Wendeverlierer, die keine Perspektive mehr haben. In ihren Augen läuft etwas schief und dieser Missstand muss behoben werden. Die Lösungen, die Neue Rechte anbieten, haben dabei den Vorteil, „alltagsplausibel" zu sein – sie scheinen auf den ersten Blick zu stimmen. Andere wiederum wissen ganz genau, was sie wollen. Sie rufen dann „Merkel weg" und reden von „Systemparteien", sehen sich also nicht mehr als Teil des Systems.

Eine letzte Frage habe ich noch: Warum lassen sich so viele Rechte nicht von Argumenten überzeugen?

Mmh, das ist eine schwierige Frage, weil sie zwei Dinge zu unterstellen scheint: Erstens, dass Linke leichter mit Argumenten zu überzeugen seien. Und ich weiß nicht, ob Sie schon einmal mit einem echten Marxisten geredet haben … . Tun Sie es und Sie werden diese Frage so nicht noch einmal stellen. Sie unterstellen aber noch etwas, und das ist wichtiger als meine launigen Bemerkungen über Marxisten, die ich so über eigentlich jeden Ideologen fallen lassen könnte. Sie gehen zweitens, ohne es auszusprechen, davon aus, dass man ein ganzes Weltbild nur mit Argumenten ändern kann. Wie wollen Sie das schaffen? Sie werden dafür das ganze Leben ihres Gegenübers angreifen müssen und ihm wieder die Opferrolle geben, die er dringend nötig hat, um politisch zu wirken. Ich persönlich bin deswegen skeptisch, glaube aber, dass wir trotzdem nicht aufhören sollten mit den Gesprächen, schon allein, weil es bei jeder Diskussion in den sozialen Medien, am Familientisch, bei der Party stille Zweifler gibt, die dieses Gespräch aufmerksam verfolgen werden, weil sie gerade nach Antworten suchen. Rico Grimm

AfD:
Alternative gegen ein aufgeklärtes Deutschland

Die Alternative für Deutschland (AfD) beschwört die deutsche Identität und die Sehnsucht nach kultureller und ethnischer Homogenität. Sie will eine andere Republik – ohne Muslime, ohne Diversität.

Die Anfänge 28
Die programmatische Ausrichtung 29
Europäische Vernetzungen 33
Auf dem rechten Weg 34

Nach dem Parteitag 2015 stellen sich Frauke Petry (2. v. l.) und Jörg Meuthen (Mitte) als neue BundessprecherInnen vor

Die Anfänge

Wer die Alternative für Deutschland (AfD) begreifen will, der muss sich mit Alexander Gauland beschäftigen. Denn der heute 75-Jährige stand an der Wiege der Partei – und ist jetzt ihr Zentrum. Gauland gilt als der mächtigste Mann in der AfD. Sein Einfluss ist größer als jener der beiden BundessprecherInnen Frauke Petry und Jörg Meuthen. Er sei, so schrieb Stefan Reinecke im Mai 2016 in der Tageszeitung taz, „nicht nur der fähigste Kopf der AfD", sondern „die Schlüsselfigur der Partei, weil er den rechtsradikalen Höcke-Flügel mit westdeutschen Bürgern verbindet, denen Gender-Mainstreaming und Multikulti zu anstrengend sind, die Rassismus aber unfein finden". Gauland, so der taz-Redakteur weiter, verkörpere den „Mythos der Partei", nämlich „dass man gleichzeitig honoriger Konservativer sein kann und daneben ein bisschen rechtsextrem". Der Aufstieg der AfD verdanke sich genau dieser Mixtur von Wohlanständigkeit und Hetze.

2011 hatte der nationalkonservative Intellektuelle mit seiner damaligen Partei CDU gebrochen. „Union, das war konservatives, zuweilen auch deutschnationales Erbe, liberales Wirtschaften und soziale Inklusion à la Bismarck und Lassalle", schrieb er in der Zeitung Die Welt. Doch diese Union sei Geschichte. Angela Merkel habe es „geschafft, aus einer Partei mit konservativen, liberalen und sozialen Inhalten ein ideologisches Nichts zu zaubern, eine Organisation zum Machterhalt, ohne dass man noch wüsste, wofür und wogegen".

Im September 2012 initiierte Gauland mit drei weiteren enttäuschten Christdemokraten die „Wahlalternative 2013". „Die Bundesrepublik Deutschland ist in der schwersten Krise ihrer Geschichte", schrieben er, der Hamburger Wirtschaftsprofessor Bernd Lucke, der frühere FAZ-Feuilletonredakteur Konrad Adam und der Unternehmer Gerd Robanus in ihrem Gründungsaufruf: „Entscheiden Sie sich gegen die

Einheitspolitik der etablierten Parteien." Kein halbes Jahr später entstand aus der Wahlalternative 2013 die AfD. Im Februar 2013 wurde sie in Berlin gegründet. Auf ihrem ersten Parteitag wurden Lucke und Adam zusammen mit der damals noch weithin unbekannten sächsischen Unternehmerin Frauke Petry zu den ersten BundessprecherInnen gewählt. Gauland wurde einer ihrer Stellvertreter.

Seither ist viel passiert. Bei der Bundestagswahl 2013 mit 4,7 Prozent noch knapp am Einzug in den Deutschen Bundestag gescheitert, zog die AfD inzwischen ins Europaparlament und in acht Landtage ein (Stand: August 2016). Nach eigenen Angaben hat sie mittlerweile mehr als 23.000 Mitglieder. Aus dem Quartett der Wahlalternative-2013-Initiatoren ist allerdings nur noch Alexander Gauland dabei.

Zu Beginn war der Wirtschaftsliberale Lucke das omnipräsente Gesicht der AfD. Nach seinen Vorstellungen sollte die Partei nicht viel mehr sein als eine Art nationalliberal radikalisierte FDP; und eher eine Honoratioren- denn eine Bewegungspartei. Gleichwohl nahm Lucke es in der Gründungsphase in Kauf, dass sich in der AfD ein diffuses Spektrum rechten Gedankenguts zusammenfand: Neben neoliberalen MarktfundamentalistInnen schloss es auch Nationalliberale und -konservative ein, reichte bis hin zu christlich-fundamentalistischen LebensschützerInnen, KlimaleugnerInnen, VerschwörungstheoretikerInnen, Burschenschaftlern und völkischen Ideologen wie dem Thüringer Björn Höcke oder André Poggenburg aus Sachsen-Anhalt, die sich im Umfeld der Neuen Rechten bewegen (mehr dazu im Kapitel I). Das war für Lucke so lange kein Problem, wie er die Vormachtstellung des bürgerlich-wirtschaftsliberalen Flügels, als dessen Repräsentant er sich verstand, nicht in Frage gestellt sah.

Dem Erstarken anderer innerparteilichen Strömungen wirkte Lucke ab 2013 zunehmend autokratisch entgegen. Eindringlich warnte er vor einem „Rechtsruck", die AfD dürfe nicht zu einer Protest- und Wutbürgerpartei werden. Das führte zum Bruch mit seiner Co-Sprecherin Petry wie auch mit Gauland, was im Juli 2015 zum Showdown in Essen führte. Lucke wolle „fast ausschließlich auf die Kritik am Euro setzen", kritisierte Gauland unmittelbar vor dem Parteitag. Das reiche nicht, um politisch zu überleben.

Die programmatische Ausrichtung

Am 1. Mai 2016 verabschiedete die AfD ihr Grundsatzprogramm, das wir nun vorstellen wollen. In der Präambel definiert sie sich als Partei, in der sich Liberale und Konservative zusammengefunden hätten, die zwar „offen gegenüber der Welt" seien, „aber Deutsche sein und bleiben" wollten.

Wie ein roter Faden zieht sich ein nationalistischer Grundton durch das mit großer Mehrheit beschlossene Programm. Anders als noch in ihrem Bundestags- sowie in ihrem Europawahlprogramm tritt die AfD mit seiner Verabschiedung nun offen für ein „Europa der Vaterländer" ein. So ist für die Partei nicht mehr nur der Austritt Deutschlands aus der Währungsunion „aus nationalem und auch europäischen Interesse zwingend erforderlich". Die Europäische Union insgesamt solle zurückgeführt werden „zu einer Wirtschafts- und Interessengemeinschaft souveräner, lose verbundener Einzelstaaten in ihrem ursprünglichen Sinne".

Die AfD will „unsere abendländische christliche Kultur, unsere Sprache und Tradition in einem friedlichen, demokratischen und souveränen Nationalstaat des deutschen Volkes dauerhaft erhalten". Die deutsche Geschichte soll in einem gefälligeren Licht erscheinen: „Die aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus ist zugunsten einer erweiterten Geschichtsbetrachtung aufzubrechen, die auch die positiven, identitätsstiftenden Aspekte deutscher Geschichte mit umfasst."

Rückgängig machen will die AfD die im Januar 2000 in Kraft getretene Reform des deutschen Staatsangehörigkeitsgesetzes, bei der das völkische Abstammungsprinzip (ius sanguinis) um das Geburtsortprinzip (ius soli) ergänzt wurde. Das Territorialprinzip solle gestrichen und der frühere Status quo wiedereingeführt werden. Kinder sollten die deutsche Staatsangehörigkeit nur dann erhalten, „wenn mindestens ein Elternteil bereits Deutscher ist".

Zurück zum homogenen Staatsvolk

Die Beschwörung deutscher Identität und die Sehnsucht nach einem kulturell und ethnisch homogenen Staatsvolk wirken wie ein Orientierungsrahmen auf den 96 Seiten des Grundsatzprogramms. Als Schreckensbild dient demgegenüber die „Ideologie des Multikulturalismus, die importierte kulturelle Strömungen auf geschichtsblinde Weise der einheimischen Kultur gleichstellt und deren Werte damit zutiefst relativiert". Diese sei eine „ernste Bedrohung für den sozialen Frieden und für den Fortbestand der Nation als kulturelle Einheit". So wird der Islam als undeutsch definiert: „Der Islam gehört nicht zu Deutschland."

In den sozialen Netzwerken ist nur Platz für ganz kurze Slogans. Dieser Programmteil eignet sich nach Ansicht der AfD offenbar besonders gut zur Verbreitung

Zwar versichert die Partei: „Die AfD bekennt sich uneingeschränkt zur Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit." Doch das ist nicht mehr als eine hohle Phrase. Denn sie relativiert die grundgesetzlich verbriefte Religionsfreiheit, in dem sie für eine gravierende Ungleichbehandlung des Islam im Vergleich zum Christentum eintritt. So lehnt die AfD es nicht nur ab, islamischen Organisationen den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts zu verleihen. Sie fordert außerdem, dass Imame, die in Deutschland predigen wollen, der staatlichen Zulassung bedürfen und „abgesehen von der Koranrezitation in deutscher Sprache predigen". Lehrstühle der Islamischen Theologie an deutschen Universitäten seien „abzuschaffen und die Stellen der bekenntnisneutralen Islamwissenschaft zu übertragen". Auch einen bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterricht darf es nach Ansicht der Partei nicht geben.

Mosceen dürften nur noch ohne Minarett gebaut werden, weil das Minarett ein „islamisches Herrschaftssymbol" sei. Auch den Muezzinruf will die AfD nicht dulden. Darüber hinaus fordert sie neben einem allgemeinen Verbot der Vollverschleierung in der Öffentlichkeit ein Kopftuchverbot für den öffentlichen Dienst. In Bildungseinrichtungen soll das Kopftuch weder von Lehrerinnen noch von Schülerinnen getragen werden dürfen. Nicht nur Muslime, sondern auch gläubige Jüdinnen und Juden trifft die Forderung nach einem vollständigen Verbot des Schächtens von Tieren, also „ohne Ausnahme". Nach Vorstellung der AfD soll die bislang gültige Ausnahmeregelung für Religionsgemeinschaften im deutschen Tierschutzgesetz gestrichen werden.

Es wäre allerdings fahrlässig, die AfD darauf zu reduzieren, nur den Entfaltungsspielraum von religiösen Minderheiten einschränken zu wollen. Suspekt sind ihr vielmehr alle, die anders denken, glauben oder leben als es der Partei beliebt. Entsprechend propagiert sie ein rückwärtsgewandtes Gesellschaftsbild, das anknüpft an jene Zeiten, in denen die Bundesrepublik noch unbeeinflusst war von den Zumutungen jenes emanzipatorischen Aufbruchs, für den heute die Chiffre „68" steht, und aller daraus resultierenden Wandlungsprozesse. Auf dem Parteitag Ende April 2016 in Stuttgart bezeichnete der AfD-Bundessprecher Jörg Meuthen unter frenetischem Beifall das Grundsatzprogramm als einen „Fahrplan in ein anderes Deutschland" – „weg von einem links-rot-grün-verseuchten 68er-Deutschland, von dem wir die Schnauze voll haben".

Reaktionäres Gesellschaftsbild

Dazu zählt für die AfD auch ein „falsch verstandener Feminismus": Die „Gender-Ideologie" marginalisiere „naturgegebene Unterschiede zwischen den Geschlechtern" und wirke „traditionellen Wertvorstellungen und spezifischen Geschlechterrollen in den Familien entgegen." Und: „Die zunehmende Übernahme der Erziehungsaufgabe durch staatliche Institutionen wie Krippen und Ganztagsschulen, die Umsetzung des ‚Gender-Mainstreaming'-Projekts und die generelle Betonung der Individualität untergraben die Familie als wertegebende gesellschaftliche Grundeinheit." Besonders fürchterlich: „Das klassische Rollenverständnis von Mann und Frau soll durch staatlich geförderte Umerziehungsprogramme in Kindergärten und Schulen systematisch ‚korrigiert' werden." Wenn die Eltern nicht ganz schwer aufpassen, wird der Nachwuchs dann auch noch schwul oder lesbisch, befürchtet die AfD und fordert, „keine Frühsexualisierung in Krippen, Kindergärten und an den Schulen zuzulassen und die Verunsicherung der Kinder in Bezug auf ihre sexuelle Identität einzustellen". Kinder dürften „nicht zum Spielball der sexuellen Neigungen einer lauten Minderheit" werden.

Die Partei bekennt sich zur „traditionellen Familie als Leitbild", worunter ganz klassisch Mann, Frau und möglichst viele Kinder zu verstehen sind. Daher möchte sie „eine gesellschaftliche Wertediskussi-

Was aussieht wie eine Veranstaltung in den 1950er-Jahren fand in Wahrheit 2016 statt: Alexander Gauland im Wahlkampf in Mainz

on zur Stärkung der Elternrolle und gegen die vom ‚Gender-Mainstreaming' propagierte Stigmatisierung traditioneller Geschlechterrollen anstoßen". Quoten in der Arbeitswelt lehnt die AfD „generell ab, da Quoten leistungsfeindlich und ungerecht sind und andere Benachteiligungen schaffen" würden.

Gemäß ihrer Parole „Mehr Kinder statt Masseneinwanderung" sieht die AfD die Hauptaufgabe des weiblichen Geschlechts ohnehin darin, Kinder zu gebären. Weswegen sie sich auch strikt „gegen alle Versuche" wendet, „Abtreibungen zu bagatellisieren, staatlicherseits zu fördern oder sie gar zu einem Menschenrecht zu erklären". Die AfD nennt das „Willkommenskultur für Neu- und Ungeborene".

Selbstverständlich ist die AfD eine Anhängerin des gegliederten Schulsystems. Nur das könne „die Begabungen und Stärken von Schülern erkennen und fördern". Von Gesamt- oder Gemeinschaftsschulen hält sie nichts: „Die Einheitsschule führt zu Qualitätsverlust." Nicht gut findet die AfD auch, gehandicapte Kinder in den regulären Schulunterricht zu integrieren. „Die Forderung, behinderten Kindern Teilhabe am Bildungssystem zu garantieren, ist bereits umfassend und erfolgreich erfüllt", findet die Partei. Die „ideologisch motivierte Inklusion" verursache hingegen erhebliche Kosten und hemme „behinderte wie nicht behinderte Schüler in ihrem Lernerfolg". Deshalb setzt sich die AfD für den Erhalt der Förder- und Sonderschulen ein. Auch nach dem Abgang der neoliberalen Professorengarde um Ex-Parteichef Lucke ist die AfD eine strikt marktradikal ausgerichtete Partei geblieben. Ihr Grundsatzprogramm erinnert in der Wirtschaftspolitik stark an die FDP. Die AfD wolle ein „investitions- und innovationsförderndes wirtschaftliches Umfeld" und „auf breiter Front deregulieren". Denn: „Je mehr Wettbewerb und je geringer die Staatsquote, desto besser für alle." Das Ziel: Ein „schlanker, aber starker Staat". Auch Staatsaufgaben seien zu reduzieren, der Staat solle sich auf vier „klassische Gebiete" konzentrieren: Innere und äußere Sicherheit, Justiz, Auswärtige Beziehungen und Finanzverwaltung.

Sozialstaat unerwünscht

Für erforderlich hält die AfD, „den finanziellen Staatszugriff auf die Einkommen und Vermögen der Bürger zu reduzieren". Dazu gehört nicht nur die umgehende Abschaffung der „Zwangsfinanzierung" des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, auch die Stromsteuer und die Erbschaftssteuer sollen verschwinden. Eine Vermögensteuer lehnt die Partei ebenfalls ab. Die für die Kommunen überlebenswichtige Gewerbesteuer soll einer Überprüfung unterzogen werden. Originell ist, dass die Partei eine „verbindliche Steuer- und Abgabenbremse im Grundgesetz" fordert – analog zur Schuldenbremse. Steuererhöhungen und neue Steuern dürfe es dann nur noch „im Rahmen der Steuer- und Abgabenbremse geben".

Zum Abschluss ihres Hannoveraner Parteitages singt der Bundesvorstand geschlossen die Nationalhymne

Da die AfD Staatseinnahmen wie -schulden reduzieren will, stellt sich die spannende Frage, wo sie sparen will. In ihrem Grundsatzprogramm verrät sie lediglich, wo mehr ausgegeben werden soll: bei Polizei und Justiz, Militär und Nachrichtendiensten. Dort gilt: „Die bisher praktizierte Finanzierung nach Kassenlage lehnt die AfD ab"; Sicherheit und Freiheit Deutschlands und seiner Verbündeten seien „im Finanzhaushalt mehr als heute angemessen zu berücksichtigen." Bliebe für Einsparungen also nur der Sozialbereich. Nebulös heißt es dazu, die AfD stehe für „grundlegende Reformen zum Wohle Deutschlands", das betreffe „auch die Sozialversicherungen".

Gegen Ökologie und Mitbestimmung

Das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes? Spielt im Programm keine Rolle. Ein Alleinstellungsmerkmal: Im Gegensatz zu den Grundsatzprogrammen von SPD, Grünen, Linkspartei, CDU, CSU und selbst der FDP taucht der Begriff „Sozialstaat" in dem AfD-Programm nur einziges Mal auf, die Wörter „Mitbestimmung" und „Gewerkschaften" überhaupt nicht. ArbeitnehmerInnenrechte scheinen für die Partei irrelevant.

Eine eindeutige Antwort gibt die AfD auf die ökologische Frage: Sie profiliert sich als dezidiert antiökologisch. So lehnt die Partei generell die Energiewende ab und will entsprechend alle Instrumente zur Förderung von erneuerbaren Energien und zur Energieeinsparung abschaffen. Da Windkraftanlagen das Bild unserer „Kulturlandschaften" zerstörten, dürfe es auch keinen weiteren Ausbau der Windenergie in Deutschland geben. Dafür soll die Atomkraft erhalten bleiben. Die „überhasteten Ausstiegsbeschlüsse" aus der Kernkraft seien „sachlich nicht begründet und wirtschaftlich schädlich", findet die Partei. Die AfD bestreitet, dass die „von Menschen gemachten CO_2-Emissionen zu einer globalen Erwärmung mit schwerwiegenden Folgen für die Menschheit führen". Deswegen bedürfe es auch keiner Senkung der Emissionen.

Das Programm ist durchzogen von einer Sehnsucht nach den „guten alten Zeiten" – als es in der Bundesrepublik noch eine Wehrpflicht gab, aber dafür kein Tempolimit. Für den Berliner Soziologen Helmut Wiesenthal zeichnet es sich aus durch „die Ablehnung alles vermeintlich ‚Fremden', das nationalkonservative Beharren auf Autarkie und Souveränität, die latente Xenophobie und die manifeste Illiberalität gegenüber ethnischen, religiösen, sexuellen und anderen Minderheiten, das dummdreiste Leugnen des Klimawandels, die Ablehnung von Immigration und transnationaler Mobilität, AKW-Ausstieg und Naturschutz, Gender-Forschung und außerfamilialen Frauenrollen". So erscheint das Programm als Amalgam völkisch-nationalistischer, ethnopluralistischer, christlich-fundamentalistischer, erzkonservativer und marktfundamentalistischer Einstellungen – antihumanistisch, antiegalitär, antifeministisch, antiökologisch.

Europäische Vernetzungen

Überregional erfolgreich war die AfD erstmalig bei der Europawahl im Mai 2014. Mit 7,1 Prozent der Stimmen und sieben Abgeordneten zog sie ins Europäische Parlament ein, wo sie sich zunächst der euroskeptischen und nationalkonservativen Fraktion der „Europäischen Konservativen und Reformer" (EKR) anschloss. Dominiert wird die Fraktion von der britischen Conservative Party – den Tories – und der polnischen Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość, PiS), die 2016 beide in ihren Ländern Alleinregierungen stellen. Auch die stärkste Partei Belgiens, die flämisch-nationalistische Nieuw-Vlaamse Alliantie (NVA) gehört der Fraktion an. Daneben sind in der EKR-Fraktion noch diverse kleinere nationalkonservative Parteien und Einzellabgeordnete organisiert. Mit der dänischen Volkspartei (Dansk Folkeparti) und der finnischen Perussuomalaiset („Die Finnen") gehören ihr auch zwei skandinavische Parteien an, die dem Rechtspopulismus zuzuordnen sind.

Die Mitgliedschaft der AfD in der EKR-Fraktion dauerte keine zwei Jahre. Das lag an der Abspaltung des wirtschaftsliberalen prowestlichen Flügels nach der Niederlage von AfD-Gründer Bernd Lucke auf dem Essener Parteitag im Juli 2015. Mit Lucke, Hans-Olaf Henkel, Bernd Kölmel, Ulrike Trebesius und Joachim Starbatty beteiligten sich fünf der sieben bisherigen AfD-EuropaparlamentarierInnen an der Gründung der Partei „Allianz für Fortschritt und Aufbruch", die bis heute der EKR-Fraktion angehört. Seitdem vertreten die AfD nur noch die stellvertretende Bundesvorsitzende Beatrix von Storch und der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende Marcus Pretzell im Europaparlament.

Im Frühjahr 2016 mussten von Storch und Pretzell sich aus der EKR-Fraktion verabschieden. Anlass waren Äußerungen der beiden zum möglichen Schusswaffeneinsatz an der Grenze gegen Flüchtlinge. Die EKR-Fraktionsführung hatte ihnen daraufhin ein Ultimatum zum Verlassen der Fraktion gesetzt. In der Folge erklärte von Storch ihren Austritt und schloss sich der Fraktion „Europa der Freiheit und der direkten Demokratie" (EFDD) an. Vier Tage später wurde Pretzell aus der EKR-Fraktion ausgeschlossen. Anfang Mai 2016 trat er der Fraktion „Europa der Nationen und der Freiheit" (ENF) bei. Seine Entscheidung verkündete Pretzell im April 2016 auf dem AfD-Programmparteitag in Stuttgart. Dass er und von Storch sich unterschiedlichen Fraktionen anschlössen, solle ein „Einigungssignal" setzen: „Wir sehen eine Zersplitterung der EU-kritischen Parteien im Europäischen Parlament und die möchten wir ganz gerne überwinden", sagte er, „wir gehen in zwei verschiedene Fraktionen, um diese zusammenzuführen und ich bin sehr zuversichtlich, dass wir das auch im Laufe dieses Jahres noch schaffen."

Was Pretzell und von Storch zusammenführen wollen, ist ein ziemlich unappetitliches Gemisch. In der ENF-Fraktion hat sich das Who's who der europäischen Rechten zusammengefunden: Angeführt von der Fraktionsvorsitzenden Marine Le Pen stellt der extrem rechte Front National aus Frankreich 20 der 39 Mitglieder. Außerdem gehören der Fraktion die österreichische FPÖ, die italienische Lega Nord und die niederländische Partij voor de Vrijheid (PVV) von Geert Wilders an. Mit dabei ist auch der kleine separatistische und rechtsextreme Vlaams Belang aus Belgien. Die 48-köpfige EFDD-Fraktion wird dominiert von der rechtspopulistischen britischen UK Independence Party (UKIP) und der politisch diffusen Fünf-Sterne-Bewegung (MoVimento 5 Stelle, M5S), die ihre gemeinsame Ablehnung der EU zusammengebracht hat. Ebenso gehören der EFDD-Fraktion neben mehreren Einzelabgeordneten die rechtspopulistischen Sverigedemokraterna (Schwedendemokraten) an.

Vorbild FPÖ

Das zeigt, wie sich die Schmerzgrenzen der AfD verschoben haben. Legte diese lange Zeit Wert darauf, auf europäischer Ebene zumindest nach außen hin Distanz zu offen rechtspopulistischen und extrem rechten Parteien zu wahren, gilt das seit dem Abgang des Lucke-Flügels nicht mehr. Im Gegenteil: Die AfD sucht nun die Zusammenarbeit. Mit der FPÖ vereinbarte die AfD inzwischen eine „strategische Partnerschaft". So demonstrierte AfD-Chefin Frauke Petry am Tag der österreichischen Bundespräsidentenwahl im Mai 2016 auf der FPÖ-Wahlparty ihre Verbundenheit mit den „guten Freunden" aus der Alpenrepublik. „Unsere Parteien haben große Gemeinsamkeiten", schwärmte sie dort.

Die FPÖ bildet ein Scharnier im rechten Parteienspektrum Europas: Sie ist rechtspopulistisch und rechtsextrem. „Anders als die auch erfolgreichen rechtspopulistischen Parteien Westeuropas verbindet

die FPÖ Rechtsextremismus und Rechtpopulismus", konstatiert der österreichische Politikwissenschaftler und Jurist Anton Pelinka. Viele europäische Parteien, die den Merkmalen des Rechtspopulismus entsprächen und die insbesondere Fremdenfeindlichkeit als Mobilisierung einsetzten – wie etwa die Schweizerische Volkspartei (SVP), die italienische Lega Nord oder auch die niederländische PVV – vermieden demonstrativ, sich in eine „historische Kontinuität mit Faschismus oder Nationalsozialismus stellen zu lassen", so Pelinka. Das sei bei der FPÖ anders: „Sie gleicht in diesem Sinne eher den weit rechts stehenden Parteien Mittel- und Osteuropas, die – ähnlich wie die FPÖ – ihre Kontinuität zu faschistischen (nationalsozialistischen) Herrschaftsformen der Vergangenheit bewusst im Raum stehen lassen."

Auf dem rechten Weg

„Man muss, um erfolgreich zu sein, all jene mitnehmen, die die AfD nur deshalb wollen und wählen, weil sie anders ist, populistisch dem Volk aufs Maul schauend, und weil sie das politikfähig formuliert, was in Wohnzimmern und an Stammtischen gedacht und beklagt wird", schrieb Alexander Gauland bereits im Januar 2014 in einem Gastbeitrag in der FAZ. „Den bislang Ausgestoßenen eine Stimme geben", lautet sein Credo. Mit dieser rechtspopulistischen Linie hat er sich in der Partei durchgesetzt. Der Erfolg der AfD liege darin begründet, dass sie „Milieus ansprechen konnte, die zwar antidemokratisch und/oder menschenfeindlich eingestellt sind, die bisher aber demokratische Parteien wählten", schreiben die Wissenschaftler Elmar Brähler, Oliver Decker und Johannes Kiess in der 2016 veröffentlichten Studie „Die enthemmte Mitte" der Universität Leipzig.

Laut Mitte-Studie besteht die Klientel der AfD zu etwa zwei Dritteln aus Männern. Die WählerInnen sind eher unterdurchschnittlich gebildet, haben ein eher unterdurchschnittliches – wenn auch nicht durchgehend niedriges – Einkommen und sind jünger als der Durchschnitt der Bevölkerung. AfD-AnhängerInnen seien besonders islamfeindlich, homophob, sexistisch, antiziganistisch und feindlich gegenüber Geflüchteten eingestellt, konstatieren die Leipziger Forscher. 70,4 Prozent befürworteten die Ziele von Pegida und ähnlichen Organisationen. Auch sei die „hohe Gewaltakzeptanz und Gewaltbereitschaft bei den Wählerinnen und Wählern der AfD hervorzuheben". Zöge man die niedrige Zustimmung zur Demokratie in ihrer verfassungsmäßigen und praktizierten Form sowie die hohe Abwertung von Minderheiten hinzu, ergebe sich eine „gefährliche Mischung an Einstellungen".

Der Preis, den Gauland für die Gewinnung dieser WählerInnenklientel bereit ist zu zahlen, ist hoch. Denn es ist ein gefährlicher Drahtseilakt. Immer weiter muss er die Grenzen nach rechtsaußen verschieben. Im Jahr 2016 hält er Reden, die vor nicht allzu langer Zeit nur Neonazis zugetraut wurden. Aus dem konservativen Grandseigneur ist ein völkischer Schwadroneur geworden. „Unser Land verändert sich gegen unseren Willen", rief Gauland etwa im Juni 2016 bei einer Kundgebung auf dem Marktplatz im brandenburgischen Elsterwerda. Seine ehemalige CDU-Parteifreundin Angela Merkel sei eine „Kanzler-Diktatorin", die „ein Volk völlig umkrempelt und viele fremde Menschen uns aufpfropft und uns zwingt, die als Eigenes anzuerkennen". Das sei eine „Politik der menschlichen Überflutung" und „der Versuch, das deutsche Volk allmählich zu ersetzen durch eine aus allen Teilen dieser Erde herbeigekommene Bevölkerung". Man werde „nicht dadurch Deutscher, dass man über die Grenze geht und einen deutschen Pass bekommt". Die Versammelten rief Gauland auf, „in den Kirchen dagegen zu wirken, dass dieses Land von der Erde verschwindet und sozusagen nur noch irgendeine uns fremde Bevölkerung hier lebt". Denn: „Wir sind die Deutschen! Und wir wollen es bleiben!" Es gehe darum, „das Erbe der Väter und Vorväter zu bewahren". Deutschland sei „nicht das Land von Fremden".

Die Rede war kein Ausrutscher. Bei zahlreichen Veranstaltungen äußerte sich Gauland ähnlich. Ernstzunehmenden Widerspruch erntet er in der AfD im Sommer 2016 nicht mehr. Der frühere Christdemokrat möchte die politischen Koordinaten der Bundesrepublik verschieben. In der eigenen Partei ist ihm das schon gelungen.

Pascal Beucker

Die Internationale der Muslimfeinde

Islamfeindlichkeit eint RechtspopulistInnen in ganz Europa. Sie wollen die Grundrechte von Muslimen beschneiden. Woher kommt dieser Hass und wer sind die Stichwortgeber?

Der internationale Counter-Dschihad 37
Ideologische Ziehväter der AfD 38
Enthemmte Mitte? 41
Rechtspopulisten in Europa 42

© PictureAlliance

Pegida-Hochburg im Westen: In Antwerpen, Hauptstadt des flämischen Teil Belgiens, marschiert Pegida Flandern 2016

Die Internationale der Muslimfeinde

Das Feindbild Islam ist heute der kleinste gemeinsame Nenner, der Rechtspopulisten in ganz Europa verbindet – neben ihrer Ablehnung der Europäischen Union und von Flüchtlingen insgesamt. Ob Geert Wilders Freiheitspartei (PVV) in den Niederlanden, Frankreichs Front National oder der Vlaams Belang in Belgien über die Schweizerische Volkspartei (SVP), die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) und Italiens Lega Nord bis zu den Rechtspopulisten in vielen Ländern Skandinaviens und Osteuropas: All diese Parteien suggerieren, auf viele und oft komplexe Fragen einfache Antworten zu haben – das ist ihr Erfolgsrezept. Daher erstaunt es nicht, dass sie zum Teil gleichlautende Forderungen erheben. Zwei Ziele stehen bei fast allen im Vordergrund. Erstens: die Einwanderung insgesamt zu reduzieren, am besten rückgängig zu machen, vor allem jene von Musliminnen und Muslimen. Zweitens: die Muslime in Europa möglichst unsichtbar werden zu lassen; und Kopftücher, Moscheen und alles irgendwie Fremde aus dem Blickfeld verschwinden zu lassen. Dahinter steckt die Sehnsucht, alles möge so übersichtlich und kulturell homogen bleiben, wie es – jedenfalls in der nostalgisch verklärten Erinnerung – früher einmal war.

Deswegen denunzieren Rechtspopulisten den Anspruch von Musliminnen und Muslime auf freie Ausübung ihrer Religion und auf Gleichberechtigung mit anderen Religionsgemeinschaften. In ihren Augen

handelt es sich bei dieser nicht um ein verbrieftes Recht – sondern um eine Anmaßung, die dem heimlichen Ziel der Landnahme oder Unterwanderung dient. Mehr noch: Ein klassisches rechtspopulistisches Muster ist, MuslimInnen abzusprechen, überhaupt einer Religion anzugehören und stattdessen den Islam zu einer mit dem Faschismus vergleichbaren totalitären Ideologie zu erklären.

Die Niederlande, in denen die Wende zur Muslimfeindlichkeit besonders abrupt verlief, übernehmen in dieser Hinsicht die Wortführerschaft. Bereits 2007 forderte Geert Wilders dort ein Verbot des Koran. Dabei bezog er sich auf die inzwischen verstorbene italienische Journalistin Oriana Fallaci, die sich nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 zur neokonservativen Kulturkämpferin gegen den Islam gewandelt hatte. Die einst als anerkannte Kriegsreporterin bekannt gewordene Fallaci steigerte sich in Bestsellern wie ‚Die Wut und der Stolz' (2002) und ‚Die Kraft der Vernunft' (2004) in regelrechte Hetztiraden gegen alle Muslime sowie Länder und Kulturen, in denen sie leben, hinein. In ihren Werken bestreitet sie, dass es einen „gemäßigten Islam" überhaupt geben könne. Tatsächlich sei islamistische Gewalt nicht Folge eines Missbrauchs der Religion; sie leite sich unmittelbar aus dem Koran ab, der deshalb mit Adolf Hitlers ‚Mein Kampf' zu vergleichen sei. Der Koran, führte Wilders das Argument im Jahr 2007 in der Tageszeitung De Volkskrant fort, sei zu verbieten, weil er Muslime in verschiedenen Suren dazu aufrufe, „Juden, Christen, Andersgläubige und Nichtgläubige zu unterdrücken, zu verfolgen oder zu ermorden, Frauen zu schlagen und zu vergewaltigen und mit Gewalt einen weltweiten islamischen Staat zu errichten". Darüber hinaus forderte Wilders einen Einwanderungsstopp für Muslime – bereits Jahre vor Donald Trump, der 2016 im US-amerikanischen Wahlkampf mit der Forderung eines Einreisestopps für Muslime auf sich aufmerksam macht. Heute lässt sich die Funktionsweise von Wilders Agieren in zahlreichen Ländern nachzeichnen: Europas Rechtspopulisten deuten den Wunsch nach Rücksichtnahme auf religiöse Eigenheiten um und erklären ihn zur Forderung nach Privilegien und Sonderrechten – und damit zu einem dreisten und gefährlichen Angriff der Muslime auf die Mehrheitsgesellschaft.

Dabei laufen Forderungen der Rechtspopulisten selbst auf Sonderregelungen und neue Gesetze hinaus, mit denen MuslimInnen Freiheiten beschnitten werden sollen. Mit Erfolg. Das Minarettbauverbot in der Schweiz ist ein Musterbeispiel dafür. Obwohl sich alle anderen Parteien, die Kirchen und die Gewerkschaften dagegen aussprachen, fand dieser demonstrative Eingriff in die Religionsfreiheit 2009 in einer Volksabstimmung eine deutliche Mehrheit. Dass es in der gesamten Schweiz nur ganze vier Moscheen mit Minarett gab, als die SVP ihre Initiative startete, spielte für die Gegner keine Rolle. Es ging ums Prinzip: Die Minarette seien „Leuchttürme des Dschihad", postulierte die SVP; sie stünden für einen politischen Islam, der den Werten der Schweizer Demokratie widerspreche. Auch der Ruf nach Kopftuch- oder Burka-Verboten ist bei Europas Rechtspopulisten populär; ebenso die Forderung, Gebetsräume für Muslime in Firmen und öffentlichen Institutionen sowie Fleisch, das halal ist, in Schulkantinen zu verbieten.

Muslimfeinde arbeiten europaweit mit einer Bildsprache, welche an die Propaganda von rechtsextremen und völkischen Organisationen aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erinnert. Mit diesem Plakat erzielte die SVP einen ihrer größten Erfolge. Mehr als jeder zweite Schweizer votierte 2009 für ein Minarettverbot

Anders als in den europäischen Nachbarländern konnten antimuslimische Parteien wie Pro Deutschland und die NPD in der gesellschaftlichen Mitte Deutschlands lange nicht Fuß fassen. Geändert hat sich das erst mit dem Auftreten der Patriotischen Europäer gegen eine Islamisierung des Abendlandes (Pegida) Ende 2014 und der Alternative für Deutschland (AfD), die wenige Monate später damit begann, zunehmend auf islamfeindliche Forderungen zu setzen.

Der internationale Counter-Dschihad

Bereits Jahre zuvor hatte sich eine muslimfeindliche Stimmung in Deutschland allerdings durchaus artikuliert: etwa in antimuslimischen Blogs, die einen selbsterklärten „Counter-Dschihad" gegen die muslimische Welt führen. Zu ihnen gehören Blogs wie „Tundra Tabloids", „jihadwatch", „Atlas Shrugs", „Europe-News" oder das 2003 gestartete „Gates of Vienna". Die wichtigste Plattform ist die bereits 2004 gegründete Politically Incorrect (PI).

PI ist international mit als islamfeindlich, rechtsextrem oder rechtspopulistisch geltenden Personen und Organisationen vernetzt und wird mit über 60.000 Zugriffen täglich frequentiert. Das Blog vermittelt eine klare Botschaft: Der Islam und die Muslime sind

unsere Feinde – verabscheuungswürdig, minderwertig und niederträchtig. Bei PI toben sich AutorInnen aus, die behaupten, sonst in der demokratischen Medienlandschaft nicht zu Wort zu kommen. Dabei sind es nicht nur die Artikel der Autoren, in denen die kruden Thesen der IslamhasserInnen verbreitet werden. In den Kommentaren werden Muslime als „Gesindel", „Abschaum" oder „Türkendreck" beschimpft und es wird zum bewaffneten Kampf gegen den Islam aufgerufen. Die Verfassungsschutzämter von Bund und Ländern haben das Treiben der MacherInnen lange ignoriert, weil sie keinen Anlass für eine Überwachung sahen.

PI gibt sich betont proisraelisch, projüdisch und proamerikanisch – auch deshalb wollten oder konnten die Verfassungsschutzämter zunächst keinen rechtsextremen Hintergrund erkennen. Seit 2013 scheint sich diese Haltung langsam zu ändern: Das Landesamt für Verfassungsschutz in Bayern hat die Münchner Ortsgruppe von PI als verfassungsfeindlich eingestuft und der bayrische Innenminister Herrmann teilte mit, dass die Münchener Ortsgruppe von PI vom Verfassungsschutz überwacht werde, weil sie „pauschale Ängste vor Muslimen schürt und islamfeindliche Propaganda verbreitet".

Exemplarisch beobachten lässt sich bei PI zudem ein weiteres verbreitetes Argumentationsmuster, das IslamhasserInnen über die Grenzen hinaus eint und die Angst vor „Überfremdung" nicht nur religiös begründet: Gleichsam einem geheimen Masterplan folgend, bekämen Musliminnen immer mehr Kinder. Schon das werde, wenn man dem nicht in aller Entschiedenheit entgegenträte, dazu führen, dass sie die politische Macht und kulturelle Deutungshoheit übernähmen – still geduldet von einem Kartell aus linken MultikulturalistInnen, Gutmenschen, politischen Feiglingen und schweigenden Medien.

Ideologische Ziehväter der AfD

Auch Publizisten spielen bereits seit Jahren eine wichtige Rolle bei der Formierung eines manifesten rechtspopulistischen Milieus in Deutschland. Einer der wirkungsmächtigsten Stichwortgeber ist das SPD-Mitglied Thilo Sarrazin. Mit seinem 2010 erschienenen Buch „Deutschland schafft sich ab" – eines der meistverkauften Bücher seit 1949 – wendet der ehemalige Berliner Finanzsenator Sarrazin die populäre These von den angeblich unintegrierbaren Muslimen mit einer Prise Pseudo-Wissenschaft ins offen Rassistische. In „Deutschland schafft sich ab" legt Sarrazin nahe, Deutschland werde durch Einwanderer aus dem Nahen Osten, der Türkei und Afrika „immer dümmer", weil Intelligenz „zu 50 bis 80 Prozent" vererbt werde. Sarrazin ist ein Paradebeispiel dafür, wie sehr rassistische Vorstellungen und sogar das Vokabular aus der NS-Zeit bis heute nachwirken, zumindest in der älteren Generation.

Auch in der Rhetorik von AfD-Politikern schwingt das mit, wenn sie vom „afrikanischen Ausbreitungstyp" (Björn Höcke) schwadronieren oder den Islam pauschal als „Fremdkörper" (Alexander Gauland) bezeichnen. Jedoch: Die Rechtspopulisten von heute verteidigen, wie in Kapitel I beschrieben, weniger eine ethnisch definierte Volksgemeinschaft, sondern eher eine diffus kulturell definierte. Sie gehen nicht mehr von biologischen Unterschieden unter den Völkern aus, sondern halten nur noch die eigene Kultur für überlegen und nicht mit dem Islam vereinbar.

Die Kernbotschaft sehr vieler vermeintlich „islamkritischer" Bücher, die in den zurückliegenden Jahren veröffentlicht wurden und sehr hohe Auflagen erzielten, ist also auch in der AfD angekommen. Der Islam sei „eine politische Ideologie, die mit dem Grundgesetz nicht vereinbar ist", meint die AfD-Vizechefin Beatrix von Storch 2016. Alexander Gauland, Fraktionschef in Brandenburg und graue Eminenz, verkündet, der Islam sei „intellektuell immer mit der Übernahme des Staates verbunden". Parteichefin Frauke Petry schloss sich dem an, als sie sagte, die Religionsfreiheit von Muslimen stelle man nicht in Frage, aber: Das politische Verständnis, das in Moscheen in Deutschland gepredigt werde, sei nicht mit dem Grundgesetz vereinbar.

Laut ihrem 2016 verabschiedeten Parteiprogramm (mehr dazu in Kapitel II) will die AfD Minarettbauten und Muezzinrufe untersagen, das Tragen von Kopftüchern an Schulen verbieten, bei Lehrerinnen wie bei Schülerinnen. Sie will Moscheen stärker überwachen lassen und deren Finanzierung aus dem Ausland untersagen. Auch ein Verbot der rituellen Schächtung von Tieren sowie der Beschneidung von Jungen schwebt manchen in der Partei vor. Andere fordern, die Lehrstühle für islamische Theologie wieder abzuschaffen, die erst vor wenigen Jahren an mehreren deutschen Universitäten eingeführt wurden. Und natürlich sind sie auch gegen einen islamischen Religionsunterricht an öffentlichen Schulen, wie es ihn in den meisten Bundesländern seit jeher für die christlichen Konfessionen gibt. In ihren antimuslimischen Positionen weiß sich die AfD mit weiten Teilen der Bevölkerung einig.

© PictureAlliance

Muslimfeindlichkeit, gegossen in ein Parteiprogramm. Punkt 7.6.1: „Der Islam gehört nicht zu Deutschland“

Zahlreiche Studien bestätigen problematische Haltungen der deutschen Mehrheitsgesellschaft gegenüber muslimischen Minderheiten. Die Studie „Die enthemmte Mitte“, die Leipziger Forscher in Kooperation mit der Heinrich-Böll-, der Rosa-Luxemburg- und der Otto-Brenner-Stiftung erstellen, misst seit dem Jahr 2002 autoritäre und rechtsextreme Einstellungsmuster. Im Juni 2016 legte sie den jüngsten Befund vor.

Die erfreuliche Nachricht lautet: „Die Stärkung der Zivilgesellschaft hat auch die demokratischen Milieus in den letzten Jahren stärker gemacht.“ So lassen sich inzwischen 60 Prozent der Befragten dem aufgeschlossenen, demokratischen Milieu zuweisen – einem Milieu, das die Demokratie klar bejaht und sich politisch einbringt. Vor zehn Jahren war diese Gruppe noch beinahe ein Viertel – nämlich 23 Prozentpunkte – kleiner.

Diese Ergebnisse bestätigen die Konflikt- und Gewaltforscher Andreas Zick (Universität Bielefeld) und Beate Küpper (Hochschule Niederrhein), die 2015 in der Studie „Wut, Verachtung, Abwertung – Rechtspopulismus in Deutschland“ feststellten, verglichen mit einem Jahrzehnt zuvor sei die Gesellschaft „deutlich offener und toleranter geworden“. Zeitgleich allerdings stellten Zick und Küpper eine Zunahme negativer Stimmungen fest. Diese hätten an Energie gewinnen können, weil sich „rechtspopulistische und rechtsextreme Propagandisten fanden, die die Menschen in ihrer Wut, Verachtung und Abwertung abholen oder gar in sie hineintreiben.“ Ihnen gelinge es, „Verunsicherungen, Unzufriedenheiten und latent vorhandenen Rassismus in Wut, Verachtung und Abwertung zu kanalisieren.“

Diese Beobachtung wird durch die Mitte-Studie verstärkt, wenn sie die Verbreitung von Vorurteilen, vor allem gegen Muslime, Flüchtlinge sowie Sinti und Roma statistisch untermauert. Laut ihr finden im Jahr 2016 über 41 Prozent der Befragten, Muslimen solle „die Zuwanderung nach Deutschland verboten werden“. Noch 2014 waren es 36,6 Prozent, 2011 22,6 Prozent. Der Aussage „Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land“ stimmten 2016 50 Prozent zu, 2014 43 Prozent, 2011 rund 30 Prozent. 38 Prozent waren 2016 überdies der Meinung, wer ein Kopftuch trage, könne keine Deutsche sein; 60 Prozent würden die

Obgleich kaum Muslime in Dresden leben, demonstrieren in der Stadt Tausende gegen die Islamisierung

Beschneidung von Jungen aus religiösen Gründen gern verbieten lassen.

Angesichts solcher Ergebnisse liegt der Gedanke nahe, die Ergebnisse könnten Rückschlüsse auf Ereignisse sein, die – auch wenn sie es nicht sind – von vielen im Zusammenhang mit „dem Islam" gesehen wurden. Dazu gehören zum einen die Anschläge von Attentätern, die sich zum Islamischen Staat bekannten, auf einen Club, ein Fußballstadion und mehrere Bars in Paris 2015 und jene auf einen U-Bahnhof und den Flughafen in Brüssel 2016. Zum anderen wurde nicht nur die deutsche Öffentlichkeit über Wochen durch massenhafte sexuelle Übergriffe, inklusive mehrerer Vergewaltigungen, rund um den Kölner Hauptbahnhof in der Silvesternacht 2015/2016 aufgewühlt. Stärker als vielleicht je zuvor wird muslimischen Männern seither ein grundsätzlich problematisches Verhältnis gegenüber Frauen unterstellt.

Bei genauerem Besehen gilt allerdings: Diese Kausalität gibt es nicht. Tatsächlich nämlich hat sich auch die Stimmung in der Bevölkerung etwa gegenüber Roma und Sinti dramatisch verschlechtert. Der Aussage „Sinti und Roma sollten aus den Innenstädten verbannt werden" stimmte noch 2011 „nur" rund jeder vierte zu, 2016 nahezu jeder zweite. Und: Auch Homosexuelle bleiben von der zunehmenden Polarisierung in der Gesellschaft nicht verschont: Der Aussage „Es ist ekelhaft, wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen" stimmten 2011 rund 25 Prozent zu, 2016 waren es über 40 Prozent.

Insgesamt sei in den zurückliegenden fünf Jahren eine deutliche Veränderung der politischen Kultur zu registrieren, so die Autoren der Mitte-Studie. Zum einen seien die demokratischen Milieus stärker geworden, zum anderen politische Akteure aus antidemokratischen Milieus erwachsen. Die Ressentiments gegenüber Muslimen, Sinti und Roma, Flüchtlingen oder Homosexuellen machten sichtbar, wie tief längst überkommen geglaubte völkische und moralische Vorstellungen in der Gesellschaft verankert seien. „Noch immer" seien „weite Teile der Bevölkerung bereit abzuwerten und zu verfolgen, was sie als abweichend und fremd wahrnehmen", so die Autoren.

Diese Ergebnisse werden durch zahlreiche Studien der zurückliegenden Jahre bestätigt. So belegte bereits 2010 eine in fünf europäischen Ländern

durchgeführte Befragung des Exzellenzclusters „Religion und Politik“ an der Universität Münster, dass die Bevölkerung in Deutschland Spitzenreiter in der Ablehnung des Islam ist. Menschen in Deutschland sprachen sich häufiger als FranzösInnen, DänInnen, NiederländerInnen oder PortugiesInnen gegen den Bau von Moscheen aus. Im gleichen Jahr hätten es laut einer Umfrage von Infratest-dimap 37 Prozent der Bundesbürger besser gefunden, wenn der Islam in der Bundesrepublik gar nicht vertreten wäre.

Bemerkenswert im Zusammenhang mit der zunehmenden Muslimfeindlichkeit in Deutschland ist die konstant hohe generalisierte Abwertung in mittleren und hohen Einkommensschichten. Während sonst gilt „Je höher die Bildung, umso weniger Abwertung“, bestätigt eine von 2001 bis 2011 durchgeführte Langzeitstudie des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit das in Sachen Islam nicht. Dort, so die Autoren, lasse sich eine „verrohte Bürgerlichkeit“ beobachten.

Die enthemmte Mitte?

Wie konnte es zu dieser antimuslimischen Stimmung kommen? Manche behaupten, die so genannten „68er“ seien Schuld; oder die Multi-Kulti-Träumer. Diese hätten in der Vergangenheit zu viele Tabus geschaffen und damit offene Debatten verhindert: „Es ist ein Fehler, die Probleme bei der Integration insbesondere von Muslimen zu verschweigen. Sie dürfen nicht beschönigt werden, sondern müssen unmissverständlich angesprochen werden – eine Tabuisierung der Probleme aus falsch verstandener politischer Korrektheit kommt nur den Rechtspopulisten zugute, die sonst als einzige Klartext reden und die Sorgen und Nöte der Mehrheitsgesellschaft ernst nehmen.“ So oder ähnlich lauten die Argumente, die seit Jahren von selbsternannten „Islamkritikern“ regelmäßig zu hören sind. Vorgetragen werden sie aber auch von dem Dresdener Politologen Werner Patzelt oder der feministischen Publizistin Alice Schwarzer.

Diese Argumente klingen einleuchtend, sind es aber nicht. Sie basieren auf falschen Prämissen – und folgen im Kern der von Rechtspopulisten aufgestellten These, man dürfe nicht offen über Integrationsprobleme reden. Das ist zumindest für Deutschland nachweislich falsch. Anders als es den Niederlanden nachgesagt wird, hat es hierzulande ein der politischen Korrektheit geschuldetes Schweigekartell zu Problemen, die mit Einwanderung verbunden sind, nie gegeben. Zu keinem Zeitpunkt ließen sich Politiker oder auch Journalisten in den zurückliegenden Jahrzehnten davon abhalten, zu formulieren, was sie über MigrantInnen denken, über TürkInnen, MuslimInnen, über den Islam. Nachzulesen ist das in Tausenden Artikeln und Kommentaren. Dass auf diese Reden keine politischen Konzepte und Taten folgten, hat wiederum einen ganz anderen Grund: nämlich die jahrzehntelange Weigerung der Bundesregierung, anzuerkennen, dass Deutschland längst ein Einwanderungsland ist – und daraus dann entsprechende Handlungen folgen zu lassen.

In den zurückliegenden Jahren haben leider auch die so genannten Qualitätszeitungen mit einer vorurteilsbehafteten Berichterstattung einen erheblichen Beitrag zur Verbreitung antimuslimischer Stimmungen geleistet

Viel spricht für eine andere These: Die Art und Weise, wie in der gesellschaftlichen Mitte seit Beginn des Jahrtausends über das Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft und vor allem über Muslime geredet und debattiert wird, hat Menschen politisch enthemmt und zum Aufstieg der Rechtspopulisten beigetragen.

Dieser gesellschaftliche Klimawechsel hat Folgen für die Straße. In der Geschichte der Bundesrepublik gab es in der Vergangenheit nur selten rassistische Übergriffe, die Muslime als Muslime betrafen. Das hat sich geändert: 416 politisch motivierte Angriffe gegen muslimische Gebetsräume und Moscheen zählte das Bundesinnenministerium von Anfang 2001 bis März 2016, darunter Brandstiftungen und Sprengstoffanschläge und Mord.

Aber die Folgen haben nicht nur die gesellschaftlichen Ränder erfasst. Von 1949 bis 2015 galt quer zu allen politischen Lagern in der Bundesrepublik Deutschland der Konsens: Bei allen Unterschieden in weltanschaulichen und gesellschaftspolitischen Fragen – anständige Bürgerinnen und Bürger wählen keine Parteien, die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit propagieren, wie zum Beispiel Rassismus, Antisemitismus oder eben Muslimfeindlichkeit. Das scheint sich im Jahr 2016 geändert zu haben.

Daniel Bax, Eberhard Seidel

© PictureAlliance

Europäische Eintracht: Gemeinsamer Auftritt von FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache und Generalsekretär Harald Vilimsky mit Geert Wilders

Rechtspopulisten in Europa

Die Niederlande

Geht es um antimuslimische Propaganda, werden die Niederlande nicht zufällig recht schnell genannt. Geert Wilders, Gründer und Besitzer – die Partei hat keine Mitglieder – der PVV (Partei für die Freiheit) ist einer der lautesten und pointiertesten Anti-Islam-Rhetoriker Europas. Bestens vernetzt in der EU wie mit konservativen Kräften in den USA und Israel, aber auch zu Bewegungen wie Pegida, bildet er zudem ein wichtiges Scharnier zwischen etablierter Politik und Straßenkampf. Auch die Medien weiß er geschickt zu nutzen. So durfte er auch der deutschen Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) bereits 2009 in einem ellenlangen Interview erklären, bei der Islamisierung handle es sich um einen „Krieg, der mit den Waffen Demographie und Masseneinwanderung" geführt werde.

Seinem Erfolg in den Niederlanden, die über Jahrzehnte auf nichts so stolz waren wie auf ihre Toleranz, hat allerdings eine noch schillerndere Persönlichkeit den Boden bereitet: Pim Fortuyn, eine multiple Erscheinung aus Professor und Hedonist, Fernsehjournalist und Dandy, gelang es zu Beginn des Jahrtausends binnen kürzester Zeit, eine ganz neue Debattenkultur in dem 16-Millionen-Einwohner-Land zu schaffen. Als Vorkämpfer einer Bürger- und Protestpartei und wenige Wochen vor dem 11. September 2001 erklärte er dem Islam als „außergewöhnlicher Bedrohung" den „Kalten Krieg" und forderte, das Diskriminierungsverbot aus der Verfassung zu streichen. Die Partei warf ihn raus, Fortuyn gründete seine eigene, die er – was ihm später Geert Wilders nachmachte – nach sich selbst benannte: Liste Pim Fortuyn. Nach nur wenigen Monaten fuhr diese bei Kommunalwahlen in der zweitgrößten Stadt des Landes, Rotterdam, mit

einem Drittel der Wählerstimmen einen fulminanten Erfolg ein. Die Parlamentswahlen im Mai 2002 erlebte Fortuyn schon nicht mehr: Wenige Tage vorher wurde er von einem verwirrten Tierschützer erschossen.

Hinterlassen hat er eine Grundstimmung, derer sich nun Geert Wilders bedient. Der ehemalige Abgeordnete der rechtsliberalen VVD gründete 2006 die heutige PVV, die zunächst „Gruppe Wilders" hieß. Als Parteivorsitzender ohne Basis – Wilders möchte die Partei nicht in „falsche Hände" geraten lassen, deswegen öffnet er sie nicht, auch Parteitage gibt es folglich nicht – wendet er sich gegen die EU und „Einwanderer" an sich, inklusive solchen, die über die Jahrhunderte aus den Kolonien kamen und immer niederländische Staatsbürger waren. Vor allem aber wettert Wilders gegen „den Islam". Bei dem handelt es sich laut Parteiprogramm um eine „totalitäre Lehre, die auf Dominanz, Gewalt und Unterdrückung eingestellt ist." Gewählt haben Wilders für diese Position bei den jüngsten Parlamentswahlen (2012) 10,1, bei den Europawahlen (2014) 13,3 Prozent.

Österreich / Schweiz

Andere europäische Staaten haben eine weit ältere Geschichte mit rechtspopulistischen Parteien. Unter ihnen sind solche, deren Rechte lange Zeit vor allem aus sezessionistischen Motiven handelten, Italien etwa mit der Lega Nord oder Belgien mit dem Vlaams Belang (ehemals Vlaams Blok). Andere, allen voran die österreichische FPÖ (Freiheitliche Partei Österreichs), machten aus ihrer Nähe zu Nationalsozialisten nie ein Hehl. Die FPÖ wurde 1955 gegründet und erlebte ihre erste Hoch-Zeit in den 1990er-Jahren unter dem Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider; bereits 2000 wurde sie von der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) das erste Mal an der Regierung beteiligt. Haider, der sich 2008 schwer alkoholisiert in seinem Auto zu Tode fuhr, pflegte Kontakte zu „alten Kameraden", sprich ehemaligen SS-Mitgliedern, ebenso wie zu Diktatoren im Nahen Osten wie Saddam Hussein (Irak) und Muammar al-Gaddafi (Libyen).

Den Islam entdeckte die FPÖ 2006 unter dem Slogan „Daham statt Islam". Auch wenn sie sich von diesem inzwischen distanziert und statt „dem Islam" nun „dem Islamismus" den Kampf erklärt: Geert Wilders, in der deutsch-niederländischen Grenzstadt Venlo geboren und des Deutschen fließend mächtig, ist bei der FPÖ ein gern und häufig gesehener Gast. Gewählt wurde die FPÖ bei den Nationalratswahlen 2013 ebenso wie bei den Europawahlen 2014 von 20,5 Prozent.

Weitere antiislamische Vorkämpferin in einer Alpenrepublik ist die Schweizerische Volkspartei (SVP), 1971 als Bauernpartei gegründet und seit 2007 mit ihrer Anti-Moscheen-Initiative der Weltöffentlichkeit ein Begriff. Seit 2003 ist sie stärkste politische Kraft in dem neutralen Staat, zuletzt wurde sie 2015 mit 29,4 Prozent zur stärksten Partei gewählt.

Frankreich

„Europa tut weh": Nicht erst seit dem geglückten Brexit-Votum macht der französische Front National massiv Stimmung gegen die EU

Seit Jahrzehnten rechtsextreme europäische Führungsmacht ist der französische Front National, den Jean Marie Le Pen 1972 gegründet hat. 1988 erhielt dieser erstmals rund 15 Prozent der Stimmen; noch länger, nämlich seit 1984 sitzt der Gründer im Europaparlament. Dort ist Le Pen mit seiner konkurrenzlosen Erfahrung ein zentraler rechtspopulistischer Strippenzieher – wurde allerdings 2015 nach einer Fehde mit seiner Tochter aus der Partei geworfen und ist auch nicht Mitglied der Rechtsaußen-Fraktion „Europa der Nationen und der Freiheit" (ENF). In dieser organisieren sich seit 2015 rechtsextreme und -populistische Parteien im Europaparlament, zuvorderst FN, PVV, FPÖ, Lega Nord und Vlaams Belang. Gezimmert hat die neue Fraktion, für die sie Abgeordnete aus sieben Ländern benötigte, Marine Le Pen. Seit 2011 ist die Tochter Jean Maries Parteivorsitzende. Der Plan, den Front National auch für Nicht-Rechtsextreme wählbar zu machen, geht bisher auf: Zuletzt erhielt er bei den französischen Regionalwahlen 2015 rund 27 Prozent der Stimmen – und blieb damit noch weit hinter den Prognosen zurück.

Nordeuropa

In Nordeuropa rücken rechtspopulistische Parteien erst seit einigen Jahren, aber nun mit Macht, ins Rampenlicht – und an politische Schaltstellen. So wurde die stramm-rechte Partei „Die Finnen" (ehemals „Wahre Finnen") 2015 mit 18 Prozent zweitstärkste Parlamentsfraktion. Seither regiert sie in einer Drei-Parteien-Koalition und stellt mit Timo Soini den Außenminister. Im Europaparlament agieren „Die Finnen" – unter anderem zusammen mit der

Dänischen Volkspartei – in der im Vergleich zur ENF gemäßigten „Allianz der europäischen Konservativen und Reformer“ (AEKR), zu der bis zu dem Austritt Großbritanniens aus der EU auch die Tories gehören.

Die Dänische Volkspartei (1996 gegründet), will – ebenso wie die Schwedendemokraten – nicht an die Regierung; anders als „Die Finnen“ glauben sie offenbar, echte Politik vertrage sich schlecht mit populistischen Reden von einfachen Lösungen. Stattdessen stützt die Dänische Volkspartei seit 2001 den größten Teil der Zeit eine Minderheitsregierung; zuletzt wurde sie 2015 mit 21,1 Prozent zur zweitstärksten Fraktion gewählt. Antimuslimische Forderungen wie ein Kopftuchverbot und keine Gebetsräume in öffentlichen Einrichtungen gehören zu ihrem Repertoire. In Schweden erhielten die „Schwedendemokraten“ 2014 12,9 Prozent der Stimmen (Europawahlen 9, 7).

Einwanderungsstopp für Muslime, fordert Geerd Wilders. In der Flüchtlingskrise 2015/2016 haben dies auch Regierungsvertreter in Ungarn, Polen und Tschechien getan.

Und das sind die anderen

Diese Liste ist längst nicht vollständig: Zu den Rechtspopulisten Europas zählen auch die Fünf-Sterne-Bewegung des Kabarettisten Beppe Grillo in Italien, die 2013 jede vierte Stimme bekam und die seit 2016 in Rom und Turin die Bürgermeisterin stellt. Auch die britische Unabhängigkeitspartei UKIP gehört dazu; berühmt geworden durch ihren Ex-Anführer Nigel Farage, der nur wenige Tage nach dem gewonnenen EU-Austritts-Referendum 2016 von dannen zog. Bei den Europawahlen 2014 wurde die UKIP mit 24 Prozent zur stärksten britischen Partei gewählt. Während das Austrittsbestreben wie auch die „unkontrollierte Zuwanderung“ zu ihren Kernthemen gehören, steht „der Islam“ – anders als bei der 2011 gegründeten rechtsextremen „Britain First“ – nicht im Vordergrund. Auch in Griechenland ist mit der Goldenen Morgenröte eine rechtsextreme Partei aktiv.

Osteuropa

Von immenser nationaler wie europapolitischer Bedeutung sind auch die – vor einer anderen historischen Folie und häufig politisch anders ausgerichteten - rechtspopulistischen Parteien in vielen Ländern Osteuropas. In Ungarn vereint die 1988 (!) gegründete Fidesz-Partei seit Beginn des Jahrtausends kontinuierlich mehr als 40 Prozent der Stimmen auf sich; über Jahre regierte ihr Vorsitzender Viktor Orbán mit Zwei-Drittel-Mehrheit. Seit der sogenannten Flüchtlingskrise – und dem Bau eines Grenzzauns zu Serbien – nimmt, neben Orbáns Lieblingsthema „Anti-EU“, die Polarisierung „Christen versus Islam“ zu. Im EU-Parlament sitzen die Fidesz-Abgeordneten allerdings gemeinsam mit CDU-, CSU-, ÖVP- (Österreich) und CDA-Abgeordneten (Niederlande) in der EVP-Fraktion der „Europäischen Volksparteien“.

Rechtspopulistischer Argumente bedient sich auch die 2001 von den Kaczynski-Zwillingen gegründete nationalkonservative Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) in Polen, die seit 2015 mit absoluter Mehrheit regiert und zurzeit recht unverhohlen am Abbau demokratischer Institutionen arbeitet. Im Wahlkampf hatte Jaroslaw Kaczynski unter anderem davor gewarnt, muslimische Flüchtlinge würden in dem katholischen Land „Scharia-Zonen“ einführen. Drittstärkste Kraft im Parlament ist die Bewegung Kukiz'15, die 2015 nur wenige Monate nach ihrer Gründung 8,8 Prozent der Stimmen erhielt. Ins Leben gerufen hat sie der Rock-Sänger Pawel Kukiz – dazu passt, dass die Bewegung unter 18- bis 29-Jährigen WählerInnen nahezu jede zweite Stimme erhielt. Ihre Parolen sind ein Sammelsurium populistischer Forderungen; im Wahlkampf unterstützt wurde Kukiz'15 von der rechtsextremen Nationalen Bewegung (RN), die dank Kukiz nun auch mit fünf Abgeordneten im Parlament sitzt. Im Europaparlament sitzt die polnische Regierungspartei PiS in der „gemäßigten“ AEKR, Kukiz trat 2014 noch nicht an.

Charakteristisch für viele Länder Osteuropas ist zudem: Weit stärker als in Westeuropa machen Parteien der politischen Mitte gegen Muslime mobil. So sagte der tschechische Präsident Miloš Zeman, jahrelang Sozialdemokrat und auch heute noch in einer Mitte-Links-Partei (SPO) einmal, ein „gemäßigter Muslim“ sei „so widersprüchlich wie ein gemäßigter Nazi“.

Ein Blick auf die Europakarte zeigt auch: Es gibt Länder, in denen rechtspopulistische Parteien bisher nie eine Rolle spielten. Das gilt für Spanien und Portugal – und damit die einzigen Staaten Westeuropas, die bis weit in die 1970er-Jahre von Diktatoren regiert wurden – aber auch für die Republik Irland. Und, jedenfalls auf Bundesebene, Stand Sommer 2016: für die Bundesrepublik Deutschland.

Jeannette Goddar

Ist Rechtspopulismus Pop?

Was halten die 15- bis 30-Jährigen von all den Themen, welche die Neuen Rechten aufrufen? Und gibt es einen Soundtrack des Rechtspopulismus?

Die Identitären im Aufwind 46
Die Rechten und ihre Lieder 49
Schwarz, Rot, Stolz? 52

© PictureAlliance

Im Juni 2016 versammeln sich die Identitären in Berlin

Die Identitären im Aufwind

Spurensuche – Berlin, 17. Juni 2016. An diesem symbolträchtigen Tag, an dem sich 1953 in Ost-Berlin Arbeiter gegen die Herrschaft der regierenden SED erhoben hatten, versammeln sich im Regierungsviertel 150 Anhänger der Identitären Bewegung. Aufmerksam hören sie dem Hauptredner zu, Martin Sellner heißt er und kommt aus Österreich. Er tröstet die enttäuschten Demonstranten, die ein Vielfaches an Gesinnungsgenossen erwartet haben und mit gelb-schwarzen Fahnen vor ihm stehen: „In Wien haben wir vor drei Jahren genauso mit einer kleinen Gruppe von 50 Leuten begonnen." Inzwischen aber halte man die ganze Hauptstadt Österreichs in Atem. So werde es bald auch in Deutschland sein, darauf schwört Sellner seine deutschen Zuhörer ein.

Martin Sellner, Jahrgang 1989, postet gern Selfies auf Instagram und betreibt einen Youtube-Kanal, mit dessen Hilfe er das „multikulturelle Meinungsdogma" abbauen will. Er hat Philosophie studiert und ist eine Führungsfigur der Identitären Bewegung in Österreich. Die Identitären sind eine vergleichsweise junge politische Strömung am rechten Rand. Vor mehr als zehn Jahren in Frankreich entstanden, haben sie inzwischen auch in Österreich mit provokanten Anti-Einwanderungsaktionen eine bemerkenswerte Bekanntheit erlangt. Das wollen sie auch in Deutschland erreichen – und diese Demonstration in Berlin soll ein erster Schritt sein.

Die Identitären bezeichnen sich selbst als „metapolitischer und aktivistischer Arm der Neuen Rechten". Das klingt ziemlich abgehoben und das soll es wohl auch – denn ihre Zielgruppe sind junge Akademiker, also die gesellschaftliche Elite von morgen. Ihre Strategen bemühen sich um eine junge Zielgruppe, die mit Twitter und Snapchat mehr anfangen kann als mit militantem Outfit, Reichsadlern und Runenkunde. Auf der Website der Identitären Bewegung Deutschland e.V. werden alle Besucher geduzt. Die sozialen Netzwerke sind zentrale Plattformen ihrer politischen Arbeit.

Rassismus für Eliten

Mit klassischen Neonazis wollen die Aktivisten der Identitären Bewegung nichts gemein haben – offiziell jedenfalls. Sie grölen nicht „Ausländer raus!“, sie geben sich intellektuell und postulieren Thesen wie die vom „Ethnopluralismus“. Grob zusammengefasst besagt diese, dass auch Menschen anderer Herkunft und Religion in Ordnung sind, sofern sie dort bleiben, wo sie vermeintlich hingehören: Muslime also beispielsweise in arabischen Länder, Türken in der Türkei. Die Identitären fordern, dass die „Kulturen“ sich nicht vermischen, sondern homogen bleiben sollen. Deutschland solle vor dem „Multikulti-Wahn“ gerettet und entmischt, das deutsche Volk auf diese Weise vor den „Fremden“ bewahrt werden. In einem Image-Video wünschen sich junge Anhänger der Identitären eine „Rückeroberung“ Deutschlands durch junge Leute „ohne Migrationshintergrund“.

Das sei am Ende nichts anderes als ein „weichgespülter völkischer Rassismus“, so fasst es der Marburger Politikwissenschaftler Benno Hafeneger zusammen. In einigen Bundesländern wird die junge islamfeindliche Bewegung inzwischen vom Verfassungsschutz beobachtet. Das heißt, die Sicherheitsbehörden haben massive Zweifel an der harmlosen Hipster-Selbstdarstellung der Identitären. Der Vorwurf ist: Hinter dem neuen, popkulturellen Branding finden sich letztlich uralte politische Ziele, die im Kern schlicht rechtsextrem sind.

Über die Größe der Identitären Bewegung in Deutschland gibt es keine verlässlichen Zahlen. Fakt ist aber, dass selbst kleinste lokale Gruppen mit plakativen Aktionen immer wieder bemerkenswerte Aufmerksamkeit auf sich lenken: Im Sommer 2015 stürmen Aktivisten einen Balkon in der SPD-Parteizentrale in Berlin und rollen ein Transparent mit Parolen gegen die Zuwanderung aus. Im sachsen-anhaltinischen Halle mauern sie im März 2016 die Tür zu einem Wahllokal zu, in dem eine Probewahl für Migranten stattfinden soll. Kurz darauf bekleben sie den Eingang der Amadeu-Antonio-Stiftung in Berlin, die sich gegen Rechtsextremismus einsetzt.

Der Medienrummel, den solche Aktionen auslösen, lässt die Identitären als wichtigen, neuen Akteur am rechten Rand erscheinen. Doch in Wirklichkeit dürften sie bislang eine eher kleine Strömung sein, deren ganz überwiegend männliche Anhänger obendrein zum Teil gar nicht mehr so jugendlich sind. Damit teilen sie – bisher jedenfalls – das Schicksal der neurechten und rechtspopulistischen Gruppierungen in Deutschland. Ob Burschenschafter oder Jungabonnenten der ultrarechten Wochenzeitung Junge Freiheit: Das Milieu wirkte über viele Jahre hoffnungslos isoliert, ohne Erfolg versprechenden parlamentarischen Anschluss und auch ohne größere Resonanz bei den unter Dreißigjährigen.

Dass das Logo der Identitäten Bewegung fast genauso aussieht wie das Abzeichen der Spartiaten in dem Hollywoodfilm 300 dürfte kein Zufall sein: So wird ein Bezug zum Kriegertum und zu einer klaren Aufteilung von „Wir“ und „Die“ hergestellt.

Mit den antiquierten Ritualen rechter Studentenverbindungen können heute nur noch die wenigsten Studierenden etwas anfangen. Der Historiker Matthias Stickler von der Universität Würzburg schätzt, dass der früher einflussreiche Dachverband „Deutsche Burschenschaft“ seit den späten 1960er-Jahren fast zwei Drittel seiner Mitglieder verloren hat – zuletzt verließen einige Verbindungen den Verband, weil er selbst ihnen zu rechtslastig geworden war.

Neue rechte Netzwerke

Auch neurechte Strategen aus dem Umfeld der Jungen Freiheit versuchten lange Zeit weitgehend erfolglos, Schüler und Studenten für ihre Ideen zu gewinnen. Nur wenige Aktive machten sich über die eigenen Zirkel hinaus überhaupt einen Namen, so wie Felix Menzel. Menzel gründete bereits 2004, damals noch Gymnasiast in Chemnitz, die rechte Jugendzeitschrift Blaue Narzisse - und bekam immerhin schon mal Besuch von Spiegel-Reportern. Heute ist der Medienwissenschaftler aus Sachsen selbst schon 30 Jahre alt und gibt sich, genau wie die Identitären, gern intellektuell. Sein Magazin etwa nennt er „dezidiert kulturell und freigeistig“. Trotz seiner Umtriebigkeit konnte auch der junge Medienmacher Menzel allerdings kein breiteres Publikum erreichen. Die einfachste Erklärung: Wer als junger Mensch politisch rebellieren will, kann in der Kapuzenjacke mit Neonazi-Symbolen viel besser provozieren als in gebügeltem Hemd mit Krawatte oder mit spießiger Burschenschaftermütze.

Es gibt allerdings einen Faktor, der die Identitären und ihr rechtspopulistisches bis rechtsextremes Umfeld in absehbarer Zeit zu einflussreicheren Akteuren machen könnte: ihre enge Vernetzung in der Grauzone zwischen AfD und NPD. „In diesem Milieu braut sich etwas zusammen“, warnt Politikwissenschaftler

Hafeneger. Verschiedene Organisationen von den Identitären über rechte Studentenverbindungen bis zum studentischen Nachwuchs der AfD bemühten sich, gemeinsam politische Stoßkraft zu entfalten: „Die Zeiten, wo man diese Szene belächeln konnte, sind vorbei."

Der neue, entscheidende Einflussfaktor ist dabei die AfD und deren nach rechts außen offener Flügel um Politiker wie Björn Höcke, den Fraktionschef im thüringischen Landtag. Seit die AfD einen Wahlerfolg nach dem nächsten feiert, bietet sie neurechten Netzwerkern genau jenen parteipolitischen Anschluss, der ihnen zuvor immer fehlte.

Ob in Frankreich oder in Österreich – die Ansprache ähnelt sich. So werden Einheit demonstriert und länderübergreifende Ziele gesteckt

Die Identitäre Bewegung etwa lobt auf ihrer Website nicht nur ihre guten Verbindungen zu der Redaktion der Zeitschrift Blaue Narzisse, sondern auch zum Institut für Staatspolitik im sachsen-anhaltinischen Schnellroda, dem Thinktank der neurechten Szene, den der Kleinverleger Götz Kubitschek leitet (mehr dazu in Kapitel I). Von Kubitschek und dem Institut für Staatspolitik wiederum führen direkte Drähte zum rechten Rand der AfD – etwa zu Höcke, der bei einer dortigen Konferenz eine viel kritisierte, rassistische Rede über die verschiedenen Menschentypen hielt.

Auffällig sind auch personelle Überschneidungen zwischen jungen AfDlern und Identitärer Bewegung, zum Beispiel bei der AfD-Nachwuchsorganisation „Junge Alternative" (JA) in Baden-Württemberg. Doch die Strippen verlaufen auch in die entgegengesetzte Richtung, also von den Identitären in die klassische rechtsextreme Szene.

Unter den Organisatoren der Identitären-Demonstration im Juni 2016 in Berlin etwa findet sich der Jurastudent Daniel Fiß, der die Website Kontrakultur.de betreibt und bis vor einiger Zeit noch in der traditionellen Neonazi-Szene in Mecklenburg-Vorpommern aktiv war. Jetzt tritt Fiß in gebügeltem blauem Hemd und Turnschuhen auf und gibt den Demoteilnehmern im Berliner Regierungsviertel vom Lautsprecherwagen die eingängigen Slogans vor – zum Beispiel: „Unsere Fahne, unser Land – Jugend leistet Widerstand!"

Von diesen engen Verflechtungen profitiert auch die AfD. Sie bekommt einen zusätzlichen Resonanzraum und ein junges Unterstützerpotenzial, das sie bestens gebrauchen kann. Schließlich ist die Partei nach wie vor in erster Linie ein Zusammenschluss älterer Männer. Das belegt exemplarisch eine Analyse der Kommunalwahllisten, mit denen die AfD in Hessen im Frühjahr 2016 angetreten ist. Nur sehr vereinzelt fanden sich Studenten unter den AfD-Bewerbern, die meisten Kandidaten waren Männer zwischen 50 und 70 Jahren.

Der AfD-Nachwuchs

Umso größer sind inzwischen die Karrierechancen für junge Leute. Plastisch zeigt das die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt. Dort zogen im Frühjahr 2016 gleich mehrere AfD-Jungpolitiker auf Anhieb in das Landesparlament ein.

Einige von ihnen arbeiten nebenbei auch am Aufbau von AfD-Hochschulgruppen – zum Beispiel der parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt, Daniel Roi. Der 28-Jährige kündigte an, eine solche Hochschulgruppe an der Martin-Luther-Universität in Halle aufziehen zu wollen. Sein Fraktionskollege Jan Schmidt gab im März 2016 die Gründung einer AfD-Hochschulgruppe in Magdeburg bekannt.

Auch an den Universitäten Münster, Düsseldorf und Kiel haben sich Studentengruppen aus dem AfD-Umfeld gebildet, die auf Facebook um Mitstreiter werben. Bei den hochschulinternen Wahlen zu den Studentenparlamenten schnitten die Grüppchen bisher bescheiden ab – mit einer Ausnahme: An der Universität Kassel zog ein Vertreter der JA im Juli 2016 ins Studentenparlament ein. Für den Wahlsieg genügten ihm – dank der niedrigen Wahlbeteiligung – allerdings 113 Stimmen. Richtig ist aber auch: Die AfD ermöglicht derzeit politische Turbokarrieren, wie wohl keine andere Partei. Wer sich im Nachwuchsverband JA engagiert, kann auf einen schnellen Aufstieg hoffen. Das wiederum macht die rechtspopulistische Partei trotz des hohen Durchschnittsalters ihrer meisten Mitglieder und des fehlenden Hipster-Faktors auch für junge Karrieristen aus dem Umfeld der Identitären attraktiv. Wird Rechtspopulismus also Pop?

Astrid Geisler

Die Texte von Frei.Wild sind zum Teil rechtspopulistisch, aber ihre Distanzierung von „Fremdenfeindlichkeit“ ist glaubwürdig

Die Rechten und ihre Lieder

Seit den 1960er-Jahren lässt sich in Deutschland eine politische Bewegung ohne zumindest rudimentäre popmusikalische Bezüge kaum denken. Denn Popmusik steht als subkulturelle Praxis abseits des Mainstreams bis heute für „andere“ Lebens- und Gesellschaftsentwürfe als den von der Mehrheitsgesellschaft vertretenen. Die Idee allerdings, dass solche Popmusik damit zugleich auch links und/oder emanzipatorisch zu sein habe, lässt sich spätestens seit der Etablierung des Rechts-Rock während der 1980er-Jahre nicht mehr halten.

Umso bemerkenswerter ist nun, dass der – im weitesten Sinne – organisierte Rechtspopulismus in Deutschland, allen voran AfD und Pegida, weder über einen eigenen „Soundtrack“ noch über eine eigene Musikszene verfügen. Zwar hat Pegida das Fehlen von Musik offenbar als Mangel erkannt und gab 2015 eine eigene Hymne in Auftrag; mediale Aufmerksamkeit erreichte diese jedoch nur wegen ihrer eher abenteuerlichen Musikalisierung; als fester Bestandteil eines Pegida-Soundtrack hingegen konnte sie sich nicht etablieren.

Die AfD fällt in ihrer Außendarstellung noch dahinter zurück. Außer dem regelmäßigen Absingen der Nationalhymne und einer bemerkenswert vage gehaltenen Erwähnung von Musik als „Teil der deutschen Leitkultur“ im Grundsatzprogramm von 2016 kommt die Partei komplett unmusikalisch daher. Inwieweit die Erklärung des Rappers Bushido vom Mai 2016, er wolle künftig die AfD wählen, daran etwas ändern wird, bleibt abzuwarten. Rechtspopulistische Einstellungen und Haltungen sind jedoch

weder notwendig an eine politische Organisationsform gebunden, noch sind sie ausschließlich bei AfD und Pegida zu finden, so dass es völlig verfehlt wäre, aus den genannten Beobachtungen den Schluss zu ziehen, es gebe keinerlei Verknüpfungen von Musik und Rechtspopulismus.

Allen Formen von Popmusik, die sich als subkulturelle Praxis abseits des Mainstreams verstehen, wohnt prinzipiell eine „Wir-gegen-die"-Haltung inne, die spätestens dann als rechtspopulistisch zu bezeichnen ist, wenn das Wir erstens als homogene (Volks-) Gruppe aufgefasst wird und das Die demgegenüber zweitens als nicht-zugehörig gekennzeichnet und als ungleichwertig herabgesetzt werden. Einstellungen wie Rechtspopulismus können sich auf allen Ebenen eines Popsongs – Musik, Text, Bild, Interpret*in, Inszenierung, Performance sowie Rezeption – äußern, sind jedoch unbedingt wechselwirksam und stets aufeinander bezogen zu begreifen. In Deutschland sind es in erster Linie zwei popmusikalische Genres, in denen sich rechtspopulistische Einstellungen finden lassen: Deutschrap und „neuer Deutschrock". Das bedeutet selbstverständlich nicht, dass Deutschrap oder neuer Deutschrock per se rechtspopulistische Genres wären. Sondern dass sich nahezu alle Beispiele für rechtspopulistische Musik einem der beiden Genres zuordnen lassen.

Auf musikalischer Ebene wird in beiden Genres größter Wert auf den Aspekt des „Selbermachens" gelegt. Im neuen Deutschrock steht der Do-it-yourself-Gedanke im Vordergrund, im Deutschrap gelten ausschließlich selbst angefertigte Beats und Samples sowie die musikalisch-technischen Fähigkeiten (Skills) als satisfaktionsfähig. Auf textlicher Ebene arbeiten beide Genres intensiv mit Wir-gegen-die-Konstruktionen, fassen das Wir als homogene Gruppe auf und setzen die anderen als ungleichwertig herab. Rechtspopulistisch ist das natürlich noch nicht.

Wir und die Anderen

Die Texte sind nahezu ausnahmslos aus einer Ich- oder Wir-Perspektive geschrieben, so dass der Eindruck entsteht, der Rapper oder Sänger (oder gleich die ganze Band) sei zugleich auch der Protagonist des Songtextes; aus der Perspektive Dritter wird dagegen so gut wie nie erzählt. Im neuen Deutschrock sehnt das Ich sich nach Freiheit, Selbstbestimmung, Treue – dass von den „Anderen" – ob Arbeitgeber, Staat, Medien oder „Gutmenschen" – eingeschränkt werde. Einziges Lösungsangebot, das in diesen Texten gemacht wird, ist, dass das Ich sich gegen Die zur Wehr setzen muss.

Auch im Deutschrap erzählen die Texte überwiegend aus einer Ich-Perspektive. Hier geht es jedoch primär um eine Selbstpositionierung beziehungsweise Überhöhung des Ich, was entweder durch bloße Selbstbeschreibung geschieht oder – in Tradition des Battle-Rap – durch gleichzeitige Herabsetzung eines direkt angesprochenen Du: „Ich trenne die Spreu von dem Weizen, Jungs von den Männern, echte Gangster von den Bangern. Wem willst du was erzählen? Ich merk schon, was du planst, Du willst hier meinen Platz holen, ich nehm mir deinen Arsch" heißt es beispielsweise in „Echte Männer" von Fler (auf dem Album „Blaues Blut", 2013). Die Wilden Jungs wiederum wollen „Mit Vollgas durch die Wand", denn „Die" hätten „opportunistisch jedes Wort zerlegt, was wir sind und was wir nicht sind, wo diese Band politisch steht, was auch immer euch so ankotzt: Ihr könnt uns nicht verdrehen." (auf ‚Hasspirin', 2013). In dem Video gehören zur Ausstattung des Sängers unter anderem Bürostuhl und Bauhelm, wodurch seine Zugehörigkeit zur Wir-Gruppe der „einfachen Leute" angezeigt wird; ein analoges Inszenierungskonzept findet sich im Video zu „Entschuldigung für nichts" (2012) von Betontod, in dem ein KfZ-Mechaniker, eine Putzfrau und ein Verwaltungsangestellter, wiederum allesamt „einfache Leute", in Szene gesetzt werden.

Mein Leben, meine Regeln

Die Reihe dieser willkürlich herausgegriffenen Beispiele lässt sich für neuen Deutschrock wie für Deutschrap beliebig fortsetzen und sei hier nur exemplarisch verstanden – und doch: Obwohl der Aspekt „Wir-gegen-Die" deutlich zu Tage tritt, sind diese Beispiele an sich nicht unbedingt rechtspopulistisch. Allerdings: Obwohl in derlei Songtexten „die Anderen" auf je andere Weise als ungleichwertig herabgesetzt werden, läuft ihre Argumentation auf das gleiche hinaus: auf die Höherbewertung einer individuellen gegenüber einer gesellschaftlichen Gesetzgebung nach dem Grundsatz „Mein Leben, meine Regeln!". Insofern finden sich hier zumindest Anknüpfungspunkte für Rechtspopulismus im Sinne einer „Konfrontation mit dem augenblicklichen Staat".

Sobald jedoch Wir als homogenes Volk beziehungsweise Ich als dessen Sprecher bestimmt werden, ist dies zweifellos Rechtspopulismus. Als „Stabiler Deutscher" (auf „Neue deutsche Welle 2", 2014) proklamiert der Rapper Fler eine „neue deutsche Welle", denn „es gibt 'ne Menge, was hier falsch läuft in diesem Staat",

und überhöht sich selbst als der „erste Deutsche, der die Eier hat“, um sich vorgeblich den Respekt seiner migrantischen Peergroup zu sichern. Im Rückbezug auf sein Album „Fremd im eigenen Land“ (2008) aktualisiert Fler hier das klassische rechtspopulistische Narrativ der Überfremdung, zumal Flers Deutschsein in seiner Natur liege. Wenn Deutschsein wiederum eine Frage der Natur ist, dann wird deutlich, dass Fler offenbar mit der Kategorie „Blutsvolk“ operiert – ein Aspekt, bei dem er sich in bemerkenswerter Art mit der Südtiroler Band Frei.Wild trifft.

Ein Wort zu Frei.Wild

Die konsequente Besetzung des Themas Heimat gerät für Frei.Wild zu einer Art Alleinstellungsmerkmal innerhalb der neuen Deutschrockszene, wobei der Heimatbegriff bei Frei.Wild (im Vergleich zur volkstümlichen Musik) ein exklusiver, weil „andere“ ausschließender ist. Ob nun die „Feinde Südtirols in der Hölle schmoren sollen“ oder ob „unser kleines Volk stirbt“, wenn die „wahren Werte“ der Heimat nicht bewahrt und gegen „fremde“ Einflüsse verteidigt werden: Stets werden „die Anderen“ aus dem Heimatkonzept ausgeschlossen und zugleich formuliert, dass das Wir sich gegen Die wehren müsste. Die Zugehörigkeit zur Heimat bestimmt sich bei Frei.Wild über genealogische Verwandtschaftsverhältnisse. In den einschlägigen „Heimat“-Songs der Band ist stets von Vätern, Kindern, Ahnen, Erbe und Wurzeln die Rede. Das ist schlechterdings völkisches Denken und erfüllt spätestens in Verknüpfung mit der fortwährenden Selbstinszenierung der Band als Opfer der Medien, der Linken und der „Gutmenschen“ (kurz: des „Establishments“) notwendige Bedingungen des Rechtspopulismus.

Ohnehin ist die Art der Inszenierung für Deutschrap wie auch für neuen Deutschrock elementar. Während bei ersterem traditionell die „Street Credibility“ im Vordergrund steht, erscheinen Deutschrockbands als „einfache Jungs von nebenan“. Beiden ist gemeinsam, dass die Interpreten sich als echt und authentisch inszenieren, so als ob zwischen realen Personen, Figuren auf der Bühne und Protagonisten der Songs keinerlei Unterschiede bestünden. Entsprechend werden nicht nur die Interpreten als besonders ehrlich und authentisch wahrgenommen, weil sie offenbar singen, was sie „wirklich“ denken; diese Eigenschaften werden auch den Inhalten der Songs zugeschrieben. Ob Von-der-Straße-für-die-Straße-Inszenierungen im Deutschrap oder Einfache-Leute-Inszenierungen im Deutschrock: In beiden Fällen lassen sich die so artikulierten Einstellungen auch als Ausdruck einer „Das-wird-man-ja-noch-sagen-dürfen“-Haltung und damit als Sprachrohr einer schweigenden Mehrheit verstehen, die – nach rechtspopulistischer Lesart – politisch nicht repräsentiert sei. Im speziellen Fall Frei.Wild bietet die inszenierte Authentizität zugleich jedoch auch die Chance zur Diskussion „fremdenfeindlicher“ Ressentiments.

Obwohl Philipp Burger als konzeptioneller Kopf von Frei.Wild trotz aller Kritik nach wie vor „überhaupt kein Problem“ mit völkischem Denken hat, hat sich die Band 2015 in einem Offenen Brief unmissverständlich von AfD und Pegida distanziert und jeglichen „fremdenfeindlichen“ Einstellungen eine deutliche Absage erteilt. Das ist selbstverständlich alles andere als widerspruchsfrei, doch möglicherweise ist das Feld des Rechtspopulismus in Deutschland auch wesentlich heterogener als dies die Denkfigur eines „homogenen Volkswillens“ suggeriert. Als Soundtrack von AfD oder Pegida ist Frei.Wild jedenfalls kaum noch vorstellbar. Bei etlichen anderen Deutschrappern und Deutschrockbands hingegen bleibt dies bis auf Weiteres unklar.

Thorsten Hindrichs

Schwarz, Rot, Stolz?

Nationalstolz, Vaterlandsliebe, Patriotismus – diese Begriffe wurden in der deutschen Geschichte allzu häufig benutzt, um ein Wir und ein Ihr zu konstruieren. Um Minderheiten Rechte vorzuenthalten oder sie zu vertreiben. Doch Deutschland hat sich verändert. Mehr als 15 Millionen Menschen aus Familien mit einer Zuwanderungsgeschichte leben im Land. Unter Jugendlichen hat sogar jeder Dritte einen Migrationshintergrund.

Kann man auf Deutschland heute stolz sein? Diese Frage bewegt auch Schüler*innen des Courage-Netzwerks. In der Ausgabe der Q-rage! 2015/2016 mit dem Titel „Wer ist das Volk?“ haben Jugendliche sich mit dieser Frage beschäftigt.

„Ich bin stolz auf Deutschland“

Ich schwenke gern die deutsche Fahne und singe die Hymne, weil ich nicht glaube, dass Deutschland seine Identität verstecken muss. Im Gegenteil, auch wir dürfen Farbe bekennen, denn es gibt so viele Gründe, warum man stolz auf Deutschland sein kann. Flagge und Hymne stellen für mich Symbole für das Deutschland von heute dar, aber gleichzeitig auch die Hoffnung auf ein noch toleranteres Deutschland von morgen.

Ich bin stolz auf Deutschland, weil wir als Nation aus unserer Geschichte gelernt haben und das Thema Rechtsextremismus sehr sensibel behandeln. Auch Bilder wie die aus Passau von vor zwei Jahren, als Zehntausende freiwillige Helfer aus dem ganzen Land den Rettungskräften und Anwohnern bei der Bewältigung der Flutkatastrophe zur Seite standen, machen mich stolz darauf, Bürger dieses Landes zu sein.

Deutsch sein ist für mich Emotion. Ich bin froh, hier geboren zu sein. Meine Freunde haben vor kurzem erfahren, dass mein Vater beinahe vom Iran in die USA gezogen wäre, sich aber dann doch für Deutschland entschieden hat. Ihre Freude über seine Entscheidung hat mich bewegt und mir deutlich gemacht, dass ich meinen Platz gefunden habe. Mein Umfeld respektiert und meine Freundin liebt mich, so wie ich bin. Für dieses Deutschland bekenne ich gern Farbe!

Ich fühle mich als Patriot, weil Patriotismus eine weitere Chance zur Integration bietet ohne gleich auf Sprache oder familiären Hintergrund eingehen zu müssen. Patriot zu sein bedeutet für mich, Vertreter einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft zu sein, zu der jeder gehört, der diese Werte teilt, unabhängig von Religion, Herkunft oder Geschlecht. Dazu gehört auch, sich für diese Gesellschaft stark zu machen und sich mit Rat und Tat einzubringen.

Amir, 18

© PictureAlliance

„Ich singe einfach gern – auch die Hymne“

Ich war nie wirklich darauf versessen, die Deutschlandflagge bei einer Weltmeisterschaft oder etwas Ähnlichem zu schwenken. In meiner Familie ist das auch nicht üblich. Bei der Hymne mitzusingen ist für mich auch so eine Sache. Ich lernte die Hymne in der Grundschule auswendig, jedoch nicht, weil ich es das so wollte, sondern weil ich musste.

Ich hatte keinen wirklichen Bezug dazu, denn es war für mich nur ein Lied ohne eine wirkliche persönliche Bedeutung. Mittlerweile singe ich gern mit, wenn sie angestimmt wird, da ich zum einen einfach gern singe und es mir ein Gefühl der Verbundenheit gibt, eben durch die Musik, die uns vereint.

Blickt man in Deutschlands Geschichte zurück, so muss man leider feststellen, dass Deutschland alles andere als eine tolle Vergangenheit hat. Meiner Meinung nach sollte man nicht darauf stolz sein, was vor 70 Jahren und in der Zeit davor passiert ist. Jedoch darf man heute durchaus stolz darauf sein, wie sich Deutschland entwickelt hat, denn wenn jemand aus seinen Fehlern gelernt hat, dann ist es Deutschland.

Meiner Meinung nach ist die Zeit der Demut und Reue vorbei. Natürlich sind im Namen Deutschlands schlimme Dinge begangen worden, jedoch hat meine Generation und auch die davor nichts davon verbrochen. Deswegen darf man auch stolz auf Deutschland und seine Entwicklung bis ins Hier und Jetzt sein.

Würde mich jemand fragen, ob ich ein Patriot bin, so wüsste ich ganz ehrlich gesagt nicht, ob ich mit Ja oder Nein antworten soll.

Denn zum einen bin ich natürlich stolz auf das Land, in dem ich geboren wurde und stehe dazu. Doch zwangsläufig als Patriot fühle ich mich dennoch nicht, auch wenn man mich, weil ich bei der Hymne mitsinge, vielleicht so bezeichnen könnte.

Ben, 17

© PictureAlliance

„Patriotismus berührt mich unangenehm“

Patriotismus von Deutschen berührt mich unangenehm und weckt für mich immer die Assoziation von rechtem Gedankengut. Aus diesem Grund fühle ich mich nicht als Patriotin. Patriotisches Auftreten ist immer eine Ausgrenzung von Menschen anderer Nationalitäten und ist in Zeiten der Globalisierung rückwärtsgewandt.

Gleichzeitig kann patriotisches Gedankengut aber auch als Antwort auf die Entwicklung Deutschlands zum Einwanderungsland verstanden werden. Denn die Einwanderung von Menschen anderer Nationalitäten löst ganz offensichtlich bei vielen Deutschen das Bedürfnis aus, sich durch das demonstrative Betonen ihres Deutschseins von den Einwanderern abzugrenzen – oder warum haben die Menschen bei den Pegida-Demonstrationen in Dresden und andernorts „Wir sind das Volk!“ geschrien?

Für mich kann deutscher Patriotismus nicht ohne den Nationalsozialismus gedacht werden. Der Wunsch mancher Deutscher meiner Generation, man solle die Geschichte doch endlich ruhen lassen und sich auf die guten Seiten Deutschlands besinnen, beachtet nicht, dass es nicht nur darum geht, sich der Schuld bewusst zu sein, sondern auch um unsere Verantwortung, dafür Sorge zu tragen, dass sich so etwas wie der Holocaust nicht wiederholt. Deshalb würde ich nie von mir sagen, ich sei stolz auf Deutschland, denn das hieße ja, genau diesen Aspekt der Geschichte auszublenden.

Eine Ausnahme beim demonstrativen Bekenntnis für Deutschland bilden für mich große sportliche Wettkämpfe wie die Olympischen Spiele und die Fußball-Europa- oder Weltmeisterschaft, weil es da um fairen, sportlichen Wettkampf geht und es für mich Symbolcharakter hat, wenn beim Public Viewing Menschen verschiedenster Herkunft und Nationalitäten für Deutschland jubeln. Bei diesen Gelegenheiten singe ich auch mal die Hymne und schwenke die deutsche Fahne.

Luna Feliz, 16

„Was ist deutsch?“

Zu fragen, „Was ist deutsch?“, ist nicht rechtspopulistisch, sondern ganz normal. Insbesondere gilt das für Jugendliche, die sich auf ihrem Weg in die Erwachsenenwelt alle möglichen Fragen nach ihrer Identität stellen. Und so diskutierte auch die Q-rage-Redaktion mit Verve die Frage „Was ist deutsch?“ Ihre Antworten sind so vielfältig wie die Republik.

Deutsch ist alles, was innerhalb Deutschlands vorgeht. Auch die Menschen, die in Deutschland leben, gehören dazu, egal ob sie Migrationshintergrund haben oder seit Generationen rein deutsch sind. Jeder, der sich deutsch fühlt und sich in Verbindung zu diesem Land entwickelt hat, der ist auch „deutsch“.
Lara, 16

Für mich ist Deutschsein ein Bekenntnis des Herzens. Man muss nicht in Deutschland geboren sein oder wie ein „Europäer“ aussehen, um sich so zu fühlen. Deutsch unterscheidet nicht zwischen Hautfarbe, Religion und Herkunft, sondern es ist ein Gefühl des Verbundenseins und ein Teil der Identität.
Kira, 17

Deutsch ist für mich, dass sich zwei Generationen immer noch dafür verantwortlich fühlen und auch oft verantwortlich gemacht werden für etwas, das ihre Urgroßeltern und Großeltern verbrochen haben! Deutsch ist für mich aber auch ein gutes Sozialsystem, in dem niemand auf sich alleine gestellt ist.
Anne-Mareike, 24

Deutschland entwickelt sich ständig neu und verbindet den Dönerladen mit der Chinapfanne nebenan, es ist das Land der Kultur. Für mich bedeutet Deutschsein Offenheit, ich verbinde es nicht mit dem Zweiten Weltkrieg und der Teilung danach. Ich bin eine neue Generation, die alles aus der Vergangenheit achtet, aber die Geschichte jetzt anfängt, neu zu schreiben.
Alina-Marie, 17

Für mich bedeutet „deutsch“ vor allem eines: Sicherheit. Ist man arbeitslos, darf man Arbeitslosengeld empfangen. Sowohl ein Massenmörder als auch ein Verkehrssünder genießen beide Rechtssicherheit. Das Grundgesetz schützt uns vor staatlicher Willkür, Filterregelungen vor unerträglichen Abgasen.
Furkan, 17

Man denkt an Vorurteile, die man oft zu hören bekommt: „Kartoffel“, „Sauerkraut“ und Charaktereigenschaften wie Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit.
Hakki, 17

Deutsch ist ein Teil meines Lebens, eine Sprache, die ich flüssig und frei beherrsche. Obwohl die Sprache mir als Deutschem mit Migrationshintergrund manchmal nicht leicht fällt, mir die Worte fehlen und ich mich verspreche, ist es die Sprache die mich durch meine Kindheit begleitete.
Furkan K., 17

Deutsch ist die Sprache der zusammengesetzten Substantive. Sie machen unseren Wortschatz einzigartig und unglaublich erweiterbar. Und wenn man Wörter wie „Scheinwerfer“ oder „Maulwurf“ mal auseinandernimmt, kann Deutsch ziemlich lustig sein.
Isabel, 15

Ist jemand deutsch, wenn er hier geboren ist? Oder reicht es bereits, sich eine bestimmte Zeit lang in Deutschland aufzuhalten? Und was sagt eine Staatsbürgerschaft über uns aus? Zunächst denke ich bei diesem Begriff an Klischees wie Bier oder Bratwurst. Danach daran, wie diese Bezeichnung in der Geschichte gebraucht und missbraucht wurde. Deutsch zu sein ist nie dasselbe.
Pascal, 17

Als erstes kommen mir Grammatik und Rechtschreibung in den Sinn. Danach denke ich an „Grundtugenden“, wie Pünktlichkeit, Disziplin und Korrektheit. Deutsch ist aber nicht nur das. Deutsch beziehungsweise Deutschland ist vielseitig, offen und bunt.
Laura, 17

Ich finde, die Deutschen sind kleinlich, überkorrekt und spießig. Man sagt ja immer, die Deutschen sind ordentlich und pünktlich. Ich bin es aber nicht.
Phillip, 18

Ich denke, typisch deutsch ist die Fußball-Bundesliga und unsere deutsche Nationalmannschaft. Natürlich verbinde ich mit deutsch auch Wörter wie Pünktlichkeit, Sauberkeit, die deutsche Sprache und das gute Essen.
Raphaela, 17

Deutsch ist für mich einfach eine schwere Sprache, wie es auch für den Kurden oder Muslim eine schwere Sprache ist.
Ann-Kathrin, 16

Deutsch ist, dass ich beim Beantworten der Frage „Was ist deutsch?“ bemüht sein muss, mich politisch korrekt auszudrücken, um nicht missverstanden zu werden. Wenn ich sage, dass deutsch meine Nationalität ist, bin ich besorgt, dass mir nachgesagt wird, ich sei übermäßig stolz darauf. Dieses Gefühl kann weder der Erfolg im Sport noch in der Wirtschaft wettmachen.
Antonia, 17

Deutsch ist für mich vieles, auch die Verfassung, auf die ich stolz sein kann, weil ihr oberster Wert die Einhaltung der Grundrechte ist. Ein Deutscher ist für mich jeder, der sich für einen Deutschen hält. Egal, woher er kommt, egal, wo er jetzt lebt. Jeder sollte selbst entscheiden, ob er sich als Deutscher fühlt oder nicht, da spielen der Pass, Deutschkenntnisse oder der Wohnort keine Rolle.
Luna Feliz, 16

Bei der Frage „Was ist deutsch?“ muss ich sofort an Grammatikaufgaben und Zeichensetzung denken. Deutsch ist eine schwere, aber auch sehr interessante und komplizierte Sprache, welche ich nun schon seit zehn Jahren zu erlernen versuche. Typisch deutsch sind für mich: Die Romane von Kerstin Gier, die Verspätung der Deutschen Bahn und die typisch deutsche Bratwurst.
Gina Celine, 16

Aus der Q-rage, Netzwerkzeitung der Bundeskoordination *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage* (2015/2016)

Den Rechtspopulisten widersprechen

Unser Präventionsansatz gegen Rechtspopulismus: Wie der Ideologie des trennenden Ihr und Wir nicht nur in den Courage-Schulen erfolgreich entgegengewirkt werden kann.

Intervention und Prävention	58
Medien kompetent nutzen	62
Bedeutung der Demokratiebildung	64
Mit aller Gewalt gegen rechts?	68

Wie wollen wir zusammenleben? Von der Antwort darauf hängt ab, ob Deutschland auch in Zukunft ein liebenswertes Land bleibt

Intervention und Prävention

Rechtspopulistische Argumentationsmuster begegnen uns in allen Lebenslagen – beim Gespräch mit unserem Nachbarn, mit dem netten Apotheker, beim Bäcker, im Kommentar unserer Tageszeitung, in der Talkshow im Fernsehen. Und: Natürlich auch an der Schule.

Keine Frage: Das aktuelle Migrationsgeschehen stellt Schulen vor ernste Herausforderungen. Schulleitungen und LehrerInnen beklagen die enormen Belastungen, denen sie ausgesetzt sind, wenn sie, und zwar meist recht plötzlich, neu zugewanderte SchülerInnen in ihre Klassen aufnehmen sollen. Zu Recht – denn die notwendigen Ressourcen werden oft nicht zur Verfügung gestellt. Es fehlen LehrerInnen, die Deutsch als Zweitsprache vermitteln, SozialarbeiterInnen, die den Neu-SchülerInnen bei Fragen zu ihrer Lebensplanung zur Seite stehen können – und zusätzliche Lehrerstunden. Problematisch wird es, wenn sich zu den berechtigten Beschwerden auch im Lehrerzimmer populistische Aussagen gesellen: „Ich habe nichts gegen die Flüchtlinge, aber es kommen eben genau die ungebildeten, jungen Männer, die uns Probleme machen", meinen die einen. Andere klagen: „Sie sind aufdringlich und ausgehungert nach Sex. Sie belästigen unsere Frauen. Meine Tochter traut sich schon nicht mehr, allein zum Sportverein zu gehen." Wieder andere fordern: „Da müssen wir die Grenzen dichtmachen. Wäre ja noch schöner, wenn wir nicht mehr selbst bestimmen könnten, wer kommen darf und wer nicht."

Ressentiments und menschenverachtende Argumente werden nicht nur in explizit politischen Kontexten geäußert. Sie schleichen sich ganz unauffällig in die Kommunikation ein, auch unter Kindern und Jugendlichen: „Ich habe Angst vor den vielen Flüchtlingen." – „Sie sollen verschwinden, denn wenn unsere Turnhalle für Flüchtlinge verwendet wird, können wir keinen Sport mehr machen." – „Als Fünfzehnjährige traue

ich mich nicht mehr, allein durch den Park zu laufen, weil das Flüchtlingswohnheim in der Nähe ist. Meine Eltern sagen, ich soll nicht mit Ausländern reden."

Rechtspopulisten greifen Ängste und gesellschaftliche Missstände auf. Das ist legitim. Auch wir im Courage-Netzwerk tun dies und debattieren seit vielen Jahren über die Probleme und Konflikte der Einwanderungsgesellschaft. Die Bundeskoordination hat dazu bereits viele Publikationen und Handreichungen erstellt, die die Kinder und Jugendlichen bei der Suche nach Antworten auf die Frage: „Wie wollen wir zusammenleben?" unterstützen.

Das Problematische an Rechtspopulisten ist, dass sie für die von ihnen thematisierten gesellschaftlichen Missstände Lösungsvorschläge propagieren, die auf Ideologien der Ungleichwertigkeit basieren – ob auf Rassismus, Muslimfeindlichkeit oder Homophobie. Bei allen Unterschieden im Detail bezüglich der Zielgruppen, der historischen Hintergründe oder ihrer Alltagsrelevanz haben nämlich alle Ideologien der Ungleichwertigkeit etwas gemeinsam: Sie hierarchisieren Menschen nach ihren angeborenen oder angenommenen Eigenschaften. Auf diese Weise legitimieren sie eine Werteordnung, in der manche Menschen mehr und andere weniger wert sind. Diese Haltung lehnt *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage ab* – und tritt ihr mit dem Lernziel Gleichwertigkeit entgegen.

Präventiv gegen Rechtspopulismus

Den Auftrag, menschenverachtenden Ideologien den Boden zu entziehen und damit Radikalisierungsprozesse zu verhindern, haben grundsätzlich alle Schulen in allen Bundesländern. Allerdings werden präventive Maßnahmen gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit trotz dieses ambitionierten Auftrags nach wie vor eher unsystematisch und in experimentellen Anordnungen umgesetzt. Selten sind sie fester Bestandteil des Regelunterrichts; meist müssen die notwendigen zusätzlichen Zeitfenster mühsam erkämpft werden.

Dabei muss bei der Entwicklung geeigneter Strategien gegen rechtspopulistische Weltbilder, die im Kern eine Ideologie der Ungleichwertigkeit sind, das „didaktische Rad" nicht neu erfunden werden. Langjährig bewährte Erfahrungen aus der Präventionsarbeit mit Kindern und Jugendlichen liegen vor und sind ein effektiver Ausgangspunkt auch im Bereich des Rechtspopulismus. Wichtig ist allerdings: Die Ansätze aus den vielfältigen Erfahrungen bisheriger Konzepte sollten nicht einfach übernommen werden. Besser ist, die erfolgreichen Methoden wirken als Facetten eines ganzheitlichen schulischen Konzeptes, die sich sinnvoll ergänzen und sich mosaikartig zu einem erfolgreichen Präventionskonzept gegen Rechtspopulismus fügen.

Kurz- und langfristige Strategien

Den Kern rechtspopulistischer Agitation bilden zumeist Versatzstücke aus Ideologien der Ungleichwertigkeit; sehr häufig entstammen diese Islamfeindlichkeit, Homophobie, Rassismus oder Sexismus. Rechtspopulisten schöpfen also aus einem breiten Repertoire an Themen. Um so wichtiger ist, diese gemeinsam in den Blick zu nehmen und sie nicht getrennt voneinander aufzugreifen. Denn: Obwohl für jede der genannten Erscheinungsformen zielgruppenspezifische Zugänge und Perspektiven notwendig sind, kann eine Präventionsstrategie nicht zielführend wirken, wenn sie sich ausschließlich mit einer der Problemlagen befasst. Pädagogische Maßnahmen, die das eine oder andere Lernziel verfolgen, sind nicht alternativ, sondern ganzheitlich als Teile eines Gesamtkonzeptes zu betrachten.

In der pädagogischen Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Ungleichwertigkeitsideologien und besonders bei der Entwicklung erfolgreicher Gegenstrategien liegt der Fokus also auf den nahezu identischen Wirkungsmechanismen und Entfaltungsvoraussetzungen von Ideologien der Ungleichwertigkeit. Dabei richten sich die Gegenstrategien zum einen auf die individuelle Disposition der Zielgruppe, um beim Einzelnen eine Resilienz gegen Rechtspopulismus zu bewirken. Zum anderen vermitteln sie kollektive, gemeinschaftliche und solidarische Problemlösungs- und Handlungsoptionen.

Die Förderung der Resilienz gegen völkisch-nationalistische Positionen kann nur durch langfristige und nachhaltige Ansätze in der Schule bewirkt werden. Und nur Menschen, die über ausreichende psychische Widerstandskraft verfügen – oder gelernt haben, zu verfügen – sind oder werden immun gegen die Versuchung, andere abzuwerten und auf diese Weise ihre eigenen Ängste abzuwehren. Angesichts der aktuellen Verbreitung rechtspopulistischer Rhetorik muss im Schulalltag allerdings auch zeitnah und unmittelbar interveniert werden. Sowohl die zeitnahe Intervention wie auch die nachhaltige, langfristige Prävention sind gleichermaßen notwendig und keineswegs alternativ zu sehen. Ein systemischer Ansatz, wie ihn das Courage-Netzwerk vertritt, denkt geeignete Interventionsmaßnahmen und komplexe Interaktionen zusammen.

Angst befördert Aggression

Jeder Mensch kennt in seinem Alltag Angstgefühle, die sich aus verschiedenen Quellen speisen. Technische, ökonomische, soziale und politische Entwicklungen verlaufen in einem rasanten Tempo. Das Gewohnte verändert sich, niemand kann sich dieser Dynamik entziehen, die alle Gesellschaften vor große Herausforderungen stellt. Irritation, Unruhe und Angst machen sich breit. Und die Medien tragen häufig dazu bei, diese Gefühle noch zu potenzieren.

Angst löst bei allen Menschen eine von zwei möglichen Reaktionen aus: Entweder sie fliehen vor der Gefahr, oder sie bekämpfen sie. Beide Optionen versetzen Menschen in eine Stresslage, der sie möglichst bald entkommen möchten. Die Folge: Der Ruf nach einem Retter, der schnell immer lauter wird.

Genau hier greift die Strategie der RechtspopulistInnen: Wo Angst überhandnimmt, sind Ideologen, die einfache Lösungen und Orientierung versprechen, nicht weit. Populisten sind erfolgreich, wenn es ihnen gelingt, die aktuelle emotionale Befindlichkeit großer Teile der Gesellschaft zu erkennen, ihren Ängsten einen Ausdruck und eine Richtung zu verleihen und ihnen die Überzeugung zu vermitteln, sie seien in der Lage, ihr existenzielles Bedürfnis nach einem angstlosen Zustand zu befriedigen. Selbiges lässt sich übrigens auch bei den einzelnen Ideologien der Ungleichwertigkeit beobachten; Rechtsextremismus, Islamismus oder Nationalismus; sie alle rekrutieren und mobilisieren ihre AnhängerInnen mit Hilfe populistischer Diskursstrategien.

Allein mit rationalen Argumenten, Faktenwissen, wissenschaftlichen Erkenntnissen und logischen Begründungen, also dem Instrumentarium des kognitiven Lernens, ist dem Rechtspopulismus nicht beizukommen. Seine Wirkungsmacht liegt gerade in seiner diffusen Emotionalität. Er entzieht sich weitgehend logischen Argumenten und setzt auf emotional-bauchgefühlige Befindlichkeiten.

Agitatoren menschenfeindlicher Ideologien setzen gezielt auf die irrationalen Ängste und Unterlegenheitsgefühle potenzieller Mitläufer – etwa bei den Verlierern des deutschen Bildungssystems, denen gesellschaftliche Anerkennung versagt bleibt. Ihre Diskriminierungs- und Demütigungserfahrungen fördern ihr Bedürfnis nach Kompensation durch das Erfahren von Überlegenheit und Anerkennung – genau das zu befriedigen versprechen nationalistische und rechtspopulistische Agitatoren. Sie locken mit Überlegenheitsangeboten, die eine als feindlich empfundene Welt in einfache Freund-Feind-Muster einteilen. Das wiederum verfängt auch bei einer von Abstiegsängsten geplagten Mittelschicht: Auch dieser versprechen sie die Gewährung von Etabliertenrechten, die nur ihnen und nicht den anderen, etwa den Zugewanderten, zustehen sollen.

Selbstwertgefühl gegen Gewalt

Kommen wir zum Thema Gewalt – wobei der Begriff nicht eindeutig definiert ist. Was SchülerInnen als Schubserei sehen, mag für Eltern und Lehrkräfte bereits gewalttätiges Verhalten sein. Auch zwischen Mädchen und Jungen, Frauen und Männern und sozialen Milieus variiert das Verständnis von Gewalt. Für uns ist deshalb entscheidend, was die Opfer als gewalttätig definieren. Nur sie können einschätzen, in welchem Maße verletzende Worte und Taten von ihnen als Gewalt empfunden wurden.

Für den Täter erfüllt gewalttätiges Ausagieren grundsätzlich eine kompensatorische Funktion. Sie verspricht ihm die Befriedigung eines Bedürfnisses, das scheinbar oder tatsächlich auf keinem anderen Weg befriedigt werden kann. Unbefriedigte Bedürfnisse nach Anerkennung und der Leidensdruck, den ein mangelndes Selbstwertgefühl auslöst, fördern also die Gewaltbereitschaft und damit die Gewalt. Ähnlich verläuft auch der Grad der individuellen Disposition zu Rassismus oder zu einer anderen gruppenbezogenen Menschenfeindschaft: Je geringer das Selbstwertgefühl eines Einzelnen, umso ausgeprägter die Ablehnung der Anderen. Kommen dabei Gruppen, zu denen sich Einzelne zusammenschließen, ins Spiel, verstärkt sich das noch.

Aus all dem folgt: Präventive Ansätze können nur dann Aussicht auf Erfolg haben, wenn sie Gründe für gewalttätiges Handeln erkennen und einbeziehen. Das psychologisch-emotionale Bedürfnis von Jugendlichen nach Radikalität speist sich häufig aus existenziellen Kompensationsbedürfnissen, die ernstgenommen werden müssen. Gelingende Maßnahmen berücksichtigen also zielgruppenspezifische Bedürfnisse, die sich aus Alter, Entwicklungsstand oder Geschlecht ergeben.

Eine gewaltfreie Konfliktlösungskompetenz von PädagogInnen wie SchülerInnen wirkt dem entgegen. Um diese zu erhöhen, kann im schulischen Kontext auf bewährte Ansätze wie den Einsatz von Konfliktlotsen oder Streitschlichtern zurückgegriffen werden. Auch MediatorInnen sind eine wertvolle Unterstützung im Schulalltag und an der Schnittstelle zwischen Prävention und Intervention anzusiedeln.

Das Schulnetzwerk ermutigt Kinder und Jugendliche, gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit vorzugehen

Erfolgreiche Präventionsarbeit muss mit Kopf und Herz an Wertvorstellungen, Ideologien und den damit verbundenen Konflikten ansetzen. Kommunikative Kompetenz, Empathie sowie klare Vorstellungen über die Ziele und Wirksamkeitsgrenzen sind hier einmal mehr gefragt.

Eigene Meinung kommunizieren

Erfolgreiche politische Bildungsarbeit erfordert Kommunikationsbereitschaft, -fähigkeit und -gelegenheiten. Ein Ziel des Courage-Netzwerks ist deshalb, den Lernort Schule so zu stärken, dass er zu einem zentralen, geschützten Ort wird, an dem sich Kinder und Jugendliche angstfrei und offen mit allen Themen auseinandersetzen können, die sie bewegen. Organisationsformen wie Open-Space-Verfahren bieten nicht nur den SchülerInnen, sondern auch den PädagogInnen einen guten Rahmen für eine selbstbestimmte Themenwahl und einen offenen Meinungsaustausch.

Die Kommunikationskompetenz der schulischen MitarbeiterInnen sowie von Kindern und Jugendlichen kann auf vielfältige Weise gefördert werden. Wichtig ist dabei, allen Stimmen Raum zu geben. Und: Sich darauf vorzubereiten, was passiert, wenn Plattformen zur Verständigung erst einmal installiert sind. Es ist damit zu rechnen, dass dort auch problematische Positionen offen geäußert werden.

Eine angstfreie Auseinandersetzung über krude Ideologien muss über konkrete Statements erfolgen, die mit Lebenslagen oder Vorurteilsstrukturen zu tun haben. Und: Werden problematische Positionen daraufhin per se als homophob, islamistisch, patriarchal, antisemitisch oder muslimfeindlich markiert und mit negativen Sanktionen bedacht, so werden diese auch schnell wieder zurückgehalten. Sie entziehen sich der gemeinsamen Reflexion und damit auch der Bearbeitung und Veränderung.

Mit der Scheu, kontroverse Positionen zuzulassen und sich ihnen zu stellen, spielt man wiederum auch den Rechtspopulisten – oder, im Alltag der Schule, ihren Kindern – in die Hände: Werden bestimmte Positionen nicht oder nicht mehr geäußert, behaupten sie gern und schnell, eine angeblich übermächtige „Political Correctness“ hindere sie an der freien Meinungsäußerung. Für PädagogInnen liegt darin eine enorme Herausforderung: Aus einer demokratischen Perspektive mit Positionen umzugehen, die auf rechtsextremen Ideologien, fundamentalistischen Weltbildern, patriarchalen Traditionen oder frauenfeindlichen Argumentationsmustern beruhen, ist alles andere als leicht – und will geübt werden.

Jugendliche leisten in der Gesellschaft einen wichtigen Beitrag zur Verteidigung demokratischer Grundsätze

Medien kompetent nutzen

Unser Wissen über das Weltgeschehen entnehmen wir heute hauptsächlich den Medien. Sie haben einen großen Einfluss auf unser Denken und Fühlen. Die Medien, insbesondere einflussreiche und viel konsumierte, sind auch in der rechtspopulistischen Rhetorik ein zentrales Thema. Sie betrachten sie als willfähriges Sprachrohr gesellschaftlicher Eliten, kurz: als „Lügenpresse!". Beispiele verfehlter Pressearbeit werden dokumentiert und öffentlich angeprangert. Als Alternative werden Kommunikationsformen zwischen Akteuren, die sich persönlich kennen, favorisiert. Angeblich vermittelt das Posting der Freundin in den sozialen Netzwerken oder die Twitter-Nachricht des beliebten Radiomoderators die Wahrheit und ist glaubhaft.

Je größer die Bedeutung der medialen Kommunikation für den Alltag von Kindern und Jugendlichen wird, umso entscheidender kommt es auf ihre Kompetenz an, diese zu entschlüsseln und zu verstehen. Dafür reicht es nicht, im Unterricht Computer oder Tablets einzusetzen, oder eine Rechercheaufgabe im Internet zu erteilen – SchülerInnen müssen die Wirkungsweisen und Interessen der Medien so gut kennenlernen, dass sie eine nachhaltig kritische Sicht auf Wort und Bild entwickeln.

Emotional erreicht uns am stärksten das bewegte, vertonte Bild, da es dem Erleben in der analogen Welt am nächsten kommt. Bewegte Bilder erreichen uns nicht nur über Fernsehen oder Internet; ungefragt stürmen sie auch von den Wänden von Bahnhöfen und Einkaufscentern auf uns ein. Dessen ungeachtet findet an Schulen meist bis heute bedauerlicherweise keine angemessene Auseinandersetzung mit den Regeln und Funktionsmechanismen des bewegten Bildes statt.

Auch das Bild, die Fotografie, die Illustration bedürfen einer umfassenden Lese- und Analysefähigkeit seitens des Empfängers. In der Regel allerdings werden Kinder und Jugendliche mit der Bilderflut, die sie im Alltag, auch über die sozialen Netze wie Instagram oder Facebook, erreicht, allein gelassen. Dabei ist die soziale und emotionale Abhängigkeit davon, wie ihre bildhafte Selbstdarstellung von anderen gewertet wird, enorm. Nachdem die digitalen Medien zunächst als durchweg positive Errungenschaft gefeiert wurden, weisen inzwischen Studien längst auch auf spezifische psychologische Problemlagen hin, die durch ihre intensive Nutzung entstehen.

Mitbestimmung praktizieren

Auch Kinder und Jugendliche wollen am gesellschaftspolitischen Leben teilhaben, ihr Umfeld mitgestalten und mitbestimmen. Jugendliche haben – wenn man sie lässt – das Bedürfnis, sich eigene Standpunkte zu Werten, individuellen Freiheiten und Pflichten in einer Gesellschaft zu erarbeiten. Dies bedeutet einen partizipativen Ansatz in der Auseinandersetzung mit den Menschenrechten, Diskriminierungen und Ideologien der Ungleichwertigkeit.

Ein nachhaltiger Präventionsansatz schlägt sich auch in institutionellen Strukturen, gelebten Kinderrechten und erfahrener Mitbestimmung nieder – also wenn Kinder und Jugendliche in schulinternen Gremien anhand konkreter Konflikte lernen, ihre Rechte zu vertreten und die anderer zu respektieren. Es gibt viele Möglichkeiten, wie Mitwirkung von SchülerInnen ermöglicht und gestärkt werden kann. Dafür müssen sie nicht nur ihre Mitbestimmungsrechte sowie die Arbeitsweise der schulischen Gremien kennen. Sie benötigen auch Gelegenheiten, sich zu qualifizieren, an entsprechenden Workshops teilzunehmen und persönliche Kompetenzen zu entwickeln, um erfolgreich ihre Interessen zu vertreten. Moderation, Präsentation und manchmal auch die Überwindung der Angst, vor Menschen zu sprechen, sind in diesem Zusammenhang wichtige Schlüsselkompetenzen.

Das übergreifende Ziel bei alldem ist: Schüler mit einem rationalen und emotionalen Rüstzeug zu versehen, das sie befähigt, Zugriffen von Gruppen zu widerstehen, welche die Abwertung von Menschengruppen propagieren und sie als potenzielle Mitläufer und Aktivisten um- und anwerben wollen.

Interkulturelle Kompetenzen

Einwanderungsgesellschaften sind keine einfache Sache. Der Umgang mit verschiedenen Lebensentwürfen, Religionen und Weltanschauungen fordert alle heraus. Es kommt sehr darauf an, ein Verständnis für die Hintergründe sozialer, politischer, religiöser und weltanschaulicher Bezugssysteme und Orientierungen des „Anderen" zu entwickeln. Das ist eine wesentliche Voraussetzung für Offenheit und Respekt, aber auch für die Abwehr von menschenverachtenden Ideologien.

Geht es um die heterogene Einwanderungsgesellschaft – den „Fremden" und den „Anderen" – fällt häufig sehr bald der Begriff „interkulturelle Kompetenz" oder „interkulturelle Pädagogik". Was darunter zu verstehen ist, divergiert allerdings stark; einen sicheren, eindeutigen Umgang mit den Begriffen gibt es nicht. Zum Teil liegt das daran, dass der Begriff „Kultur" längst so inflationär verwendet wird, dass er konturlos und verschwommen ist. Tatsächlich sind Kulturen nicht als in sich geschlossene, statische Systeme zu betrachten. Sondern als Klammern für Bündel von Werteordnungen und Traditionen in allen Lebensbereichen – wie politische Überzeugungen, Familienideale, Geschlechterrollen, Kunstformen, religiöse und weltanschauliche Orientierungen in bestimmten historischen Kontexten.

Im Kern handelt es sich bei interkultureller Kompetenz um die Fähigkeit, eigene wie fremde Werte, Normen, Traditionen und Haltungen nicht als Wesensmerkmale einer Gruppe zu sehen, sondern die historischen Hintergründe des jeweiligen „So-Geworden-Seins" zu erkennen. So betrachtet wird die eigene Position richtigerweise lediglich als eine mögliche betrachtet; neben anderen, denen, in entsprechende Kontexte eingebunden, ihre Legitimation ebenfalls nicht abgesprochen werden kann.

Dies ist keineswegs als Plädoyer für Werterelativismus zu verstehen; etwa für eine simple „Toleranz gegenüber Fremden", die geradewegs hineinführt in eine „Anything-Goes"-Haltung. Genau das ist nicht gemeint und nicht gewünscht – die Anerkennung von Unterschieden darf nicht zu Kultur- und Rechtsrelativismus führen. Vielmehr geht es darum, handfeste Fähigkeiten zu entwickeln; die Heterogenität von Haltungen und Werten muss ausgehalten und eigene Positionen müssen begründet werden. Es muss gelernt werden, in unterschiedlichen Handlungsmustern gemeinsame Absichten zu erkennen, ebenso die eigenen Haltungen als relativierbar zu erkennen, ohne alle Wertmaßstäbe aus der Hand zu legen.

Selbstwirksamkeit erfahren

Selbstwirksamkeit heißt im Verständnis des hier vertretenen Präventionsansatzes mehr als nur, dass Kinder und Jugendliche mal über ein Thema mitreden und in konkreten Debatten punktuell eigene Perspektiven setzen oder die Farbe des Klassenraums aussuchen dürfen. Wenn an ihrer Schule ein offenes Debattenklima herrscht, dann wird diese Erfahrung von Selbstwirksamkeit sie stärken, auch in der Auseinandersetzung mit Ideologien demokratische Positionen zu vertreten.

Viele Praxisbeispiele im Rahmen von *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage* zielen auf die Stärkung

des Selbstwertgefühls. Selbstwirksamkeitserfahrungen machen Erfolgserlebnisse möglich. Auch wenn manche diesen Ansatz in die Schublade „Kuschelpädagogik“ stecken und diffamieren, führt er zu nicht zu vernachlässigenden psychosozialen Lerneffekten. Denn: Soziale Anerkennung ist einerseits ein existenzielles Grundbedürfnis des Menschen – und andererseits nicht einfach zu erlangen und stark von Voraussetzungen abhängig. Über je mehr körperliche, geistige, materielle und soziale Ressourcen jemand verfügt, desto mehr soziale Anerkennung ist ihm oder ihr sicher. Wem diese Ressourcen fehlen, der versucht im Zweifel, sein Anerkennungsdefizit zu beheben, indem er gewaltsam Einfluss, Macht und Kontrolle über andere gewinnt.

Kunstpädagogische Angebote können in diesem Sinne besonders gut präventiv wirksam werden. Hilfreich sind beispielsweise Rollenspiele, die Verhalten in Konfliktsituationen trainieren und einüben, Ärger, Wut und Unterlegenheitsgefühle auszusprechen und besser mit ihnen umzugehen, um Frustrationstoleranz aufzubauen. Eins kann allerdings jedes Projekt nicht ersetzen: eine respektvolle Atmosphäre, die Selbstwirksamkeitserfahrungen zulässt, damit Selbstwertgefühle entstehen können.

Bedeutung der Demokratiebildung

Alle Menschen sind gleichwertig. So steht es in Artikel 1 des Grundgesetzes. Die Realität sieht anders aus: Ideologien der Ungleichwertigkeit, die davon ausgehen, dass manche Menschen aufgrund ihrer Religion, Hautfarbe, sexuellen Orientierung, ihrem Geschlecht oder sozialen Status mehr wert seien als andere, sind weit verbreitet.

Die reflektierte Auseinandersetzung mit Weltbildern, Werten und religiös geprägten Rechtsvorstellungen muss aus menschenrechtlicher Perspektive erfolgen. Den Ausgangspunkt für zielgerichtete Diskussionen bildet die Lebenswirklichkeit der Jugendlichen. Und: Wichtig ist, nicht nur ihre Fragen zu Religion, Kultur, Tradition und den Herausforderungen des Erwachsenwerdens einzubeziehen, sondern auch „Erwachsenenthemen“ – etwa politische Entwicklungen und soziale Problemlagen. Demokratie lebt von der aktiven Abwehr von Ideologien, die sie gefährden.

Keine Frage: Faktenwissen hilft allen Beteiligten weiter. Beispielsweise kann Prävention gegen Muslim- oder Judenfeindlichkeit nicht ohne die Vermittlung von Wissen über die Religionen sowie die Fähigkeit zur Unterscheidung von Religion und politischen Ideologien erfolgreich sein. Allerdings: Wissen allein reicht nicht aus. Demokratieerziehung bedeutet, Kinder und Jugendliche in Werten und Haltungen zu stärken, die zur Anerkennung von Minderheiten, zur Stärkung von Partizipation und Menschenrechten und zur Akzeptanz religiöser beziehungsweise weltanschaulicher Pluralität führen.

Ein erklärtes, politisches Ziel von RechtspopulistInnen ist, die repräsentative, parlamentarische Demokratie abzuschaffen. Als Begründungen dienen ihnen dafür mal die fehlenden Mitbestimmungsmöglichkeiten und mal die Lebensfremdheit der politischen Eliten, die angeblich im Dienste von Lobbyisten und nicht im Interesse der Bevölkerung handelten. So wird ein unüberbrückbarer Graben zwischen einer Bevölkerung mit angeblich homogenen Interessen und einer korrupten politischen Klasse konstruiert. Veranstaltungen des Courage-Netzwerks wie „Politik zum Anfassen und Mitmachen“, bei denen SchülerInnen über ein von ihnen ausgewähltes Thema mit PolitikerInnen an ihrem Amtssitz diskutieren, sind gut geeignet, um ein solches Zerrbild von „uns hier unten“ und „denen da oben“ zu relativieren.

Zeitnahe Intervention

Die kurzfristige Intervention ist in der Regel eine Reaktion auf konkrete Vorfälle. Es gibt allerdings keinen Maßnahmenkatalog, der besagt: Wenn Problem X auftaucht, dann bitte Lösung Y anwenden. Dennoch sind einige Problemlagen an Schulen weit verbreitet und ihr Auftauchen an anderen Schulen somit wahrscheinlich. Das gilt auch für den Rechtspopulismus, der kein unsichtbarer Virus ist, vor dem wir uns schützen müssen. Er ist eine Weltanschauung, die eine Reihe emotionsgeladene Themen und Alltagsprobleme aufgreift, die auch in vielen anderen Kontexten angesprochen werden.

Ganz oben auf der Agenda von Rechtspopulisten stehen Begriffe, die das Selbstbild der Gesellschaft berühren; etwa Abendland, Heimat, Patriotismus oder eben auch Flüchtlinge, Islamisierung, Lügenpresse und Genderwahn. Damit besetzen Rechtspopulisten allerdings auch Themen, die alle Schulmitglieder betreffen und interessieren: Wer gehört zu uns? Wer sind wir? Wer bestimmt das? Wichtig ist, diese Themen im Schulalltag in einer angstfreien Atmosphäre und durchaus auch kontrovers zu diskutieren – und nicht erst als Reaktion auf das Auftauchen von Rechtspopulisten. Partizipative Kommunikationsformen wie Open Spaces bieten dafür einen bewährten Rahmen.

© Sead Husic

Phantasie, Kreativität und langer Atem sind nötig, um Diskriminierungen zu bekämpfen und zurückzuweisen

Und: Rechtspopulisten bieten in aller Regel für Probleme, die sie aufgreifen, eine Lösung. Und zwar eine autoritär-völkisch-nationalistische, die einige einschließt – und viele ausschließt. Genau dieses Argumentationsmuster gilt es zu durchbrechen, und zwar nicht nur in der einen oder anderen zusätzlichen Deutschstunde. Stattdessen gilt es, im Alltag achtsam zu sein, wenn – häufig so ganz nebenbei – entsprechende Argumente fallen. Und diese nicht stillschweigend zu übergehen, sondern gemeinsam zu problematisieren.

Ein zentrales Muster rechtspopulistischer Argumente ist die Konstruktion eines Wir und Ihr, genauer: eines Wir gegen „die Fremden/Anderen". Ohne diese angebliche Frontstellung zwischen Freund und Feind funktionierten ihre Argumente nicht. Auf derartige Konstruktionen – die wir häufig und meist unbewusst selbst im Alltag verwenden – hinzuweisen und sie bewusst zu machen, sensibilisiert Schülerinnen und Schüler für die Fallstricke rechtspopulistischer Argumentationsmuster. Und, auch das muss man sich merken: Es ist durchaus keine leichte Aufgabe, bei dem Thema nicht selbst in ein „wir Guten" und „ihr Bösen" zu verfallen.

Wie man mit Parteien umgeht, die rechtspopulistische Inhalte vertreten, ist nicht einheitlich zu klären und auch nicht leicht zu beantworten. Es kommt auf den Zusammenhang, den Anlass und den Rahmen an. Grundsätzlich ist zu begrüßen, wenn Diskussionen mit VertreterInnen von zur Wahl stehenden Parteien an Schulen stattfinden, auch wenn die SchülerInnen noch nicht wahlberechtigt sind. Dies bedeutet allerdings nicht, dass Rechtspopulisten an Schulen deshalb ein Forum geboten werden sollte. Die Schulleitung hat das Hausrecht und bestimmt, wer in der Schule auftreten darf. Das Ansinnen von Parteien, das Schulgebäude für ihre Veranstaltungen zu nutzen, kann zumal kurz vor Wahlterminen abgelehnt werden.

Im Grundsatz gilt: Parteiwerbung darf an Schulen nicht verteilt werden. Dies schließt allerdings nicht die aktive Auseinandersetzung im Unterricht mit den Publikationen der Parteien aus. Ganz im Gegenteil: Diese ist dringend notwendig.

Wenn, aus welchen Gründen auch immer, eine Diskussion mit Rechtspopulisten stattfindet, dann sollten die Teilnehmenden sich inhaltlich und argumentativ gut vorbereiten – und darauf vorbereitet werden. Außerschulische Kooperationspartner wie die Mobilen Beratungsstellen liefern dabei wertvolle Unterstützung; beispielsweise durch Seminare, in denen sie Argumentationstrainings im Umgang mit rechten Parolen durchführen.

„Wir müssen immerfort Deiche des Mutes bauen gegen die Flut der Furcht“

Dr. Martin Luther King

Hauptsache: Soziales Lernen

Die Institution Schule weist eine Reihe struktureller Defizite auf, die einer fundierten Menschenrechtserziehung im Weg stehen. Ein zentrales Defizit ist, dass steigender Konkurrenz- und Prüfungsdruck im Bildungssystem politische Bildung seit Jahren immer weiter in den Hintergrund treten lässt. Zeitgleich werden auch personelle und zeitliche Ressourcen für soziales Lernen reduziert statt ausgebaut. Als Folge kommen intensive und kontroverse Debatten über Meinungen, Haltungen und Wertvorstellungen immer zu kurz. Allerorten fehlen Zeit und Personal für den persönlichen Austausch und die Entwicklung funktionierender Kommunikationsbeziehungen unter den Akteuren, die Schule ausmachen. Auch eine für einen positiven emotionalen Zugang zu SchülerInnen notwendige Vertrauensatmosphäre kann sich kaum entwickeln. Den Emotionen Raum und Zeit zu geben, ist aber dringend notwendig, um populistischen Stimmungsmachern nicht das Feld der Emotionen zu überlassen. Auch Schritte in diese Richtung als „Kuschelpädagogik“ zu denunzieren, spielt letztlich Rechtspopulisten und Rechtsextremen in die Hände.

Schülerinnen und Schülern demokratische, gewaltfreie und den Menschenrechten verpflichtete Problemlösungskompetenzen zu vermitteln, die sie befähigen, mit divergierenden Interessen in einer offenen Gesellschaft konstruktiv umzugehen und diese gegen ihre Gegner zu verteidigen, ist übrigens kein (Neben-)Beiwerk von Schule. Laut den Vorgaben der Schulgesetze aller Bundesländer zählt es zu ihrer Kernaufgabe. Und: Eine Schule macht entweder vor, dass alle dazugehören, oder eben nicht; sie hat entweder inkludierenden oder exkludierenden Charakter. Damit aber liegt auch der „Leitkultur“ jeder Schule, bewusst oder unbewusst, die Annahme zugrunde, dass alle Menschen gleichwertig sind – oder aber die Akzeptanz oder gar Förderung der Ungleichwertigkeit unter Menschen. Kritisches Denken, Widerspruchsgeist und Empathie sind gefragt.

Sanem Kleff

© Elke Koßmann

Mit aller Gewalt gegen Rechts?

Deutschland, so könnte man meinen, spielt gerade verrückt. Während die Regierung meistens streitet, hat sich eine Protestbewegung namens „Pegida“ gebildet, die sich mit allerlei weiteren „-gida“-Formen im Land ausbreitet. Auch in Potsdam, wo Anfang des Jahres die patriotischen Wutbürger unter dem kuriosen Namen „Pogida“ auftraten. Zur Unterstützung wollten Gleichgesinnte aus Berlin mit zwei Bussen anreisen. Doch so weit kamen sie nicht, weil sich über 600 Gegendemonstranten zusammenfanden, um mit einer Sitzblockade die Busse umzulenken. In den Medien war später von „gewaltsamen Linksextremisten“ die Rede, weil Böller flogen und es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei kam. Da stellt sich wie so oft die Frage, was wirklich nötig ist, um etwas gegen die neue rechte Bewegung zu tun, und wo die Grenzen liegen. Zur Frage der Gewaltanwendung gibt es auch unter linken AktivistInnen verschiedene Meinungen.

Matilda (17)* aus Berlin ist gegen Gewalt: „Ich habe es satt, dass all das Engagement und die Mühe, die wir in das Bekämpfen des Rechtsextremismus investieren, durch vereinzelte gewaltsame Aktionen linker Personen zunichte gemacht wird.“ Linda (19), ebenfalls aus Berlin, beteiligt sich hingegen an Blockaden, bei denen Straßenschilder aufgetürmt werden, und argumentiert: „Ich finde gewisse Arten von Sachbeschädigung okay, solange keine Person davon betroffen ist. Es ist doch wichtig, dass uns mithilfe solcher Provokationen Gehör geschenkt wird. Wie oft wird schon von den fast täglichen friedlichen Demonstrationen berichtet?“ Johannes (18) geht noch weiter. Er möchte das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit für manche gleich ganz abschaffen: „Meiner Meinung nach ist Faschismus keine Meinung, sondern eine verbrecherische Ideologie, die nicht verbreitet werden darf und die es deshalb auch zu bekämpfen gilt. Wenn nötig auch mit aktiver Gewalt.“

Wie in Berlin überlegen sich auch in Leipzig viele Jugendliche, wie sie auf Aufmärsche und Attacken von Rechtsextremisten und -populisten reagieren sollen. Annika, ein Mitglied der gemäßigten linken Szene, die sich den „Legida“-Aufmärschen entgegenstellt, findet es „unheimlich wichtig, gegen Hass, Pegida und die AfD zu demonstrieren“. Aber auch „ihre Argumente sachlich zu entkräften“. Dafür gibt es das Netzwerk „Leipzig nimmt Platz“, das Gegendemonstrationen, Veranstaltungen und Aufklärungsarbeit gegen Rechtsextremismus organisiert. Ebenso „NO Legida“ und das Bündnis Refugees Welcome. Für Annika sind solche Aktionen, aber auch Sitzblockaden legitime und hof-

*Alle Namen von der Redaktion geändert

© PictureAlliance

fentlich wirksame Methoden, um „rechtsextremen Menschen zu zeigen, dass der öffentliche Raum nicht uneingeschränkt ihnen gehört". Dabei betont Annika, dass Gewalt nie ein legitimes Mittel sein könne, um Veränderungen herbeizuführen. Ihrer Meinung nach beginnt linker Extremismus dort, wo AnhängerInnen von Pegida auf Demonstrationen angegriffen oder verletzt werden. Mit Gewalt, findet Annika, könne man rechte Bewegungen nicht stoppen, weil sich die Attackierten dann weiter radikalisieren und sich „immer mehr von der demokratischen Mitte abwenden"

Ähnlich denkt auch Hanna (17) aus der Nähe von Bielefeld. Sie bezeichnet sich als linksradikal und ist in der Antifa aktiv. Das so genannte Outing, bei dem persönliche Informationen wie die Adresse und der Arbeitsplatz von bekannten Neonazis veröffentlicht werden, sieht sie zwiespältig. Hanna befürwortet aber Sitzblockaden als Form des zivilen Ungehorsams. Sonja (17)* gehört keiner Organisation an, nimmt aber häufig an Demonstrationen gegen Rechts teil. Sie findet Aktionen, die durchdacht sind, einen Sinn haben und Aufmerksamkeit erregen, gut, solange dabei kein Privateigentum beschädigt oder gar zerstört wird. Schließlich könne das auch Unschuldige treffen. Als sinnlose Gewalt empfindet sie, was ihr Bruder in den 1990er-Jahren erlebt habe: Zu seiner Zeit hätten die Gegendemonstranten einfach jeden verprügelt, der eine Glatze trug, obwohl sie gar nicht wussten, ob derjenige ein Nazi war oder nicht.

Nach Artikel 5 und 8 im Grundgesetz, die Meinungs- und Versammlungsfreiheit definieren, haben auch Pegida-Anhänger das Recht, zu demonstrieren. Damit alle ihre Grundrechte wahrnehmen können, hat die Polizei die Pflicht, ihre Demonstrationen gegen Angriffe zu schützen. Allerdings haben ihre politischen Gegner ebenso das Recht, ihnen mit friedlichen Mitteln Grenzen aufzuzeigen. Abschließend lässt sich feststellen: Auch wenn die Meinungen weit auseinander gehen mögen, heiligt in einem Rechtsstaat der Zweck nicht alle Mittel.

Charlotte (17), Kathrin (17), Lucia (18)

Aus der Q-rage, Netzwerkzeitung der Bundeskoordination *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage* (2016/2017)

Zum Weiterlesen

Was ist Populismus?
In einer halbwegs funktionierenden Demokratie ist es immer populistisch, wenn Demonstranten für sich beanspruchen, das Volk zu sein. Worin besteht der Unterschied zwischen Rechts- und Linkspopulismus? Wie kann eine neue Strategie gegen Populismus aussehen? Das Buch liefert Denkanstöße und die eine oder andere Antwort.

Jan-Werner Müller: Was ist Populismus? Ein Essay, *edition suhrkamp*, Berlin 2016, 160 Seiten

Dossier Rechtspopulismus
Die Bundeszentrale für politische Bildung bietet in ihrem „Online-Dossier Rechtsextremismus" auch viele Informationen zu aktuellen Entwicklungen des Rechtspopulismus in Deutschland und Europa.

bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/41191/rechtspopulismus

Die enthemmte Mitte
Seit 2002 untersucht die Leipziger Mitte-Studie die Entwicklung rechtsextremer Einstellungen in Deutschland. Sie Daten und Analysen der Universität Leipzig sind zu einer bundesweiten Grundlage der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus geworden.

O. Decker, J. Kiess, E. Brähler (Hrsg.):
Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, *Psychosozial-Verlag*, Gießen 2016, 249 Seiten

Neue soziale Bewegung von rechts?
Der Band analysiert die dynamische Formierung einer neuen rechten sozialen Bewegung. Dabei werden zentral politische Felder, Themen, Akteure und Netzwerke dieser Bewegung beleuchtet. Er liefert einen Anstoß zur vertiefenden Auseinandersetzung mit dem Rechtsruck in Deutschland, der unser aller Aufmerksamkeit verdient.

Alexander Häusler / Fabian Virchow (Hrsg.):
Neue soziale Bewegung von rechts? Zukunftsängste, Abstieg der Mitte, Ressentiments. Eine Flugschrift, *VSA Verlag*, Hamburg 2016, 132 Seiten

Nachfragen, Klarstellen, Grenzen setzen
Die 14-seitige Handreichung thematisiert die Auseinandersetzung mit der AfD in Parlamenten und Kommunalvertretungen sowie den Umgang mit ihr seitens der Medien. Interventions- und Handlungsstrategien in der pädagogischen Arbeit und im schulischen Kontext werden berücksichtigt.

Nachfragen, Klarstellen, Grenzen setzen, *Amadeu Antonio Stiftung* (Hrsg.), Berlin 2016, 14 Seiten

Wut, Verachtung, Abwertung
Der Sammelband analysiert die unterschiedlichen Erscheinungsformen des neuen Rechtspopulismus sowie die Ängste und Einstellungen in der Bevölkerung, die ihn begünstigen. Auf Grundlage der Daten der jüngsten Mitte-Studie der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung (nicht zu verwechseln mit der Leipziger Mitte-Studie!) zeigen die Studien sein Potenzial auf, beschreiben seine gesellschaftlichen Konsequenzen und skizzieren notwendige Gegenstrategien.

Andreas Zick, Beate Küpper:
Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland, *Dietz Verlag*, Bonn 2015, 224 Seiten

Wie umgehen mit AfD und anderen?
Das Onlineportal „Netz gegen Nazis" bietet laufend neue und aktuelle Informationen zu den Entwicklungen im rechtsextremistischen Bereich und setzt sich auch intensiv mit rechtspopulistischen Organisationen und Strömungen auseinander. Es lohnt, regelmäßig auf der Seite vorbeizuschauen.

netz-gegen-nazis.de

Rechtspopulismus
Die Wochenzeitung Die Zeit begleitet die Entwicklung rechtspopulistischer Organisationen in Deutschland und in Europa seit Jahren aufmerksam, Dabei sind herausragende Reportagen und Analysen entstanden. Online können diese Artikel abgerufen werden.

zeit.de/thema/rechtspopulismus

Autorinnen und Autoren

Daniel Bax
Islamwissenschaftler und Redakteur bei der taz – die tageszeitung

Pascal Beucker
Politikwissenschaftler und Inlandsredakteur der taz – die tageszeitung

Astrid Geisler
Redakteurin im Investigativ-Team von Zeit Online

Jeannette Goddar
Freie Journalistin mit den Schwerpunkten Bildung, Migration und Integration

Rico Grimm
Journalist bei dem Online-Nachrichtenmagazin Krautreporter

Thorsten Hindrichs
Musikwissenschaftler an der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz

Sanem Kleff
Pädagogin und Leiterin der Bundeskoordination von *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage*

Eberhard Seidel
Soziologe und Geschäftsführer der Bundeskoordination

Weitere Publikationen von Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage

HANDBÜCHER

Die beiden Handbücher **Lernziel Gleichwertigkeit** beschreiben, wie *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage* arbeitet. Sie stellen wichtige Ideologien der Ungleichwertigkeit vor. Und sie geben Antworten auf Fragen: Wie können Ungleichheitsdenken, Mobbing, Rassismus, Flucht & Asyl, Antisemitismus, Sinti- und Roma-Feindlichkeit, Altersdiskriminierung, Muslimfeindlichkeit, Salafismus und Gender-Fragen thematisiert werden? Wie und in welcher Form können Schülerinnen und Schüler die Initiative dazu ergreifen und mitmachen, mitgestalten und mitbestimmen?

Das Handbuch **Islam & Schule** bietet Hintergrundinformationen und Anregungen für die pädagogische Auseinandersetzung mit den Themenfeldern Islam und MuslimInnen, Muslimfeindlichkeit, Islamismus und Dschihadismus.
Neue und bewährte Methoden der Menschenrechtserziehung werden anhand praktischer Beispiele dargestellt und zahlreiche hilfreiche Materialien vorgestellt.

BAUSTEINE

Der Präventionsansatz von Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage

Eine gute und nachhaltige Präventionsarbeit an unseren Schulen stärkt Kinder und Jugendliche, sich für eine demokratische Gesellschaft, für Menschenrechte und ein solidarisches Miteinander einzusetzen. Das Buch wendet sich gegen alle Ideologien der Ungleichwertigkeit und bewährt sich in der Praxis an vielen Courage-Schulen. Und es leistet einen wichtigen Beitrag, um den Einfluss salafistischer und rechtsextremer Gruppen auf Heranwachsende einzugrenzen.

THEMENHEFTE

Rechtsextremismus in der Einwanderungsgesellschaft

Das Themenheft informiert über rechtsextreme Szenen und Aktivitäten von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Kontexte der jeweiligen Einwanderungsgeschichten und die Auswirkungen der politischen Kultur in den Herkunftsgesellschaften werden berücksichtigt.

Fatma ist emanzipiert, Michael ein Macho!? Geschlechterrollen im Wandel

In diesem Themenheft gehen Jugendliche aus ganz Deutschland der Frage nach: „Wie wollen wir im Land der Vielfalt zusammenl(i)eben?“ Ihre Reportagen, Interviews und Porträts bieten ungewöhnliche Einblicke in interkulturelle Lebenswelten.

Islam & Ich

Das Themenheft informiert über Szenerien des jugendlichen muslimischen Lifestyles und die vielfältige Musik, die sich auf den Islam bezieht. Es bietet einen Einblick in die Welt der Ressentiments und der Gewalt der Muslimhasser, von radikalen Islamisten und terroristischen Dschihadisten.

Rassismus. Erkennen und bekämpfen

Das Themenheft informiert über die Entstehung und die Geschichte von Rassismus und wie er heute in Deutschland auftritt. Es thematisiert den alltäglichen Rassismus in Medien, Behörden und Schulen. Es will dazu beitragen, rassistische Denk- und Argumentationsmuster zu erkennen.

schule-ohne-rassismus.org

Rechtspopulisten gehen davon aus, dass manche Menschen auf Grund ihrer Herkunft, sexuellen Orientierung oder Religion mehr wert seien als andere und stellen wichtige Errungenschaften der Emanzipation in Frage.

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage steht für das Ziel einer Schule frei von Diskriminierung und wendet sich gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit.

Diese Publikation wurde finanziert von:

GEW

AKTIONCOURAGE

Wichtige Bereiche der Geschäftsstelle der Bundeskoordination werden finanziert von:

bpb: Bundeszentrale für politische Bildung